JAHRESABSCHLUSS FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2015 UND ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

Mainova Aktiengesellschaft

ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT

S. 04	Grundlagen des Konzerns
S. 09	Wirtschaftsbericht
S. 18	Prognose-, Chancen- und Risikobericht des Konzerns
S. 26	Sonstige Angaben
S. 30	Erläuterungen zum Jahresabschluss der Mainova AG (HGB)

JAHRESABSCHLUSS

S. 34	Bilanz
S. 35	Gewinn- und Verlustrechnung
S. 36	Anhang
S. 66	Bestätigungsvermerk
S. 67	Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Zusammengefasster Lagebericht

für das Geschäftsjahr 2015

Grundlagen des Konzerns

Als börsennotiertes Unternehmen hat die MAINOVA Aktiengesellschaft (MAINOVA AG) ihren Konzernabschluss (im Folgenden wird der MAINOVA-Konzern als MAINOVA bezeichnet) nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) zu beachtenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Lagebericht der MAINOVA AG und der Konzernlagebericht wurden gemäß den §§ 315 Abs. 3 und 298 Abs. 3 HGB zusammengefasst.

GESCHÄFTSMODELL

MAINOVA ist in der Versorgung mit leitungsgebundenen Energieträgern und Wasser sowie in artverwandten Dienstleistungen tätig. Wir versorgen rund eine Million Menschen überwiegend in Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen mit Strom und Gas sowie in Frankfurt am Main zusätzlich mit Wärme und Wasser. Zudem beliefern wir regionale Energieversorgungsunternehmen (Energiepartner) sowie bundesweit Geschäftskunden mit Strom und Gas. Als Betreiber von Versorgungsnetzen stellen wir Dritten den Netzzugang und -anschluss zur Verfügung und gewährleisten den sachgerechten Transport von Energie und Wasser.

Unser operatives Kerngeschäft nehmen im Wesentlichen die MAINOVA AG und drei Tochterunternehmen wahr. Die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH (NRM) pachtet das Strom- und Gasnetz der MAINOVA AG und betreibt dieses. Für die Fernwärme- und Wasserversorgungsnetze übernimmt sie die

G 01

Segmentaufteilung nach Wertschöpfungsstufen

SEGMENTE \ WERTSCHÖPFUNGSSTUFEN	ERZEUGUNG	HANDEL	VERTRIEB	NETZ	SONSTIGES
Wärme- und Stromerzeugung	✓	✓			✓
Stromversorgung		✓	✓	✓	✓
Gasversorgung		✓	✓	✓	✓
Wärmeversorgung		✓	✓	✓	✓
Wasserversorgung		✓	✓	✓	✓
Beteiligung				✓	✓
Sonstige Aktivitäten / Konsolidierung	✓	✓	✓	✓	✓

Betriebsführung. Die Aufgaben der Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH erstrecken sich auf das Messwesen, die Abrechnung der gelieferten Strom-, Gas-, Wärme- und Wassermengen, die Kundenbetreuung sowie das Forderungsmanagement. Die SRM StraßenBeleuchtung Rhein-Main GmbH betreut überwiegend das Straßenbeleuchtungsnetz der Stadt Frankfurt am Main. Aufgrund der Verschmelzung der Mainova EnergieDienste GmbH (MED) auf die MAINOVA AG sind das Energiedienstleistungsgeschäft (Contracting) und das technische Facility Management zum 1. Januar 2015 auf die MAINOVA AG übergegangen.

Unsere Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien bündeln wir in Tochter- und Beteiligungsunternehmen. Dabei investieren wir vorrangig in Onshore-Windparks und Photovoltaikanlagen.

Ab dem Geschäftsjahr 2015 haben wir sämtliche Erzeugungsaktivitäten gemäß unserer geänderten Steuerungslogik im Segment Wärme- und Stromerzeugung gebündelt. Im Wesentlichen wurden die Erlöse aus der Stromvermarktung und der Gasbezug für die Eigenerzeugung aus den Segmenten Strom- beziehungsweise Gasversorgung in die Wärme- und Stromerzeugung umgegliedert. Ferner werden in diesem Segment nun auch die Beteiligungen an Erzeugungsgesellschaften ausgewiesen, die zuvor im Segment Beteiligungen enthalten waren.

Das Segment Wärme- und Stromerzeugung umfasst die Erzeugungsanlagen der MAINOVA AG und der Tochterunternehmen sowie nach der Equity-Methode einbezogene und weitere Beteiligungen an Erzeugungsgesellschaften.

Die Segmente Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung decken jeweils die Wertschöpfungskette von der Beschaffung beziehungsweise dem Handel über den Vertrieb bis zur Verteilung unserer Produkte ab.

Dem Segment Beteiligungen ist mit Ausnahme der Erzeugungsgesellschaften unser gesamtes Beteiligungsportfolio zugeordnet. Die nicht vollkonsolidierten Beteiligungen werden in der Wertschöpfungsstufe Sonstiges ausgewiesen.

Das Segment Sonstige Aktivitäten/Konsolidierung umfasst Nebengeschäfte und Konsolidierungseffekte.

UNTERNEHMENSSTRATEGIE UND NACHHALTIGKEIT

Unsere Strategie „Leistung mit Energie“ leitet sich aus dem energiewirtschaftlichen Marktumfeld ab. Dieses ist durch Ergebnisdruck und hohe Unsicherheiten insbesondere im Hinblick auf rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen geprägt. Darüber hinaus sehen wir uns einem steigenden Wettbewerbsdruck in allen Wertschöpfungsstufen ausgesetzt. Bedingt durch eine zunehmende Preissensibilisierung auf der Kundenseite einerseits sowie den Wunsch nach umweltfreundlicher, eigenerzeugter und dezentraler Energie andererseits sind Anpassungen unseres Geschäftsmodells und Erweiterungen des Produktportfolios insbesondere im Bereich der Energiedienstleistungen erforderlich.

Wir sind in allen Wertschöpfungsstufen einem steigenden Wettbewerbsdruck ausgesetzt.

Unsere Strategie „Leistung mit Energie“

Aus den Rahmenbedingungen der Energiebranche ergeben sich Chancen und Risiken, denen wir mit sechs strategischen Leitlinien begegnen. Diese bilden unseren zentralen Anspruch ab, herausragenden Service zu wettbewerbsgerechten Preisen anzubieten.

G 02

Strategische Leitlinien

LEISTUNG MIT ENERGIE

Regional	Kooperativ	Integriert	Effizient	Innovativ	Fokussiert
Wir sind der führende Energiedienstleister im Rhein-Main-Gebiet	Wir verhalten uns partnerschaftlich und fair – untereinander, gegenüber allen Partnern und ganz besonders gegenüber unseren Kunden	Wir bedienen die gesamte Wertschöpfungskette – von der Erzeugung über den Handel und die Verteilung bis zum Vertrieb	Wir sind motiviert, beweglich und optimieren beständig unsere Kosten und Abläufe	Wir gehen neue Wege, setzen modernste Technik ein, vermarkten fortschrittliche Dienstleistungen und nutzen neue Geschäftschancen	Wir konzentrieren uns auf unsere Kernkompetenzen und wachsen, wo es sich lohnt – für uns und unsere Kunden

Auf Basis dieser Leitlinien haben wir strategische Eckpfeiler definiert. An erster Stelle steht für uns hierbei die Sicherung des Ergebnisses, um auch zukünftig handlungsfähig zu bleiben. Darüber hinaus werden wir weiterhin unsere regionale Stärke nutzen und unter Einhaltung wirtschaftlicher Gesichtspunkte fokussiert neue Geschäftsfelder erschließen.

Aus den Eckpfeilern ergeben sich für unsere Wertschöpfungsstufen folgende konkrete Handlungsfelder:

G 03

Schwerpunkte der strategischen Ausrichtung

	ERZEUGUNG	HANDEL	VERTRIEB	NETZ	BETEILIGUNGEN
Ergebnis sichern & optimieren	› Effizienz und Flexibilität der Kraftwerke steigern	› Beschaffung und Vermarktung der Stromeigenerzeugung optimieren › Regelenergie und Intraday-Handel ausbauen	› Kundenbindung steigern › Tarifportfolio auf Kundenbedürfnisse ausrichten › Endkunden an der Energiewende beteiligen	› Potenziale für kommende Regulierungsperioden realisieren › Versorgungszuverlässigkeit sicherstellen › Konzessionen sichern	› Vorhandene Beteiligungen optimieren und Synergien schaffen
Regionale Stärke nutzen	› Klimaschonende Wärmeversorgung der Stadt Frankfurt ausbauen › Markt für erneuerbare Energien durch Kooperationen erschließen		› Positives Markenimage nutzen › Verstärkt regionale Kooperationen eingehen	› Zielgerichtet Konzessionen im direkten Umland erwerben	› Selektiv mit neuen Geschäftsfeldern und strategischen Kooperationen wachsen
Fokussiert Neues angehen	› Speicherlösungen zur Optimierung der Erzeugungsstruktur entwickeln	› Zusätzliche Wertbeiträge über die EEG-Direktvermarktung generieren	› Wertorientiert wachsen › Energienahe Dienstleistungen ausbauen	› Umfangreiche netznahe Dienstleistungen anbieten	

In der Erzeugung sichern wir das Ergebnis in erster Linie durch die Steigerung der Effizienz und Flexibilisierung unserer Kraftwerke in Frankfurt am Main. So sieht unser neues Wärmeversorgungskonzept vor, bis 2017 die Heizkraftwerke Messe, West und Niederrad durch Fernwärmeleitungen mit dem Müllheizkraftwerk (MHKW) in der Nordweststadt zu verbinden. Zur Erschließung des Markts für erneuerbare Energien gehen wir Kooperationen ein und nutzen innovative Speicherlösungen, um unsere Erzeugungsstruktur zu optimieren. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf den Abschnitt „Technische Innovationen“.

Als Kernaufgabe des Handels sehen wir die kostenoptimierte Beschaffung mit dem Ziel, unseren Vertrieb mit wettbewerbsfähigen Preisen zu bedienen. Darüber hinaus ist die bestmögliche Vermarktung der Stromerzeugungsmengen unserer Kraftwerke zu gewährleisten, einschließlich der Optimierung der Regelenergie sowie des Intraday-Handels. Zudem haben wir es uns zum Ziel gesetzt, Wertbeiträge im Wachstumsbereich der Direktvermarktung im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zu generieren.

Im Vertrieb bestehen unsere Hauptaufgaben in der kontinuierlichen Verbesserung der Serviceprozesse sowie in der nachhaltigen Kundenbindung. Wir verfügen über eine hohe Markenbekanntheit und eine starke Marktposition, können aber wettbewerbsbedingte Absatz- und Margenrückgänge in unserem Stammgebiet nicht ausschließen. Daher generieren wir überregional Absatzpotenziale unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Gesichtspunkte. Zudem werden partnerschaftliche Beziehungen im Großkundenbereich kontinuierlich ausgebaut und um energiewirtschaftliche Leistungen wie beispielsweise Bilanzkreis-, Portfolio- sowie Prognosemanagement erweitert. Ein weiteres Wachstumsfeld sind die energienahen Dienstleistungen, die unser Liefergeschäft ergänzen und als Kundenbindungsinstrument dienen. Durch zunehmende bauliche Effizienzmaßnahmen sehen wir uns Absatzminderungen ausgesetzt. Dieser Entwicklung begegnen wir mit einer Erweiterung unseres Produktportfolios um Eigenverbrauchsmodelle und mobile Versorgungslösungen und einer damit verbundenen Ausweitung unserer Zielgruppe. Zum Beispiel ergänzen wir mit „Mainova daheim“ unsere Produkte im Bereich der Energiedienstleistungen. Mit dieser innovativen Lösung geben wir unseren Kunden die Möglichkeit, wichtige Funktionen im Haushalt per Smartphone zu steuern.

Unser Netzgeschäft ist geprägt von zunehmenden Regulierungsvorgaben, hohen Anforderungen an die Versorgungszuverlässigkeit sowie intensivem Wettbewerb um Konzessionen. Um eine zuverlässige Versorgung zu gewährleisten, tätigen wir unter Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher Gesichtspunkte hohe Investitionen. Zudem kommen dem Einsatz neuer Technologien im Rahmen des weiteren Ausbaus erneuerbarer Energien und einer vermehrt dezentralen Einspeisung eine steigende Bedeutung zu. Durch die Nutzung innovativer Speichermöglichkeiten sowie intelligenter Ortsnetzstationen tragen wir dieser Entwicklung Rechnung. Im Hinblick auf den Konzessionswettbewerb haben wir unsere Position in der Region durch die Verlängerung bestehender Gaskonzessionen, wie beispielsweise in Hofheim am Taunus, Flörsheim am Main und Friedrichsdorf, gestärkt. Weiterhin konnten wir die Strom- und Wasserkonzessionsverträge mit der Stadt Frankfurt am Main verlängern sowie die Fernwärmeversorgung in Frankfurt fortsetzen. Der Trend zur Rekommunalisierung erfordert es zudem, auch Kooperationsmodelle umzusetzen mit dem Ziel, Konzessionsgebiete unter strategisch und technisch sinnvollen Gesichtspunkten zu gewinnen. Dies haben wir mit der Gründung einer Netzeigentumsgesellschaft mit der Stadt Mörfelden-Walldorf bereits umgesetzt. Unser Netzgeschäft beinhaltet darüber hinaus umfangreiche Angebote zu netznahen Dienstleistungen wie zum Beispiel Netz- und Leitwartenbetrieb sowie Anlagenbau für Dritte.

Bei den Beteiligungen ist es unser Ziel, das vorhandene Portfolio auszuweiten und Synergiepotenziale zu nutzen. Darüber hinaus prüfen wir Möglichkeiten für selektives anorganisches Wachstum zum Aufbau neuer Geschäftsmodelle oder strategischer Kooperationen.

Kundenorientierung, innovative Lösungen, Kommunikation und effiziente Prozesse sind unsere Erfolgsfaktoren. Insbesondere fördern wir eine Leistungs- und Innovationskultur sowie eine verstärkte interdisziplinäre und bereichsübergreifende Zusammenarbeit. Darüber hinaus entwickeln wir neue Finanzierungsmodelle und verbessern kontinuierlich unsere IT-Strukturen. Durch gezielte Maßnahmen der Personalentwicklung unterstützen wir zudem unsere Mitarbeiter bei der Bewältigung der ihnen zukünftig gestellten Aufgaben.

Nachhaltigkeit

Als Unternehmen der kommunalen Daseinsvorsorge gehört es zu unserem Selbstverständnis, unserer Verantwortung für die Rhein-Main-Region gerecht zu werden.

Unser Verständnis von Nachhaltigkeit wird in den folgenden fünf Dimensionen abgebildet:

1. **Langfristiger Erfolg** umfasst die ökonomische Komponente der Nachhaltigkeit und ist die Grundvoraussetzung für soziales und ökologisches Engagement.
2. **Leistungsfähige Technik** beschreibt die langfristigen Investitionen in eine zuverlässige, umweltschonende und effiziente Energieversorgung.
3. **Zukunftsfähige Versorgung** bedeutet, als Partner der Kunden mit eigenen Produkten und Dienstleistungen ökologische Verantwortung zu übernehmen.
4. **Faire Partnerschaft** spricht die soziale Dimension an und umfasst den fairen, partnerschaftlichen Umgang mit Kunden, Mitarbeitern und Lieferanten.
5. **Regionale Verantwortung** ist im Selbstverständnis der MAINOVA fest verankert. Unser gesellschaftliches Engagement durch Spenden und Sponsoring ist hier ein wesentlicher Baustein.

Mehr zum Thema Nachhaltigkeit finden Sie ab dem 25. Mai 2016 in unserem Nachhaltigkeitsbericht, der unter http://www.mainova-nachhaltigkeit.de abrufbar ist.

Zur Ableitung von konkreten Handlungsfeldern und deren Überwachung haben wir ein Nachhaltigkeitsmanagement, bestehend aus Nachhaltigkeitsinstrumenten und -gremien, etabliert.

G 04

Nachhaltigkeitsmanagement

NACHHALTIGKEITSINSTRUMENTE	NACHHALTIGKEITSGREMIEN
› **Wesentlichkeitsmatrix** › **Nachhaltigkeitsprogramm** › **Nachhaltigkeitsradar** › **Nachhaltigkeitsbericht**	› **Nachhaltigkeitsboard** (Entscheiderebene) › **Kreis der Nachhaltigkeitskoordinatoren** (Arbeitsebene)

Die in der Wesentlichkeitsmatrix identifizierten Kernthemen entwickeln wir zu konkreten Zielen und Maßnahmen in unserem Nachhaltigkeitsprogramm weiter. Im Nachhaltigkeitsradar wird jährlich vorausschauend die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen kritisch analysiert und bewertet. Im jährlich erscheinenden Nachhaltigkeitsbericht dokumentieren und veröffentlichen wir alle Aktivitäten und Kennzahlen.

Das Nachhaltigkeitsboard fungiert als zentrales Entscheidungsgremium für wesentliche Nachhaltigkeitsthemen. Unser Vorstand nimmt an den zweimal jährlich stattfindenden Sitzungen teil. Der Kreis der Nachhaltigkeitskoordinatoren tagt ebenfalls zweimal jährlich und stellt das Bindeglied zu den einzelnen Fachbereichen dar.

Für ausführliche Informationen zu unseren Nachhaltigkeitsaktivitäten verweisen wir auf unseren Nachhaltigkeitsbericht 2015, der ab dem 25. Mai 2016 im Internet unter http://www.mainova-nachhaltigkeit.de abrufbar ist.

STEUERUNGSSYSTEM UND LEISTUNGSINDIKATOREN

Zur Erreichung unserer strategischen Ziele ziehen wir konkrete Steuerungsgrößen heran, um den Erfolg unserer Maßnahmen zu messen. Die Basis bildet ein zuverlässiges und konsistentes Steuerungssystem, das die rollierende Mittelfristplanung, regelmäßige Forecasts und die monatliche Berichterstattung über die Zielerreichung vereint. Durch diesen Prozess erhalten wir frühzeitig Hinweise auf die künftige Geschäftsentwicklung und können entsprechend reagieren. Ein weiterer Bestandteil des Steuerungssystems ist die turnusmäßige Berichterstattung über die wirtschaftliche Entwicklung des Beteiligungsportfolios.

Die wesentlichen Steuerungsgrößen der MAINOVA sind die im Folgenden beschriebenen Leistungsindikatoren, die zum Teil auch in den Zielvereinbarungen des Vorstands und der Führungskräfte verankert sind. Bezüglich der Leistungsindikatoren verweisen wir auf die Ausführungen im Wirtschaftsbericht.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Unsere zentrale finanzielle Steuerungskennzahl ist das Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT), welches im Konzernabschluss nach IFRS um Effekte aus der Derivatebewertung bereinigt wird. Im Rahmen des monatlichen Berichtswesens wird dieses nach den Segmenten Wärme- und Stromerzeugung, Strom-, Gas-, Wärme-, Wasserversorgung und Beteiligungen sowie nach den Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Beschaffung/Handel, Vertrieb und Netz differenziert, analysiert und mit den Verantwortlichen in einem regelmäßigen Turnus diskutiert. Über die Ergebnisse dieser Gespräche wird der Vorstand durch die monatliche Berichterstattung informiert.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Entsprechend ihrer Steuerungsrelevanz stellen die Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit unsere bedeutenden nichtfinanziellen Leistungsindikatoren dar und werden durch regelmäßige Umfragen erhoben. Daneben spielen Absatz und Erzeugungsmengen eine Rolle.

Wirtschaftsbericht

RAHMENBEDINGUNGEN

Unser Geschäftsverlauf unterliegt einer Vielzahl externer Faktoren. Neben Änderungen der politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen wirkten sich auch die Entwicklung der Konjunktur, der Witterung sowie der Energiepreise maßgeblich auf unser Geschäft aus.

Die Energiebranche wird durch zahlreiche Änderungen der politischen Rahmenbedingungen auf nationaler und europäischer Ebene beeinflusst. Die politischen Entscheidungen sind derzeit insbesondere durch die Intensivierung des Klimaschutzes geprägt. Zudem nimmt die Häufigkeit und Kurzfristigkeit der politischen Eingriffe unvermindert zu, wodurch sich für uns neue Herausforderungen ergeben.

Die Preise für Brennstoffe, Emissionszertifikate und Strom haben einen erheblichen Einfluss auf unser Geschäftsergebnis. Dabei ist der weiter steigende Anteil der erneuerbaren Energien ein immer bedeutenderer Einflussfaktor auf die Strompreise am Großhandelsmarkt, die unter anderem für die Profitabilität unserer Kraftwerke entscheidend sind.

Die Nachfrage nach Energie ist insbesondere bei unseren Industriekunden an die Wirtschaftsentwicklung gekoppelt. Ferner hängt der Absatz im Gas- und Wärmegeschäft vor allem bei unseren Privatkunden stark von den Witterungsbedingungen ab.

Energiepolitik

Bundeskabinett beschließt energiepolitisches Maßnahmenpaket für den Strommarkt der Zukunft

Das Bundeskabinett hat im November 2015 weitreichende energiepolitische Beschlüsse gefasst. Im Einzelnen sind dies das Gesetz zur Weiterentwicklung des Strommarkts, der Entwurf für die Kapazitätsreserveverordnung (KapResV) und das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende.

Mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung des Strommarkts will die Bundesregierung die Maßnahmen des Weißbuchs „Ein Strommarkt für die Energiewende“ sowie des „Eckpunktepapiers für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende“ vom Juli 2015 umsetzen. Das Ziel ist, die Marktmechanismen zu stärken und einen Rahmen zu schaffen, in dem alle Stromanbieter und Flexibilitätsoptionen im Wettbewerb miteinander stehen. Die Kapazitätsreserve soll den Strommarkt zusätzlich gegen unvorhersehbare Ereignisse absichern. Gleichzeitig ist beabsichtigt, den zukünftigen Strommarkt 2.0 stärker in den europäischen Binnenmarkt einzubetten und damit für zusätzliche Kosteneffizienz zu sorgen. Darüber hinaus sollen ab 2021 in Betrieb gehende Anlagen keine vermiedenen Netzentgelte mehr erhalten. Um das nationale Klimaschutzziel für das Jahr 2020 zu erreichen, wird außerdem eine Sicherheitsbereitschaft eingerichtet, in die schrittweise ab dem Jahr 2016 ältere, emissionsintensive Braunkohlekraftwerke überführt werden. Diese Kraftwerke sollen für vier Jahre in der Sicherheitsbereitschaft bleiben und anschließend stillgelegt werden.

Die geplanten Regelungen zum Strommarktgesetz und der KapResV bergen aus unserer Sicht die Gefahr, dass die darin enthaltenen Anreize zum Neubau von Kraftwerken nicht ausreichen. Dadurch könnte nach der Abschaltung der Atomkraftwerke zukünftig eine Kapazitätslücke im deutschen Stromversorgungssystem entstehen. Zudem muss die KapResV eine angemessene Vergütung der Reservekraftwerke unter Berücksichtigung sämtlicher Kosten sicherstellen. Darüber hinaus plädieren wir weiterhin für einen dezentralen Leistungsmarkt als volkswirtschaftlich effizientestes Verfahren, um langfristig Versorgungszuverlässigkeit zu gewährleisten.

Die geplanten Regelungen zum Strommarktgesetz und der KapResV bergen die Gefahr, dass die Anreize zum Neubau von Kraftwerken nicht ausreichen. Dadurch könnte zukünftig eine Kapazitätslücke im deutschen Stromversorgungssystem entstehen.

Das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende schafft die technischen und datenschutzrechtlichen Voraussetzungen für den Stromsektor. Intelligente Messsysteme sollen nur dort verpflichtend eingeführt werden, wo ein entsprechender Energieeffizienz-, System- oder Netznutzen entsteht. Dabei ist vorgesehen, Kosten durch die Vorgabe strikter Preisobergrenzen zu begrenzen. Zudem wird der Prozess der Datenerhebung und -sicherheit geregelt.

Im Hinblick auf das Digitalisierungsgesetz sprechen wir uns dafür aus, Teile des Entwurfs zu überarbeiten. Kritisch sehen wir vor allem, dass Übertragungsnetzbetreibern grundsätzlich ein umfassenderer Zugang zu den Nutzungsdaten von Verbrauchern eingeräumt werden soll als Stadtwerken. Die Rolle der Stadtwerke und ihrer Netzgesellschaften muss gestärkt werden, da sie über langjährige Erfahrung im Umgang mit sensiblen Kundendaten verfügen und daher das notwendige Vertrauen der Bevölkerung genießen.

Neuregelung des KWKG ist beschlossen

Das zum 1. Januar 2016 in Kraft getretene Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWKG) sieht vor, das bisherige KWK-Ausbauziel von 25 % an der gesamten Stromerzeugung aufzugeben und diesen Anteil nur noch für die regelbare Stromerzeugung anzustreben. Daneben sieht das Gesetz vor, Kohle-

KWK-Anlagen künftig nicht mehr zu fördern und stattdessen alternativen Brennstoffen, wie Gas, eine erhöhte Förderung zukommen zu lassen.

Da es sich bei der KWK-Technologie um die günstigste Form der CO_2-Vermeidung handelt, sprechen wir uns für ein Festhalten am ursprünglichen Ausbauziel sowie für eine Förderung von Bestandsanlagen bei Gas in Höhe von 2 Cent pro kWh sowie bei Steinkohle in Höhe von 1 Cent pro kWh aus.

EEG-Umlage steigt 2016

Im Oktober 2015 haben die Übertragungsnetzbetreiber die Höhe der EEG-Umlage ab dem 1. Januar 2016 bekannt gegeben. Nachdem die EEG-Umlage im Jahr 2015 erstmals gesenkt werden konnte, steigt sie im Jahr 2016 um 0,18 Cent pro kWh auf 6,35 Cent pro kWh.

Wir plädieren für eine stärkere Marktintegration der erneuerbaren Energien, um eine weiter zunehmende Belastung der Stromkunden durch staatlich festgelegte Umlagen für erneuerbare Energien zu begrenzen. Neben der EEG-Umlage beeinflussen zahlreiche weitere Faktoren den Endkundenpreis. Bei den Netzentgelten, die im Schnitt etwa 23 % des Strompreises ausmachen, ist in vielen Regionen aufgrund des erforderlichen Aus- und Umbaus von Verteil- und Übertragungsnetzen weiter mit einem Anstieg zu rechnen. Auch die Höhe weiterer staatlicher Preisbestandteile wie beispielsweise der Umlage zur Förderung der klimaschonenden KWK steht aktuell noch nicht fest.

Ausschreibungsmodell für Photovoltaikanlagen gestartet

Die Vergütungen für größere Solaranlagen werden seit dem Jahr 2015 nicht mehr per Gesetz, sondern im Wettbewerb festgelegt. Im Februar hat die Bundesnetzagentur (BNetzA) die erste Ausschreibungsrunde für große Solarparks gestartet. Bis zum Jahr 2017 sollen Solarparks mit einer Leistung von insgesamt 1.200 MW entstehen. Die Förderung wird jeweils an diejenigen Bieter vergeben, die ihre Solaranlagen für die geringste Förderung bauen und betreiben. Spätestens im Jahr 2017 soll es auch für die anderen erneuerbaren Energieträger Ausschreibungen geben. Wir halten das Ausschreibungsmodell für einen wichtigen Schritt, um marktwirtschaftliche Mechanismen zu schaffen. Allerdings müssen weiterhin Fragen bezüglich der besseren Integration der erneuerbaren Energien in das Stromversorgungssystem beantwortet werden.

Bundesregierung beschließt Anreizprogramm Energieeffizienz

Mit dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz hat die Bundesregierung Ende 2014 ein Bündel von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Energiewende im Gebäudesektor beschlossen. Durch das im Mai 2015 beschlossene „Anreizprogramm Energieeffizienz“ werden diese Maßnahmen nun weiter verstärkt. Das Paket umfasst ein Fördervolumen in Höhe von 165 Mio. Euro pro Jahr und tritt an die Stelle der bislang geplanten steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung. Die Maßnahmen des Anreizprogramms sollen das Heizen in Gebäuden effizienter machen und dafür neue Innovations- und Investitionsimpulse setzen.

UN-Klimakonferenz in Paris

Im Dezember 2015 wurde auf der UN-Klimakonferenz in Paris ein Abkommen beschlossen, das die Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius vorsieht. Gleichzeitig vereinbarten die Teilnehmer, finanzschwache Staaten zu unterstützen. Die Ratifizierung durch die 195 Teilnehmerstaaten steht noch aus. Das Abkommen ist zwar völkerrechtlich bindend, jedoch drohen bei Missachtung keine Sanktionen.

Wir begrüßen ein global abgestimmtes Vorgehen, da durch nationale Alleingänge die globalen Herausforderungen nicht bewältigt werden können. So konnte Deutschland seine energiebedingten CO_2-Emissionen von 1990 bis 2012 um mehr als 194 Mio. Tonnen pro Jahr reduzieren, während im gleichen Zeitraum die globalen energiebedingten CO_2-Emissionen um mehr als 10 Mrd. Tonnen pro Jahr anstiegen. Es bleibt abzuwarten, ob wirksame Mechanismen etabliert werden können, die eine Verlagerung von Produktion aus Deutschland in Länder mit weniger strikten Umweltauflagen verhindern.

Konjunkturelle Entwicklung

Nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 % gewachsen. Gestützt haben diese Entwicklung die staatlichen und privaten Konsumausgaben. Der private Konsum profitierte von der positiven Lage am Arbeitsmarkt mit zunehmenden Beschäftigungszahlen und Lohnsteigerungen. Auch die Inlandsinvestitionen legten zu, während der Außenbeitrag eine vergleichsweise geringe Auswirkung auf die Entwicklung der Konjunktur hatte.

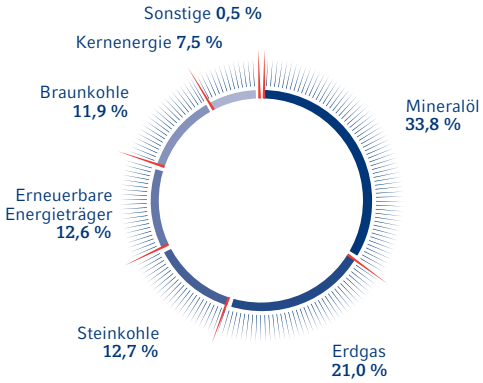
Entwicklung des Primärenergieverbrauchs

Nach vorläufigen Schätzungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen hat sich der Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2015 voraussichtlich um 1,3 % auf 455 Mio. Tonnen Steinkohleeinheiten erhöht. Besonders die gegenüber dem sehr milden Vorjahr kühlere Witterung und der damit einhergehende höhere Wärmebedarf wirkten sich auf den Energieverbrauch aus.

Der Primärenergieverbrauch verteilt sich in Deutschland im Jahr 2015 wie folgt:

G 05

Primärenergieverbrauch



Quelle: Pressedienst Nr. 6/2015 der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V., Berlin

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Mix der Energieträger geringfügig geändert. Der wichtigste Energieträger war auch im Jahr 2015 das Mineralöl mit einem relativ konstanten Anteil von 33,8 %. Durch die kühlere Witterung stieg der Anteil von Erdgas am Energiemix leicht auf 21,0 %. Die erneuerbaren Energien konnten einen Anstieg um 1,1 Prozentpunkte verzeichnen und machen nun 12,6 % des gesamten Energieverbrauchs aus. Der Beitrag der Kernenergie sank hingegen um 0,6 Prozentpunkte auf 7,5 %.

Entwicklung der Energiepreise und des CO_2-Emissionshandels

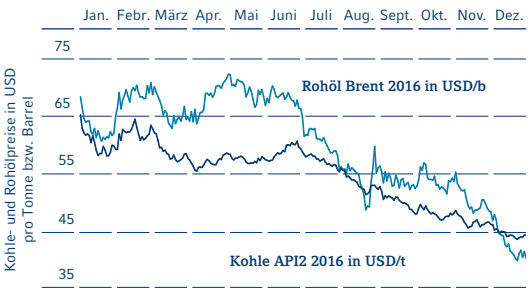
Eine entspannte Versorgungslage und niedrige Ölpreise haben die Energiemärkte im Jahr 2015 maßgeblich geprägt. In der ersten Jahreshälfte wirkten eine gegenüber Vorjahr normalisierte Witterung, der Ukraine-Konflikt sowie eine zwischenzeitliche Preiserholung am Ölmarkt stabilisierend auf Strom- und Brennstoffpreise. In der zweiten Jahreshälfte führten hingegen ein tendenziell zunehmender Angebotsüberhang am Ölmarkt, eine entspannte Versorgungslage bei Kohle und Erdgas sowie nachlassende Spannungen in der Ukraine zu dem insgesamt abwärtsgerichteten Preistrend. Eine im Jahresverlauf deutliche Aufwertung des US-Dollars gegenüber dem Euro sowie den Währungen bedeutender Rohstoffproduzenten wirkte einem zügigen Abbau von Überkapazitäten am Kohle- und Ölmarkt entgegen.

Der durchschnittliche Kohlepreis für das Frontjahr in der ARA-(Amsterdam-Rotterdam-Antwerpen-) Region (API2) zeigte sich mit 54,71 US-Dollar pro Tonne um 30,1 % günstiger als im Vorjahr. Seit dem Jahresanfang 2015 sank die Notierung um 31,9 %. Neben dem deutlichen Ölpreisverfall, der zu Senkungen von Förder- und Transportkosten führte, sorgte ein weltweites Überangebot bei mäßiger Nachfrage für anhaltenden Preisdruck. Angebotsseitig begünstigte ferner eine Aufwertung des US-Dollars gegenüber Währungen großer Exporteure wie Südafrika, Kolumbien und Australien höhere Exporte und stand einem nachfragekonformen Abbau von Überkapazitäten entgegen.

Der durchschnittliche Preis für Rohöl der Sorte Brent mit Lieferung im Folgejahr lag mit 60,04 US-Dollar pro Barrel um 38,3 % unter dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Nach einer Mitte Januar einsetzenden Preiserholung gaben die Preise seit Juni deutlich nach. Im Vergleich zu der Notierung Anfang Januar sank der Preis um 40,9 %. Aufgrund bislang nur zaghafter Produktionsrückgänge in den USA, einer deutlich über der Quote verlaufenden OPEC-Produktion und einer ab dem Jahr 2016 erwarteten Angebotssteigerung des Iran blieben Anzeichen für einen zeitnahen Abbau des massiven Überangebots am Ölmarkt aus. Eine im Einklang mit den niedrigen Ölpreisen stehende anziehende Nachfrage, wachsende geopolitische Spannungen im Nahen Osten und die Erwartung eines im nächsten Jahr fallenden Ölangebots in Nordamerika wirkte einem noch deutlicheren Preisverfall am Terminmarkt entgegen.

G 06

Preisentwicklung Kohle und Rohöl

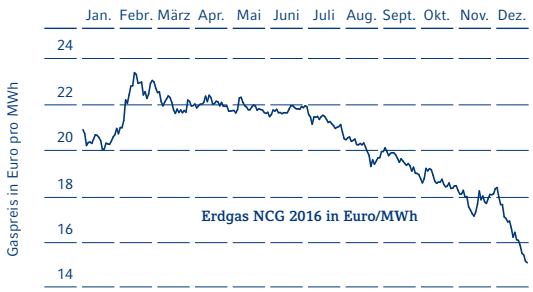


Der durchschnittliche Erdgaspreis für das Frontjahr im Marktgebiet NCG (NetConnect Germany) verzeichnete einen Wertverlust von 17,0 % auf 20,37 Euro pro MWh. Ende Dezember notierte der Kontrakt 27,7 % unter dem Jahresbeginn. Im ersten Quartal sorgten

zunächst eine Gegenbewegung am Ölmarkt, eine normal verlaufende Winternachfrage, Meldungen über deutliche niederländische Produktionsrückgänge sowie eine erneute Eskalation des Ukraine-Konflikts für eine zwischenzeitliche Preissteigerung. In der zweiten Jahreshälfte führten fallende Ölpreise, deutlich gestiegene Gasimporte aus Russland, höhere Lieferungen an Flüssigerdgas nach Europa und eine schwache Gasnachfrage aufgrund der außergewöhnlich milden Winterwitterung bis zum Jahresende zu dem deutlichen Preisrückgang.

G 07

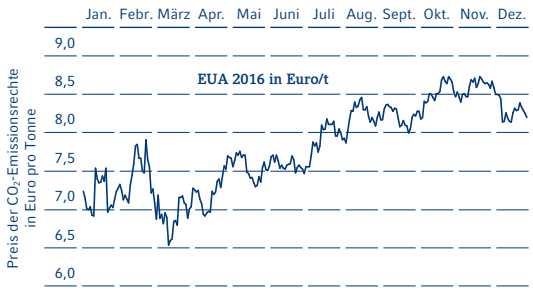
Preisentwicklung Erdgas



Der durchschnittliche Preis für Emissionsrechte (EU Allowances – EUA) des Terminkontrakts mit Fälligkeit im Dezember 2016 konnte sich entgegen dem deutlichen Abwärtstrend der Brennstoffpreise auf einem deutlich höheren Niveau behaupten. Er lag mit 7,80 Euro pro Tonne um 26,5 % über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Von Anfang Januar bis Ende Dezember erhöhte sich der Preis um 14,5 %. Das Marktgeschehen wurde maßgeblich von der europäischen Politik bestimmt. Stützend wirkte die weitgehende Einigung der EU-Vertreter auf die Einführung der Marktstabilitätsreserve zum 1. Januar 2019.

G 08

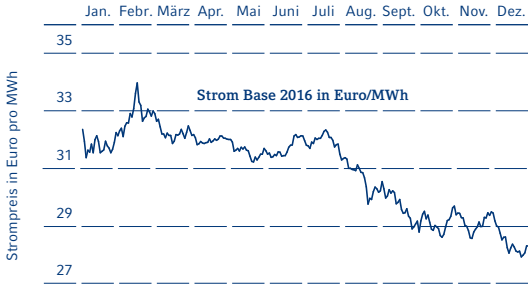
Preisentwicklung Emissionsrechte



Einen Rückgang von 11,8 % verzeichnete der Preis des Basekontrakts für das Strom-Kalenderjahr 2016, der im Mittel bei 30,96 Euro pro MWh notierte. Seit Jahresbeginn sank die Notierung um 12,5 %. Hauptursache für die weiter fallenden Preise waren die deutlich gesunkenen Brennstoffpreise und der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien. Dagegen haben sich die anziehenden Notierungen für Emissionsrechte sowie relativ feste Spot- und Monatspreise insbesondere im Juli und im Zeitraum Oktober bis Anfang November zwischenzeitlich leicht stabilisierend ausgewirkt.

G 09

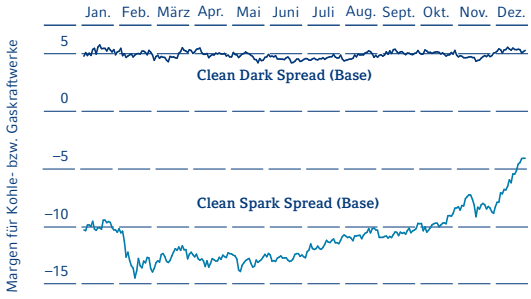
Preisentwicklung Strom



Die Margen in der Stromerzeugung (Base) verblieben im vergangenen Jahr auf niedrigem Niveau. Die Vermarktung des Frontjahres für Kohlekraftwerke (Clean-Dark-Spread) litt bei steigenden EUA-Notierungen unter fallenden Strompreisen. Die weiter negativen Margen für Gaskraftwerke (Clean-Spark-Spread) verbesserten sich im vierten Quartal.

G 10

Margen in der Stromerzeugung



GESCHÄFTSVERLAUF DES KONZERNS

Gesamtaussage des Vorstands

Durch ein stabiles operatives Kerngeschäft, vorausschauend eingeleitete Optimierungsmaßnahmen und geänderte Rahmenbedingungen bei vertraglichen Risiken konnten wir die Herausforderungen im schwierigen Energieumfeld bewerkstelligen und somit ein insgesamt zufriedenstellendes Geschäftsergebnis erwirtschaften. Unser bereinigtes Ergebnis vor Steuern im Geschäftsjahr 2015 liegt mit 128,9 Mio. Euro nahezu im Plan und damit leicht unter Vorjahresniveau.

Allerdings war unsere Geschäftstätigkeit auch durch angespannte Marktentwicklungen beeinträchtigt. Das seit Jahren fallende Preisniveau für die Vermarktung unseres eigenerzeugten Stroms hat sich weiter abgesenkt, sodass sich der Druck auf unser Kraftwerksportfolio weiter verstärkt hat. Insbesondere durch den subventionierten Ausbau der erneuerbaren Energien ist der Strompreis inzwischen so stark gesunken, dass die variablen Kosten in der überwiegenden Zeit nicht gedeckt werden können. Dadurch sind vor allem Gaskraftwerke in Deutschland derzeit nicht profitabel zu betreiben. Dies führt auch bei uns zu Belastungen aus Rückstellungen und Wertminderungen. Ferner hat sich bei einer Beteiligung eine außerplanmäßige Ergebnisbelastung aufgrund von Wertminderungen des Sachanlagevermögens ergeben.

Auch in diesem Geschäftsjahr konnten wir die Finanzschulden über das ursprünglich geplante Maß hinaus zurückführen und gleichzeitig die Investitionen in unsere Infrastruktur deutlich ausweiten.

Absatz

Der Absatz hat sich wie folgt entwickelt:

T 01

	Einheit	2015	2014	Veränderung
Strom	Mio. kWh	10.008	10.851	–7,8 %
Gas	Mio. kWh	12.996	13.734	–5,4 %
Wärme/Kälte	Mio. kWh	1.868	1.679	11,3 %
Wasser	Mio. m³	45,1	44,1	2,3 %

Der Rückgang des Stromabsatzes resultierte bei nahezu konstanten Vertriebsmengen im Wesentlichen aus geringeren Stromhandelsaktivitäten.

Die Gradtagszahl, ein Indikator für den Heizwärmebedarf unserer Kunden, ist aufgrund der kühleren Witterung um 14,5 % gestiegen. Hierdurch hat sich der Absatz im Gas- und Wärmevertrieb erhöht. Allerdings führten deutlich geringere Handelsmengen insgesamt zu einem Rückgang des Gasabsatzes. Dabei war das Vorjahr geprägt durch hohe Rückverkäufe aufgrund der ungewöhnlich warmen Temperaturen.

Erzeugungsmengen

Im Geschäftsjahr 2015 haben wir in unseren Anlagen folgende Mengen erzeugt:

T 02

	Einheit	2015	2014	Veränderung
Mainova				
Strom	Mio. kWh	1.190	1.348	–11,7 %
Wärme/Kälte	Mio. kWh	1.793	1.623	10,5 %
Beteiligungen				
Strom	Mio. kWh	324	323	0,3 %
Wärme/Kälte	Mio. kWh	343	321	6,9 %

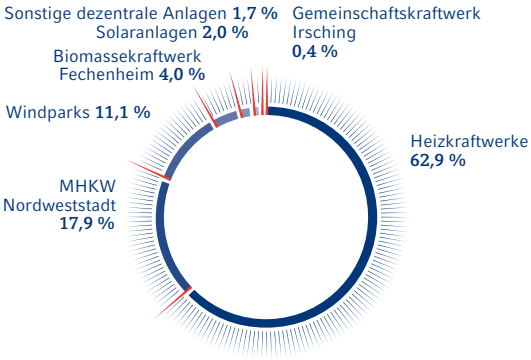
Unser bereinigtes Ergebnis vor Steuern im Geschäftsjahr 2015 liegt mit 128,9 Mio. Euro nahezu auf Planniveau.

Die Wärmeerzeugungsmengen sind insbesondere aufgrund der im Vergleich zum Vorjahr kälteren Witterung gestiegen. In der Stromerzeugung hat die weiterhin angespannte Marktsituation zu einem Rückgang der Produktion geführt.

Die folgenden Darstellungen zeigen den prozentualen Anteil der Kraftwerke an der Strom- und Wärme-/Kälteerzeugung:

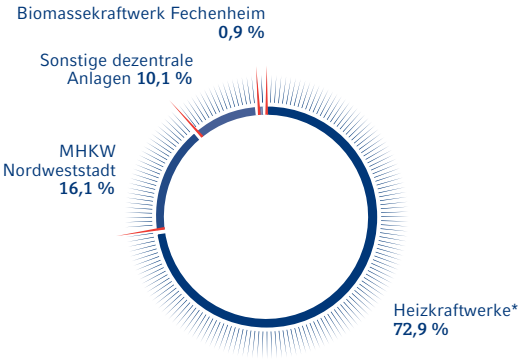
G 11

Stromerzeugung



G 12

Wärme- / Kälteerzeugung

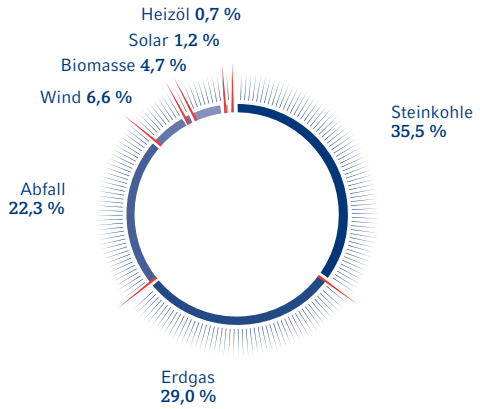


* inklusive Heiz- / Kältewerk

Der Energieeinsatz der Kraftwerke im Jahr 2015 stellte sich wie folgt dar:

G 13

Energieeinsatz der Kraftwerke



Der Anteil von Wind und Abfall erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 3,0 Prozentpunkte. Der Einsatz von Steinkohle sank um 1,6 Prozentpunkte, während sich der Gaseinsatz um 1,2 Prozentpunkte erhöhte.

Im Jahr 2015 emittierten unsere Heizkraft- und Heizwerke unverändert 1,1 Mio. Tonnen CO_2. Dabei ist der Einsatz von Biomasse und Abfall als Brennstoff als CO_2-neutral zu bewerten.

Ertragslage des Konzerns

Das EBT des Konzerns lag bei 102,6 Mio. Euro (Vorjahr 105,7 Mio. Euro). Bereinigt um Ergebniseffekte aus der stichtagsbezogenen Marktbewertung von derivativen Finanzinstrumenten nach IAS 39 belief sich das EBT auf 128,9 Mio. Euro (Vorjahr 136,1 Mio. Euro). Die Bereinigungen entfielen im Wesentlichen auf die Segmente Strom und Gas.

Das bereinigte EBT nach Segmenten hat sich wie folgt entwickelt:

T 03

MIO. €	2015	2014	Veränderung
Wärme- und Stromerzeugung	–6,0	–8,3	2,3
Stromversorgung	29,2	18,0	11,2
Gasversorgung	65,5	51,5	14,0
Wärmeversorgung	2,6	–4,6	7,2
Wasserversorgung	0,8	0,4	0,4
Beteiligungen	46,3	79,9	–33,6
Sonstige Aktivitäten/ Konsolidierung	–9,5	–0,8	–8,7
	128,9	**136,1**	**–7,2**

Ab dem Geschäftsjahr 2015 bilden wir die Erzeugungsaktivitäten gemäß unserer neuen Steuerungslogik vollständig im Segment Wärme- und Stromerzeugung ab. Die Umgliederungen betreffen im Wesentlichen die Erlöse aus Stromvermarktung und den Gasbezug für die Eigenerzeugung sowie Beteiligungen. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Die geplante leichte Ergebnisverbesserung in der Wärme- und Stromerzeugung ist auf witterungsbedingt gestiegene Wärmemengen und einen höheren Beitrag aus der Kälteerzeugung zurückzuführen. Die Vermarktung von eigenerzeugtem Strom bleibt weiterhin schwierig. Dies zeigt sich insbesondere im Hinblick auf unsere Beteiligungen an Gaskraftwerken, für die wir Rückstellungen und Wertminderungen aufstocken mussten. Daraus ergab sich insgesamt eine Ergebnisbelastung von 16,3 Mio. Euro (Vorjahr 17,3 Mio. Euro).

In der Stromversorgung ist das Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen und lag damit über unseren Erwartungen. Verantwortlich hierfür waren bei einem moderaten Anstieg des Vertriebsergebnisses überwiegend Einmaleffekte aus Rückstellungsauflösungen auf der Bezugsseite.

Erwartungsgemäß sind die Ergebnisse der Segmente Gas- und Wärmeversorgung aufgrund der kühleren Witterung gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In der Gasversorgung hat zudem die Anpassung von Rückstellungen mit 19,3 Mio. Euro zu der positiven Entwicklung beigetragen. Diese stand im Zusammenhang mit geänderten vertraglichen Grundlagen eines langfristigen Bezugsvertrags sowie mit der Änderung der Risikosituation bei rechtlichen Rahmenbedingungen auf der Vertriebsseite. Belastend wirkte sich jedoch der starke wettbewerbsbedingte Margendruck aus.

In der Wasserversorgung war das Ergebnis weiterhin durch ein konstant niedriges Preisniveau infolge des Wasserkartellverfahrens geprägt. Somit konnte wie geplant kein wesentlicher Ergebnisbeitrag im Segment Wasser erzielt werden.

Das Ergebnis im Segment Beteiligungen ist entsprechend unserer Erwartung deutlich gesunken, da das Vorjahresergebnis durch einen positiven Einmaleffekt aus einem Rechtsstreit und Zuschreibungen geprägt war. Dem stand im aktuellen Geschäftsjahr das geringere Ergebnis einer Beteiligung aufgrund von Wertminderungen des Anlagevermögens gegenüber.

Die Ergebnisentwicklung im Segment Sonstige Aktivitäten/Konsolidierung verlief planmäßig. Das Vorjahr war durch Sondereffekte wie beispielsweise Rückstellungsauflösungen beeinflusst.

Nachfolgend wird die Entwicklung der einzelnen Posten der unbereinigten Gewinn- und Verlustrechnung erläutert.

Die Umsatzerlöse stellten sich wie folgt dar:

T 04

MIO. €	2015	2014	Veränderung
Strom	1.030,4	1.119,2	–88,8
Gas	509,4	551,2	–41,8
Wärme/Kälte	126,7	119,1	7,6
Wasser	69,9	67,8	2,1
Netzentgelte	108,4	95,3	13,1
Sonstige	88,9	84,1	4,8
	1.933,7	**2.036,7**	**–103,0**

Der Umsatzrückgang im Stromgeschäft ist insbesondere auf geringere Stromhandelsaktivitäten zurückzuführen. Zudem haben Preiseffekte im Vertriebsgeschäft zu der Entwicklung beigetragen. Die Verminderung der Gaserlöse wurde ebenfalls durch das Handelsgeschäft verursacht. Im Gasvertrieb standen den witterungsbedingt gestiegenen Erlösen Preiseffekte entgegen. Die kühlere Witterung war auch für einen Anstieg der Wärmeerlöse und der Erlöse aus Netzentgelten verantwortlich.

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit 85,4 Mio. Euro um 8,0 Mio. Euro über dem Vorjahresniveau. Dies war vor allem auf höhere Rückstellungsauflösungen insbesondere für vertriebliche Risiken zurückzuführen.

Der Materialaufwand reduzierte sich um 127,6 Mio. Euro auf 1.537,4 Mio. Euro im Wesentlichen aufgrund geringerer Strom- und Gashandelsgeschäfte.

Der Personalaufwand lag mit 204,7 Mio. Euro um 2,2 Mio. Euro über dem Vorjahr. Dies war auf tariflich bedingte Gehaltsanpassungen zurückzuführen, die teilweise durch den gesunkenen Mitarbeiterbestand kompensiert wurden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 142,7 Mio. Euro sind um 5,1 Mio. Euro gestiegen. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus Rückstellungszuführungen im Zusammenhang mit einer Beteiligung an einem Gaskraftwerk in Höhe von 3,2 Mio. Euro.

Das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen lag um 41,3 Mio. Euro unter dem Vorjahr und belief sich auf 58,0 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2015 wirkte sich insbesondere das geringere Ergebnis einer Beteiligung aufgrund von Wertminderungen des Anlagevermögens negativ aus. Hingegen war das Vorjahr durch einen positiven Sondereffekt aus der Beendigung eines Rechtsstreits beeinflusst.

Bei nahezu konstanten Finanzerträgen reduzierten sich die Finanzaufwendungen um 11,1 Mio. Euro auf 35,4 Mio. Euro durch geringere Aufwendungen für Zinsen aus Krediten, aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen sowie einem Rückgang der Wertminderungen.

Vermögenslage des Konzerns

Die Bilanzsumme verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 102,1 Mio. Euro auf 2.674,2 Mio. Euro.

T 05

MIO. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Summe Vermögenswerte			
Langfristige Vermögenswerte	2.269,7	2.290,8	–21,1
Kurzfristige Vermögenswerte	404,5	485,5	–81,0
	2.674,2	**2.776,3**	**–102,1**
Summe Eigenkapital und Schulden			
Eigenkapital	1.012,4	1.018,9	–6,5
Langfristige Schulden	1.049,9	1.089,2	–39,3
Kurzfristige Schulden	611,9	668,2	–56,3
	2.674,2	**2.776,3**	**–102,1**

Der Rückgang der langfristigen Vermögenswerte entfiel im Wesentlichen auf die nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen und resultierte überwiegend aus geringeren Ergebnissen im Rahmen der Fortschreibung der Buchwerte. Gegenläufig hat sich das Sachanlagevermögen durch über den Abschreibungen liegende Investitionen erhöht. Der Anteil des langfristigen Vermögens an der Bilanzsumme belief sich auf 84,9 % (Vorjahr 82,5 %). Das langfristige Vermögen wurde zu 44,6 % und somit nahezu unverändert zum Vorjahr durch Eigenkapital gedeckt. Ursächlich für den Rückgang der kurzfristigen Vermögenswerte war vor allem der niedrige Bestand im Rahmen des Cash Poolings mit der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH).

Das Eigenkapital blieb nahezu auf Vorjahresniveau. Dabei lag die Eigenkapitalquote bei 37,9 % (Vorjahr 36,6 %).

Die lang- und kurzfristigen Finanzschulden haben sich durch Darlehenstilgungen um 68,3 Mio. Euro verringert. Bei den übrigen kurzfristigen Schulden führten der Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, geringere Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern sowie gesunkene

Rückstellungen auf der Bezugs- und Vertriebsseite zu der Verminderung. Die passivierten negativen Marktwerte für Derivate haben sich aufgrund der Marktpreisentwicklung hingegen erhöht.

Die Investitionen gliederten sich wie folgt:

T 06

MIO. €	2015	2014
Erzeugungsanlagen	26,8	24,0
Verteilungsanlagen	68,6	58,9
Grundstücke und Gebäude	2,6	0,7
Sonstiges	12,8	12,3
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	**110,8**	**95,9**
Erwerb von Beteiligungen	4,0	2,9
	114,8	**98,8**

Die Investitionsprojekte für den Ausbau und den Erhalt der Verteilnetze sowie für Erzeugungsanlagen stellen weiterhin den Schwerpunkt der Investitionen in Sachanlagen dar.

Die Investitionsprojekte für den Ausbau und den Erhalt der Verteilnetze für die Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung sowie für Erzeugungsanlagen stellen weiterhin den Schwerpunkt der Investitionen in Sachanlagen dar. Der Anstieg der Investitionen in Verteilungsanlagen war hauptsächlich auf den Bau der Fernwärmeleitung zwischen dem Heizkraftwerk Messe und dem Universitätscampus Westend zurückzuführen. In den Erzeugungsanlagen sind überwiegend Investitionen zur Optimierung der Kraftwerke in Frankfurt im Rahmen des Wärmeversorgungskonzepts enthalten.

Finanzlage des Konzerns

Die finanzielle Entwicklung des Unternehmens zeigt die nachfolgende Kapitalflussrechnung:

T 07

MIO. €	2015	2014	Veränderung
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	171,8	203,1	–31,3
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	–34,0	–64,4	30,4
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	–134,9	–138,8	3,9
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	**2,9**	**–0,1**	**3,0**
Finanzmittelfonds	19,5	16,6	2,9
Finanzmittelfonds einschließlich Guthaben aus Cash Pooling	110,2	163,3	–53,1

Mit rund 71 Prozent war die Teilnahmequote an unserer Mitarbeiterbefragung wieder erfreulich hoch.

Der positive Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit nahm gegenüber dem Vorjahr um 31,3 Mio. Euro ab und lag bei 171,8 Mio. Euro. Dies ist auf die Reduzierung von Verbindlichkeiten und Rückstellungen zurückzuführen. Im Vorjahr entsprach der Rückgang von Verbindlichkeiten in etwa dem Forderungsrückgang.

Die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 34,0 Mio. Euro lagen um 30,4 Mio. Euro unter dem Vorjahr. Insbesondere standen dabei den Investitionen in Anlagevermögen von 110,7 Mio. Euro (Vorjahr 95,8 Mio. Euro) Mittelzuflüsse im Rahmen des Cash Poolings mit der SWFH von 56,8 Mio. Euro (Vorjahr 18,1 Mio. Euro) gegenüber.

Der negative Cashflow aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 134,9 Mio. Euro resultierte wie im Vorjahr insbesondere aus der Gewinnabführung an die SWFH und der Tilgung von Krediten.

Sonstige nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Kundenzufriedenheit

Der Erhalt langfristiger Kundenbeziehungen steht für uns im Mittelpunkt. Da der Kundenzufriedenheit in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung zukommt, führen wir dreimal jährlich repräsentative Umfragen in Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern durch. Als Ergebnis der Befragungen wird ein Potenzialindex ermittelt, der die Bereiche Zufriedenheit, Überzeugung und Kommunikationsleistung abdeckt. Der Potenzialindex gibt die Kundenzufriedenheit auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten an und liegt entsprechend unseren Erwartungen im oberen Drittel.

Mitarbeiterzufriedenheit

Zur Erhebung der Mitarbeiterzufriedenheit führen wir im jährlichen Wechsel eine Voll- und eine Zwischenbefragung durch. Dabei bewerten die Mitarbeiter die allgemeine Arbeitszufriedenheit auf einer Skala von 0 bis 10 Punkten. Themen der Befragung sind zum Beispiel die Arbeitsbedingungen und -prozesse, die Arbeitszeitgestaltung, die Zusammenarbeit mit Kollegen und übergreifenden Bereichen, die Information und Kommunikation im Unternehmen sowie auch die Arbeit der Führungskräfte bei MAINOVA.

Bei unserer diesjährigen Vollbefragung lagen die durchschnittlichen Zufriedenheitswerte auf Gesamtunternehmensebene wie prognostiziert im oberen Drittel und damit auf dem hohen Niveau der Vorjahre. Das Gleiche gilt für die Beteiligungsquote, die mit rund 71 % wieder erfreulich hoch war. Die Ergebnisse der Befragung wurden umfangreich analysiert und Verbesserungsmaßnahmen bereichsintern und unternehmensweit angestoßen.

WESENTLICHE EREIGNISSE

Ereignisse im Berichtsjahr

Zum 30. Juni 2015 hat Prof. Dr. Birkner nach vierjähriger Vorstandstätigkeit das Unternehmen auf eigenen Wunsch verlassen. Nach seinem Austritt wurden die Aufgaben des Technik-Ressorts auf die drei Mitglieder des Vorstands Dr. Constantin H. Alsheimer, Norbert Breidenbach und Lothar Herbst verteilt. Die neue Struktur und Bündelung der Aufgabenbereiche hat sich im Geschäftsjahr bewährt. Durch Beschluss des Aufsichtsrats wird die MAINOVA auch in Zukunft von drei Vorständen geleitet.

Im Mai wurde das Tochterunternehmen MED rückwirkend zum 1. Januar 2015 auf die MAINOVA AG verschmolzen. Durch die Bündelung der Vertriebsaktivitäten unseres Stammhauses mit dem Contracting-Geschäft der ehemaligen MED sind die Vertriebsprozesse schlanker und damit effizienter gestaltet.

Ereignisse nach Ablauf des Berichtsjahres

Es haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres ergeben.

MITARBEITER

Zum Jahresende 2015 beschäftigten wir im Konzern 2.686 (Vorjahr 2.765) und bei der MAINOVA AG 2.555 (Vorjahr 2.627) Mitarbeiter. Von diesen befanden sich 24 (Vorjahr 65) in Altersteilzeit (Blockmodell).

Das Thema Nachfolgeplanung und Nachwuchs gewinnt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels weiterhin an Bedeutung. Um auch in Zukunft eine kontinuierliche Besetzung von spezifischen Fach-, Schlüssel- sowie Führungspositionen sicherstellen zu können, setzt die MAINOVA AG in den nächsten Jahren verstärkt auf die frühzeitige und gezielte Entwicklung und Bindung von leistungsstarken Mitarbeitern mit Potenzial. Mit dem Instrument einer unternehmensweiten Nachfolgeplanung soll das Engpassrisiko durch altersbedingte Austritte reduziert werden.

Um ausreichend Nachfolgekandidaten aus den eigenen Reihen rekrutieren zu können, erhöhen wir die Zahl der Auszubildenden von derzeit 28 auf 35 im Jahr 2016. Der Schwerpunkt liegt vor allem auf den technischen Berufen, wie beispielsweise Elektroniker/-in oder Industriemechaniker/-in. Ziel ist es, zunehmend auch junge Frauen für diese Berufe zu begeistern. Aus diesem Grund eröffnen wir ihnen durch unsere Teilnahme am bundesweiten Girls' Day, die Vergabe von Praktikumsplätzen und Durchführung von Informationsveranstaltungen den Blick in die Welt der Technik.

Zudem haben wir jungen Menschen die Möglichkeit für ein duales Studium geboten. Im September sind sie mit der ersten Praxisphase in die Ausbildung gestartet. Unter den Studierenden sind auch ehemalige Auszubildende unseres Unternehmens. Sie machen somit den nächsten Schritt ihrer beruflichen Entwicklung und können gleichzeitig ihre praktischen Kenntnisse weiter im Unternehmen einbringen und vertiefen.

Wir geben jedoch nicht nur dem Nachwuchs, sondern allen unseren Mitarbeitern die Chance, sich im Unternehmen weiterzuentwickeln. Unser interner Stellenmarkt bietet offene Stellen exklusiv an und zeigt Perspektiven für die berufliche Weiterentwicklung auf. Ein breites Angebot an Fortbildungsmöglichkeiten unterstützt die Kompetenzentwicklung von Mitarbeitern und Führungskräften. Es wird regelmäßig evaluiert und weiterentwickelt.

Zur Vorbereitung auf den demografischen Wandel sind sowohl für Mitarbeiter als auch für Führungskräfte Angebote konzipiert worden, die sich unter anderem mit den Wertvorstellungen von Mitarbeitern in unterschiedlichen Lebensphasen beziehungsweise mit der Zusammenarbeit in altersgemischten Teams beschäftigen.

Zum Jahresende 2015 beschäftigten wir im Konzern 2.686 (Vorjahr 2.765) Mitarbeiter.

Im Jahr 2015 hat uns darüber hinaus das Thema „Vielfalt in der Belegschaft" beschäftigt. Dies umfasst die Unterstützung der Mitarbeiter in ihrer jeweiligen Lebensphase. Durch diese Zielsetzung erreichen wir eine gesunde Leistungsbereitschaft der Beschäftigten und stärken gleichwohl die Mitarbeiterbindung.

Einen wichtigen Baustein bildet dabei auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Bereits 2012 wurde unser Engagement hierfür mit dem Zertifikat „berufundfamilie" belohnt. Viele Maßnahmen wurden seither erfolgreich umgesetzt und wir werden das Thema auch in Zukunft mit Nachdruck verfolgen. Den offiziellen Re-Zertifizierungsprozess der berufundfamilie GmbH haben wir mit Erfolg durchlaufen und wurden im August 2015 für die nächsten drei Jahre erneut mit dem Siegel ausgezeichnet.

Wir erhöhen die Zahl der Auszubildenden von derzeit 28 auf 35 im Jahr 2016.

In unserer Veranstaltungsreihe MAINOVA Wissensbörse können sich alle interessierten Mitarbeiter/-innen zu unterschiedlichen Themen aus dem Unternehmen informieren. Nachdem wir im Jahr 2014 erfolgreich mit Informationsveranstaltungen zum Schwerpunkt Beruf und Familie gestartet sind, haben wir dieses Angebot 2015 ausgeweitet.

Zudem bieten wir unseren Führungskräften parallel ein spezielles Training mit dem Titel „Mitarbeiter in verschiedenen Lebensphasen verantwortungsvoll führen“ an. Neben der Auseinandersetzung mit der eigenen Situation erarbeiten die Teilnehmer/-innen Handlungsansätze, um ihre Mitarbeiter/-innen in deren individuellen Lebensphasen zu unterstützen und eine gesunde Zusammenarbeit im Team zu ermöglichen. Darüber hinaus unterstützen wir unsere Führungskräfte mit einem fokussierten Trainingsangebot zu Veränderungsmanagement und Entscheidungsfindung.

Im Jahr 2015 fand die offizielle Re-Zertifizierung der Personalprozesse statt. Die DEKRA hat die Prozesse in einem umfassenden Verfahren überprüft und das im Jahr 2012 erteilte Zertifikat nach DIN EN ISO 9001 bis Juli 2018 erneuert.

TECHNISCHE INNOVATIONEN

Unser Ziel ist es, intelligente Lösungen für die Herausforderungen der Energiewende zu entwickeln. Als zukunftsorientierter Energiedienstleister analysieren, bewerten und testen wir neue Technologien und setzen diese gemeinsam mit engagierten Partnern um.

So erzielten wir bereits durch ein Kooperationsprojekt Fortschritte bei der Erprobung von Speichertechnologien. Unsere Power-to-Gas-Anlage wurde mit dem Innovationspreis des Verbands kommunaler Unternehmen für ihren Beitrag zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien ausgezeichnet. Die Anlage ermöglicht es, überschüssigen, insbesondere durch Photovoltaik- und Windkraftanlagen erzeugten Strom durch Elektrolyse in Wasserstoff umzuwandeln und so zu speichern.

Unsere Power-to-Gas-Anlage wurde mit dem Innovationspreis des Verbands kommunaler Unternehmen für ihren Beitrag zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien ausgezeichnet.

Zudem betreiben wir seit März 2015 eine Power-to-Heat-Anlage am Standort des Heizkraftwerks Niederrad. Diese Anlage ist in unser Wärmenetz eingebunden und kann so das Potenzial der Fernwärme zur Energiespeicherung nutzen.

Gemeinsam mit Projektpartnern erproben wir zudem derzeit die Nutzung von Flüssigböden im Fernwärme-Leitungsbau. Das neuartige Material aus ausgehobener Erde und Zusatzstoffen wie Ton und Zement ermöglicht ein schnelleres und kostengünstigeres Verlegen der Leitungen als die konventionelle Methode mit Sand.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht des Konzerns

PROGNOSEBERICHT

Gesamtaussage des Vorstands über die voraussichtliche Unternehmensentwicklung

Die Energiebranche befindet sich nach wie vor in einem schwierigen Marktumfeld. Wir stehen weiterhin vor großen Herausforderungen, die angesichts der Energiewende zu bewältigen sind und die Ergebnisentwicklung in allen Segmenten spürbar beeinflussen.

Wir erwarten auch weiterhin eine hohe Wettbewerbsintensität vor allem im Strom- und Gasgeschäft. In einem Marktumfeld mit stetig wachsendem Preisbewusstsein steigt die Wechselbereitschaft der Kunden. Ziel des Vertriebs ist es, trotz der sich verschärfenden Wettbewerbssituation das hohe Kundenbindungsniveau zu halten und in den überregionalen Vertriebsgebieten wertorientiert zu wachsen. Des Weiteren werden wir sukzessive unser Dienstleistungsgeschäft ausbauen und unseren Kunden neue und innovative Produkte anbieten.

Die Integration der erneuerbaren Energien in den Energiemarkt wird auch im Jahr 2016 ein zentrales Thema darstellen. Mit dem fortschreitenden Ausbau der erneuerbaren Energien bedarf es künftig vor allem hochflexibler Kraftwerke, die immer dann einspringen, wenn Energie aus Solar- und Windkraftanlagen nicht zur Verfügung steht. Hocheffiziente Gaskraftwerke mit ihren kurzen Startzeiten stellen die ideale Ergänzung zu den Windkraft- und Solaranlagen mit ihrer stark schwankenden Stromproduktion dar. Da sich das Vorhalten von Leistung noch nicht in den aktuellen politischen Entscheidungen widerspiegelt, gehen wir nicht davon aus, dass sich die Erzeugungsmargen im nächsten Jahr grundlegend verbessern werden. Somit bleibt insbesondere die Situation unserer Gaskraftwerke weiterhin angespannt.

Auf die aktuellen politischen Rahmenbedingungen reagieren wir durch hohe Investitionen insbesondere in unser Netz und in unsere KWK-Erzeugungsanlagen. So investieren wir im Jahr 2016 im Rahmen des Wärmeversorgungskonzepts in den Zusammenschluss der Fernwärmenetze, wodurch die einzelnen Erzeugungsanlagen künftig effizienter und flexibler eingesetzt und somit Brennstoffkosten und CO_2-Emissionen deutlich eingespart werden können.

Erwartete konjunkturelle Entwicklung

Für das Jahr 2016 prognostizieren die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute für die deutsche Wirtschaft ein Wachstum des preisbereinigten BIP um 1,7 % gegenüber dem Vorjahr. Getragen wird dies vom privaten Konsum und von sich langsam erholenden Investitionen. Angesichts der mäßigen Expansion der Weltwirtschaft dürften die Exporte dagegen nur leicht steigen, zumal die belebende Wirkung der Euro-Abwertung allmählich nachlässt. Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte die Arbeitslosenquote leicht ansteigen, da dem Arbeitsmarkt in zunehmendem Maße Asylsuchende zur Verfügung stehen.

Erwartete Entwicklung der Energiepreise und des CO_2-Emissionshandels

Wir erwarten in den kommenden Monaten keine schnelle Erholung der Energieterminpreise. Während eine absehbar entspannte Versorgungslage, ein bislang deutlich zu milder Winterverlauf und der deutlich überversorgte Ölmarkt an den Brennstoffmärkten kurz- und mittelfristig für weitere Preisrückgänge sorgen könnten, sehen wir im späteren Jahresverlauf Potenzial für eine nachhaltige Bodenbildung und moderate Wertzuwächse.

Am Rohölmarkt halten wir in der ersten Jahreshälfte zunächst weitere Preisrückgänge für möglich. Aufgrund weltweit hoher Lagerbestände, einer voraussichtlich deutlich über dem Bedarf verlaufenden OPEC-Produktion und erst langsam einsetzender Angebotsdrosselungen in Nordamerika dürfte der Überhang am Weltmarkt kurzfristig noch steigen. Eine wie im Vorjahr robust erwartete Nachfrage in Verbindung mit weltweit rückläufigen Mengen aus teurer Ölförderung dürfte die Preise in der zweiten Jahreshälfte allerdings wieder moderat ansteigen lassen.

Wir rechnen für die Kohlenotierungen zunächst mit einer Fortsetzung des anhaltenden Abwärtstrends, der analog zum Öl im späteren Jahresverlauf in einer Bodenbildung mit moderaten Wertzuwächsen münden dürfte. Demzufolge gehen wir davon aus, dass die Wahrscheinlichkeit der Stilllegung von Förderkapazitäten steigt und damit verbunden eine Marktbereinigung aufgrund von Unwirtschaftlichkeit erfolgt.

Auf die kurz- und mittelfristig erwartete Überversorgung am Erdgasmarkt sollte eine Stärkung der Ölpreise stabilisierend wirken. Steigende Zuflüsse von Flüssigerdgas (LNG) und ein stabiles bis leicht steigendes Angebot aus Russland und Norwegen sprechen auch bei der längerfristig erwarteten Ölpreiserholung nur für begrenzte Zuwächse. Steigende Gaspreise könnten sich aus signifikanten Förderkürzungen in den Niederlanden oder Beeinträchtigungen russischer Gaslieferungen nach Europa ergeben.

Nach dem Aufwärtstrend im Jahr 2015 halten wir am Emissionsmarkt zunächst Preisrückgänge für wahrscheinlich, da die außergewöhnlich milde Winterwitterung die Nachfrage senkt. Weiterhin könnten fallende Energiepreise sowie die Sorgen bezüglich einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums in Europa die Notierungen belasten. Die gegenwärtigen europäischen Reformbemühungen zum Emissionshandel und der Aufbau einer ab 2019 greifenden Marktstabilitätsreserve dürften aber in der zweiten Jahreshälfte zu einem moderaten Preisanstieg führen.

Am Strommarkt wird im Einklang mit moderat anziehenden Brennstoffmärkten und Wertzuwächsen bei Emissionsrechten eine Preisstabilisierung im späteren Jahresverlauf 2016 erwartet. Der voranschreitende Ausbau der erneuerbaren Energien und das nur moderat eingeschätzte Erholungspotenzial der Brennstoffe dürften deutlichen Preiszuwächsen am Strommarkt entgegenstehen.

Zukünftige Geschäfts- und Ergebnisentwicklung

Unsere Planung für das Geschäftsjahr 2016 zeigt einen stabilen Ergebnisverlauf. Zurückzuführen ist dies im Wesentlichen auf vertriebliche Mengensteigerungen. Darüber hinaus stellen wir uns durch den Ausbau unseres Dienstleistungsgeschäfts als innovativer Marktteilnehmer der Energiewende auf. Ferner wirken sich Kostenreduzierungen sowie Effizienzsteigerungen positiv aus.

Im Konzernabschluss stellt sich die erwartete Entwicklung des bereinigten EBT des Jahres 2016 nach Segmenten wie folgt dar:

T 08

MIO. €	2016 (Plan)
Wärme- und Stromerzeugung	deutlich über Vorjahr
Stromversorgung	deutlich unter Vorjahr
Gasversorgung	leicht unter Vorjahr
Wärmeversorgung	leicht über Vorjahr
Wasserversorgung	auf Vorjahresniveau
Beteiligungen	leicht über Vorjahr
Konzern	**auf Vorjahresniveau**

In der Wärme- und Stromerzeugung gehen wir operativ von einer leicht höheren Erzeugungsmenge aus. Dennoch steht das Segmentergebnis aufgrund der herausfordernden Marktlage weiter unter Druck. Dies hatte im Vorjahr zu Belastungen aus der Bildung von Risikovorsorgen für Gaskraftwerke geführt. Aus diesem Grund erwarten wir für das nächste Jahr einen deutlichen Ergebnisanstieg.

In der Stromversorgung rechnen wir mit einem Anstieg der Absatzmengen in allen Kundensegmenten. Gegenläufig liegt das Planergebnis im Netzgeschäft unter dem Vorjahresniveau. Da das Vorjahr zudem durch positive Einmaleffekte beeinflusst war, gehen wir von einem deutlichen Ergebnisrückgang aus.

Wesentlicher Ergebnistreiber im Konzern ist, wie auch in den Vorjahren, die Gasversorgung. Dabei unterstellen wir einen durchschnittlichen Witterungsverlauf (10-Jahres-Durchschnitt). Auf der Absatzseite erwarten wir einen vertrieblich bedingten Anstieg. Gegenläufig rechnen wir weiterhin mit einem intensiven Wettbewerbsdruck. Ferner waren im Vorjahr positive Auswirkungen aus Einmaleffekten enthalten.

In der Wärmeversorgung kann infolge vertrieblicher Mengensteigerungen eine leichte Ergebnisverbesserung erzielt werden. Daneben wird das Dienstleistungsgeschäft sukzessive mit innovativen Produkten im Umfeld der dezentralen Energieerzeugung ausgebaut. In diesem Zusammenhang sind Produkteinführungen wie beispielsweise Pachtlösungen auf Basis von Blockheizkraftwerken vorgesehen.

Auf Basis einer kartellrechtlichen Verfügung war MAINOVA im Jahr 2012 gezwungen, die Wasserpreise zu senken. Seitdem ist das Ergebnis im Segment Wasserversorgung durch ein niedriges Preis- und Ergebnisniveau geprägt.

Für das Segment Beteiligungen erwarten wir eine moderate Ergebnisverbesserung, da das Vorjahr durch negative Einmaleffekte beeinflusst war.

Bezüglich unserer sonstigen nichtfinanziellen Leistungsindikatoren Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit gehen wir für das Jahr 2016 von einem in etwa gleichbleibenden Niveau aus.

Zukünftige Investitionen und Finanzlage

Der Fokus unserer zukünftigen Investitionen liegt auf ressourcenschonender, effizienter Energieerzeugung und zuverlässiger Energieversorgung. Dabei bedarf es verlässlicher gesetzlicher, energiepolitischer und regulatorischer Rahmenbedingungen.

Die geplanten Investitionen verteilen sich wie folgt:

T 09

MIO. €	2016
Erzeugungsanlagen	34
Verteilungsanlagen	103
Sonstiges	26
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	**163**
Erwerb von Beteiligungen	6
	169

Der Investitionsschwerpunkt liegt auf der Umsetzung unseres Wärmeversorgungskonzepts und den damit verbundenen Investitionen in unser Fernwärmenetz und in die bestehenden Erzeugungsanlagen. Durch den Ausbau des Fernwärmebereichs tragen wir zur weiteren Verbesserung der Klimabilanz der Stadt Frankfurt bei.

Ziel der geplanten Investitionen in unsere bestehenden konventionellen Kraftwerke ist es, die weiterhin sichere Verfügbarkeit der Erzeugungsanlagen sowie den Ausbau und die Optimierung der KWK zu gewährleisten. Die dadurch erzielten Effizienzsteigerungen werden mittel- bis langfristig einen wesentlichen Ergebnisbeitrag liefern.

Durch die hohen Investitionen in den Ausbau und den Erhalt unserer Versorgungsnetze gewährleisten wir ein hohes Maß an Versorgungszuverlässigkeit und -qualität im Interesse unserer Kunden.

Der Erwerb von Beteiligungen entfällt im Wesentlichen auf Projekte zur Erzeugung von erneuerbaren Energien. Dabei investieren wir vorwiegend in Onshore-Windkraftanlagen. Mit unserer Erzeugungsstrategie verfolgen wir das Ziel des Ausbaus von erneuerbaren Energien weiter und überprüfen dieses kontinuierlich nach ökonomischen und ökologischen Kriterien. Dabei berücksichtigen wir Unsicherheiten in den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen.

Ferner modernisieren wir die bestehende IT-Infrastruktur und passen sie an unsere Geschäftsanforderungen sowie an die gesetzlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen an.

Wir gehen davon aus, dass unsere Investitionen im Jahr 2016 vollständig durch vorhandene Finanzmittel gedeckt werden können.

CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

Beurteilung der Risikosituation durch die Unternehmensleitung

Zur Gewährleistung des langfristigen Unternehmenserfolgs ist ein nachhaltiges Risikomanagementsystem von großer Bedeutung. Die aus allen Unternehmensbereichen gemeldeten Risiken werden gemäß dem bestehenden Regelwerk zentral erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr stellte sich die Chancensituation nahezu unverändert dar, wobei sich der Umfang der Risiken im gleichen Zeitraum verringerte. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine Risiken erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

Risikomanagementsystem

Die Risikoeinschätzungen werden über ein systematisches Risikomanagement abgebildet. Dieses verstehen wir als methodische Identifizierung, adäquate Bewertung sowie Steuerung von Chancen und Risiken. Risiko ist hierbei als eine negative Abweichung von unternehmerischen Zielen oder Planwerten definiert. Demgegenüber bezeichnen wir Chancen als positive Abweichungen vom geplanten Unternehmensergebnis. Die Basis für die Chancen- und Risikobewertung bilden Einschätzungen sowie Annahmen über denkbare zukünftige Entwicklungen und Ereignisse.

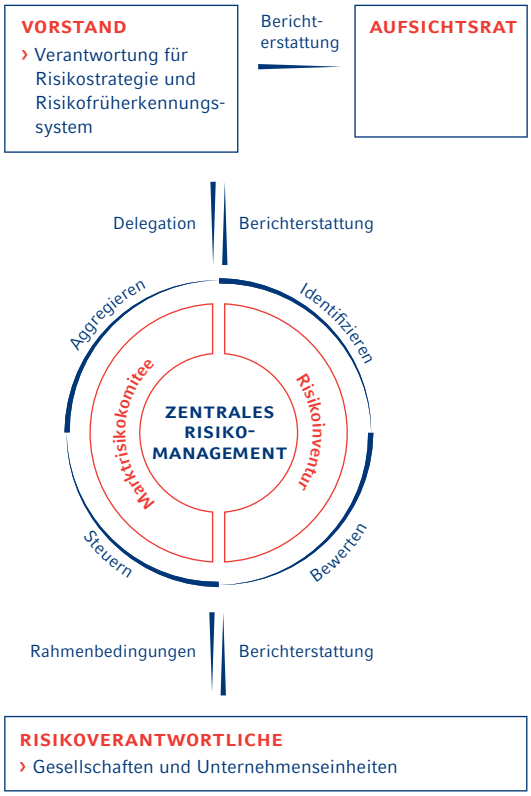
Wir unterscheiden zwischen Markt- und Unternehmenschancen beziehungsweise -risiken sowie übergeordneten und strategischen Sachverhalten. Marktchancen und -risiken entstehen im Wesentlichen durch Preisveränderungen an den Absatz- und Beschaffungsmärkten. Daneben beziehen sich die Unternehmenschancen und -risiken auf die operative Geschäftstätigkeit. Aus übergeordneten beziehungsweise strategischen Sachverhalten ergeben sich zudem sonstige ereignisgebundene Einzelchancen und -risiken.

Die Risikotragfähigkeit wird auf der Basis des Eigenkapitals und des geplanten Ergebnisses des jeweiligen Geschäftsjahres ermittelt. Die Risikosteuerung erfolgt, insbesondere in Bezug auf die Marktrisiken, anhand eines Limitsystems, das die Gegenüberstellung von Risiken und der entsprechenden Tragfähigkeit beinhaltet.

Das Risikomanagementsystem der MAINOVA stellt sich wie folgt dar:

G 14

Risikomanagementsystem



Durch die Risikoinventur werden alle Risiken von unseren Unternehmensbereichen und den einbezogenen Tochterunternehmen systematisch und eigenverantwortlich erfasst und bewertet. In ihrer Verantwortung liegt es ebenfalls, wirksame Maßnahmen zu initiieren, die Risiken vermeiden, reduzieren und kontrollieren. Daneben erfolgt das Monitoring der Marktrisiken durch monatliche Sitzungen des Markt-Risiko-Komitees (MRK) mit Teilnahme von Vorstand und Führungskräften.

Der Bereich „Finanzen, Rechnungswesen und Controlling“ steuert und koordiniert das zentrale Risikomanagement. Dieser ist für die Berichterstattung über die Chancen- und Risikolage an den Vorstand sowie unseren Aufsichtsrat verantwortlich. Unvorhergesehene wesentliche Veränderungen der Risikosituation werden vom zentralen Risikomanagement oder von den verantwortlichen Unternehmensbereichen ad hoc an die Unternehmensleitung berichtet.

Die Identifikation und Nutzung von Chancen liegen in der Verantwortung der Unternehmensbereiche. Die Erfassung und Bewertung der Chancen erfolgt ebenfalls im Rahmen der Risikoinventur. Die sich bietenden Marktchancen werden zudem im MRK erörtert.

Die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems wird regelmäßig von der internen Revision geprüft. Zudem begutachtet der Wirtschaftsprüfer die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen nach § 91 Abs. 2 Aktiengesetz (AktG).

Marktchancen und -risiken

Das sich verändernde Branchenumfeld führt nachhaltig zu immer schwerer prognostizierbaren Preisbewegungen an den Rohstoff- und Energiebeschaffungsmärkten. Dies birgt, sowohl bei der Beschaffung von Strom und Gas für unsere Kunden als auch bei der Vermarktung der in unseren eigenen Kraftwerken erzeugten Energie, vielfältige Chancen und Risiken auf der Beschaffungs- und der Absatzseite.

Der steigende Anteil an vorrangig ins Netz eingespeistem Strom aus erneuerbaren und schwankenden Energiequellen hat zu einem Verfall der Preise am Großhandelsmarkt geführt. Gleichzeitig kommen unsere Kraftwerke zur Deckung von Nachfragespitzen, wie beispielsweise zur Mittagszeit, immer seltener zum Einsatz, da zu diesen Zeiten ausreichend Solar- und Windstrom vorhanden ist. Sinkende Strompreise und geringere Betriebsstunden beeinträchtigen die Erlöspotenziale aus unseren Erzeugungsanlagen. Dieser Marktentwicklung begegnen wir mit einer langfristig und risikodiversifiziert ausgelegten Vermarktungsstrategie, die einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung auf Basis der Entwicklungen an den Energie- und Rohstoffmärkten unterliegt.

Um Preisrisiken aus der Brennstoffbeschaffung abzusichern, setzen wir Kohle-, Gas- und Öl-Swaps als Sicherungsinstrumente ein. Gleichzeitig werden zur Sicherung der Stromerlöse Vermarktungsgeschäfte (Forwards) für die eigenerzeugten Mengen abgeschlossen.

Die Strommengen für unser Vertriebsportfolio decken wir an den Großhandelsmärkten ein. Preisrisiken minimieren wir an dieser Stelle durch eine gestreute Beschaffung. Diese Strategie gewährleistet zum einen marktorientierte Beschaffungskonditionen und zum anderen schließt sie spekulative Elemente aus.

Nach dem Auslaufen langfristiger Vollversorgungsverträge für Gas sieht unsere aktuelle Bezugsstrategie eine marktnahe und differenzierte Beschaffung analog zum Strom vor. Den daraus resultierenden Marktopportunitäten stehen Mengen- und Preisrisiken gegenüber. Zur Begrenzung dieser Risiken wurde ein entsprechendes Limitsystem implementiert, das zudem eine zeitliche Streuung der Beschaffungsaktivitäten sicherstellt.

In einem begrenzten und regelmäßig überwachten Rahmen betreiben wir Eigenhandel mit definierten Commodities mit dem Ziel, Handelsmargen aus den Preisbewegungen am Markt zu generieren. Daraus resultieren sowohl die Chance auf die Erzielung positiver Ergebnisbeiträge als auch das Risiko des Abschlusses von verlustreichen Geschäften.

Bezüglich der Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten verweisen wir auf den Abschnitt 7 im Konzernanhang.

Für die Steuerung und Überwachung der Marktchancen und -risiken, die sich aus den Kerngeschäftsprozessen Energiebezug und Handel, Vertrieb und Erzeugung ergeben, ist das MRK verantwortlich. Um Marktrisiken zu minimieren, haben wir klare Strategien und Rahmenbedingungen definiert, in deren Grenzen wir Beschaffungs- und Vermarktungsaktivitäten sowie finanzielle Sicherungs- und Eigenhandelsgeschäfte durchführen können. Die Basis hierfür bildet das Risikomanagementhandbuch, das vom MRK freigegeben und regelmäßig überprüft wird.

Die Grundlage für die Risikosteuerung ist ein von den operativen Einheiten unabhängiges Berichtswesen, das kontinuierlich die Risiken auf Basis der zugelassenen Instrumente überwacht. Die zentrale Kennzahl zur Steuerung der Risiken ist das Risikokapital beziehungsweise der Value-at-Risk (VaR). Die Auslastung des Risikokapitals berücksichtigt Handelsaktivitäten für das aktuelle sowie für die drei folgenden Geschäftsjahre. Der VaR zeigt dabei zudem mögliche Ergebnisschwankungen auf, die aus noch offenen Positionen des Energiehandelsportfolios der aktuellen Bewirtschaftungszeiträume entstehen können. Darüber hinaus werden Volumen- und absolute Verlustlimits als Steuerungsgröße definiert. Zum 31. Dezember 2015 belief sich die Auslastung des Risikokapitals inklusive des VaR auf rund 4 Mio. Euro, was einer Ausschöpfung des Limits von 8 % entspricht.

Unternehmenschancen und -risiken sowie übergeordnete Sachverhalte

Die allgemeinen Unternehmenschancen und -risiken sowie übergeordneten Sachverhalte umfassen alle Arten von Chancen und Risiken, die sich aus unserer Geschäftstätigkeit ergeben, sowie sonstige ereignisgebundene Einzelchancen und -risiken aus übergeordneten oder strategischen Sachverhalten.

Die Unternehmensrisiken teilen wir entlang der Wertschöpfungsstufen in die Kategorien Erzeugung, Vertrieb, Netz und Regulierung, Finanzen und Beteiligungen, Shared Service sowie Recht, Compliance und Revision ein.

Der Erwartungswert aller erfassten Risiken entfällt mit 16 % auf die Erzeugung, mit 51 % auf den Vertrieb, mit 3 % auf Netz- und Regulierungsrisiken und mit 30 % auf sonstige Risiken. Der Erwartungswert nach bereits eingeleiteten Gegenmaßnahmen beläuft sich zum 31. Dezember 2015 auf rund 15 Mio. Euro.

Erzeugung

Aus dem Kraftwerksbetrieb können sich, trotz regelmäßiger Überwachung und Modernisierung, Risiken aufgrund von technischen Störungen oder des Ausfalls von Anlagen ergeben. Die sachgerechte Instandhaltung und Wartung der Anlagen reduziert diese Risiken. Bei auftretenden Schäden und Ausfällen werden die finanziellen Auswirkungen in begrenztem Ausmaß durch abgeschlossene Versicherungen verringert. Mögliche Produktionsausfallkosten sind nicht versichert.

Durch die Energiewende und die vorrangige Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien ergeben sich neben den Risiken aus fallenden Strompreisen und damit sinkenden Erzeugungsmengen und Erlösen auch Chancen. Durch Optimierungsmaßnahmen steigern wir die Effizienz und Flexibilität unseres konventionellen Kraftwerksparks. In den letzten Jahren haben wir unsere großen Kraftwerksblöcke an den Standorten West und Niederrad für die Teilnahme am sogenannten Minutenreserve- und Sekundärregelmarkt qualifiziert. Diese sind somit in der Lage, Netzschwankungen kurzfristig auszugleichen und dadurch zusätzliche Deckungsbeiträge zu generieren. Hierdurch leisten sie einen zunehmenden Beitrag zur Sicherstellung der Netzstabilität und Versorgungssicherheit. Zudem haben wir die Stromvermarktung unseres Kraftwerksparks durch den Intraday-Handel kurzfristig verfügbarer Erzeugungskapazitäten optimiert.

Eine weitere Optimierungsmaßnahme zur Steigerung der Rentabilität des Kraftwerksparks ist die Umsetzung des Wärmeversorgungskonzepts. Der daraus mittelfristig entstehende Wärmeverbund zwischen den Frankfurter Erzeugungsanlagen gewährleistet eine effizientere Nutzung der Erzeugungskapazitäten und flexiblere Einsatzmöglichkeiten der Anlagen, wodurch wir die Fahrweise optimieren. Dies führt wiederum zu Brennstoffeinsparungen. Das Konzept ermöglicht darüber hinaus Neukundenanschlüsse mit erheblichem Leistungszuwachs und einer damit einhergehenden Verbesserung der Ertragslage. Dem stehen mögliche Projektrisiken aus zeitlichen Verzögerungen oder Budgetüberschreitungen gegenüber.

Wir haben bereits in den vergangenen Jahren in regenerative Erzeugungsanlagen investiert. Unser Engagement konzentrierte sich überwiegend auf Beteiligungen an Photovoltaikanlagen und Onshore-Windparks. In Bezug auf zukünftige Entscheidungen zu Investitionen in regenerative Erzeugungsanlagen sind zuverlässige politische Rahmenbedingungen als wirtschaftliche Grundlage erforderlich. Aufgrund der aktuellen Marktsituation können mit dem Erwerb von schlüsselfertigen Projekten unsere Renditeanforderungen nicht erfüllt werden. Um dem zu begegnen, prüfen wir derzeit Möglichkeiten eigener Wertschöpfung bei der Projektentwicklung und beim Anlagenbetrieb.

Für die zuletzt wegen geringer Markteinsatzmöglichkeiten angespannte Ergebnissituation unserer Beteiligung an der Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH (GKI) konnte im April 2013 unter Beteiligung der BNetzA ein Redispatch-Vertrag mit dem Übertragungsnetzbetreiber TenneT abgeschlossen werden. Die Einigung sieht vor, dass für die Nutzung von systemrelevanter Kraftwerksleistung vom Übertragungsnetzbetreiber bis März 2016 dem Redispatch-Anteil entsprechende Kosten für die Kraftwerksnutzung erstattet werden. Es ist vorgesehen, die Anlage zeitlich begrenzt ab April 2016 in die Netzreserve zu überführen. Welche Kostenerstattungen durch den Übertragungsnetzbetreiber durchsetzbar sein werden, ist aufgrund des aktuellen Rechtsrahmens unsicher. Sowohl die Reservekraftwerksverordnung als auch die Vergütungsregeln von Redispatch-Einsätzen werden derzeit novelliert. Um einen wirtschaftlich sinnvollen Betrieb des Kraftwerks zu ermöglichen, ist eine gesetzliche Regelung notwendig, welche die Vorhaltung von Erzeugungsleistung honoriert.

Die Abnahme des Gemeinschaftskraftwerks in Bremen, an dem MAINOVA mit 25,1 % beteiligt ist, wird sich aufgrund technischer Probleme weiter verzögern. Nach aktuellem Planungsstand gehen wir von

einer Inbetriebnahme im Laufe des Jahres 2016 aus. Aufgrund der angespannten Marktlage sehen wir derzeit jedoch nur geringe Einsatzmöglichkeiten, was die Rentabilität des Kraftwerks maßgeblich beeinträchtigt.

Den Risiken aus den Gaskraftwerken in Irsching und Bremen haben wir durch Bildung von Risikovorsorgen Rechnung getragen.

Vertrieb

Aus dem sich weiter intensivierenden Wettbewerb in den Privat- und Geschäftskundenmärkten ergeben sich für uns sowohl Chancen als auch Risiken in der Strom- und Gasversorgung. Die Chancen nutzen wir, indem wir unser Vertriebsgebiet gezielt und fokussiert erweitern und so neue Kunden gewinnen. Darüber hinaus ist die Pflege unserer Bestandskunden ein wichtiger Baustein, um unsere bisherigen Marktanteile zu sichern und somit das Risiko von Mengenverlusten zu mindern. Dabei übernehmen wir für unsere Kunden zunehmend die Funktion eines umfassenden Energiedienstleisters.

Die Absatzmengen für Erdgas und Fernwärme sind in hohem Maße witterungsabhängig. Planerisch gehen wir diesbezüglich jeweils von einem durchschnittlichen Witterungsverlauf der letzten zehn Jahre aus. Abweichungen davon können sowohl Chancen als auch Risiken darstellen. Im Jahr 2015 war ein leicht unter dem Durchschnitt liegender Witterungsverlauf zu verzeichnen.

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat in den vergangenen Jahren in verschiedenen Urteilen gegen Energieversorgungsunternehmen Preisanpassungsklauseln für unwirksam erklärt. Die bisher als rechtssicher geltende Übernahme der gesetzlichen Preisanpassungsregelungen wurde durch den Europäischen Gerichtshof verworfen. Preisanpassungsklauseln in den Sparten Strom, Gas und Wärme waren mehrfach Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen. Bis heute liegt kein gerichtliches Urteil vor, das unsere Preisanpassungsklauseln für unwirksam erklärt. Ferner verbessert die jüngste BGH-Rechtsprechung grundsätzlich die Rechtssicherheit unserer Preisanpassungsklauseln. Dennoch bleibt die Klärung grundlegender Fragen weiterhin aus.

Netz und Regulierung

Regulatorische Risiken ergeben sich insbesondere aus den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) einschließlich der Verordnungen sowie den Festlegungen der BNetzA zu den Kosten und Erlösen der Netzbetreiber. Diese Vorgaben zwingen die Netzbetreiber dazu, die Kosten zu senken und gleichzeitig weiterhin eine angemessene Versorgungsqualität zu gewährleisten.

Nachdem die Anerkennung der Personalzusatzkosten als „dauerhaft nicht beeinflussbar“ für die zweite Regulierungsperiode Strom bereits erfolgt ist, hat das zuständige Oberlandesgericht Anfang 2015 Entsprechendes für die zweite Regulierungsperiode Gas (ab 2013) entschieden. Die BNetzA hat gegen diese Entscheidung Rechtsbeschwerde beim BGH eingelegt. Sollte diese Beschwerde keinen Erfolg haben, wird sich dies positiv auf die Erlösobergrenze auswirken.

Eine Chance zur Erhöhung der Erlösobergrenze ergibt sich ebenfalls aus der gerichtlichen Beschwerde gegen die Festlegung des Qualitätselements innerhalb der Erlösobergrenze. Der Ausgang des Verfahrens ist jedoch ungewiss.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat im September 2015 einen Entwurf für das „Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende“ veröffentlicht. Kern des Gesetzentwurfs soll ein neues Messstellenbetriebsgesetz sein, das die Grundlage für den Einbau intelligenter Messsysteme legt und Regelungen zur Datenkommunikation vorsieht. Diese Regelungen können nach ihrem Inkrafttreten zu erheblichem zusätzlichem Aufwand führen.

Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen, die Rahmenbedingungen für die Verteilnetze investitionsfreundlich auszugestalten. Ziel ist es, einen Mechanismus zu schaffen, mit dem die Investitionskosten ohne Zeitverzug in der Erlösobergrenze anerkannt werden können. Aufgrund einer Aufforderung der Wirtschaftsministerkonferenz prüft das BMWi derzeit die Modelle Investitionskostendifferenz oder Kapitalkostenabgleich. Hierzu liegt ein Gesetzentwurf vor.

Bei der rechtlichen Sicherung zur Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Strom- und Gasinfrastruktureinrichtungen müssen die konzessionsgebenden Städte und Gemeinden strukturierte Vergabeverfahren umsetzen. Bei auslaufenden Verträgen besteht auch in der Rhein-Main-Region ein hoher Anreiz für Wettbewerber, Angebote zu platzieren. Als Wettbewerber treten in der Regel andere Energieversorgungsunternehmen aus der Region auf. Diese wollen ihr Netzgeschäft ausweiten oder verlorene Konzessionen kompensieren. Auch wir bewerben uns um weitere Strom- und Gaskonzessionen in einem definierten Radius rund um Frankfurt.

Neben der direkten Vergabe der Wegenutzungsverträge tendiert ein Teil der Kommunen dazu, die Konzessionen an eine Netzeigentumsgesellschaft zu vergeben, an der sie selbst als Mehrheitsgesellschafter beteiligt sind. Minderheitsgesellschafter

wird in der Regel der bisherige Konzessionär. Der operative Netzbetrieb erfolgt dann weiterhin durch den bisherigen Netzbetreiber, mit dem die Netzeigentumsgesellschaft einen Pachtvertrag abschließt. Dieser Konzessionswettbewerb bietet den etablierten Netzeigentümern sowie Netzbetreibern Wachstumschancen. Gleichzeitig birgt er aber auch das Risiko, eigene Konzessionen an andere Netzeigentümer und -betreiber vollständig zu verlieren oder die Konzession nur im Rahmen eines Kooperationsmodells mit dem Konzessionsgeber weiterführen zu können.

Finanzen und Beteiligungen

Unter „Finanzen und Beteiligungen" erfassen wir finanzielle und steuerliche Risiken sowie Chancen und Risiken aus Beteiligungen. Die finanziellen Risiken umfassen Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken, Forderungsausfallrisiken und Risiken aus der Nichteinhaltung vereinbarter Finanzkennzahlen (Covenants) aus der Fremdkapitalaufnahme.

Liquiditätsrisiken können bestehen, wenn die erforderlichen Finanzmittel nicht zur Verfügung stehen, um Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Durch die Einbindung in das systematische Liquiditätsmanagement der SWFH wirken wir diesen Risiken entgegen. Wir verfügen bei der SWFH über eine Kreditlinie in Höhe von 40 Mio. Euro. Darüber hinaus besteht grundsätzlich die Möglichkeit, mit der SWFH Termingelder zu vereinbaren, um Liquiditätsunterdeckungen zu vermeiden. Bei Banken liegen keine Kreditlinien vor.

Zinsänderungsrisiken resultieren aus marktbedingten Schwankungen der Zinssätze und wirken sich auf die Höhe der Zinsaufwendungen aus. Bei uns bestehen diese Risiken für verzinsliche Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, bei denen die Laufzeiten die vereinbarten Zinsbindungsfristen übersteigen. Wir begegnen derartigen Zinsänderungsrisiken zum Teil durch den Abschluss von Verträgen mit langfristigen Zinsbindungsfristen. Darüber hinaus werden in Einzelfällen Zins-Swaps abgeschlossen.

Forderungsausfallrisiken bestehen bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage einerseits bei den Kunden und andererseits bei den Kontrahenten im Energiehandel. Ein anforderungsgerechtes Forderungsmanagement sowie strenge Bonitätsrichtlinien für den Abschluss von neuen Verträgen und die Gewährung von Ratenplänen führten hier zu einer Risikoreduktion.

Das Beteiligungscontrolling überwacht durch die turnusmäßige Berichterstattung die Chancen und Risiken aus Beteiligungsgesellschaften. Dabei werden Plan-Ist-Abweichungen, die negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können, analysiert und, falls es erforderlich ist, gemeinsam mit der Gesellschaft Maßnahmen zur Risikominimierung erarbeitet. Darüber hinaus führen wir insbesondere mit den großen Beteiligungsgesellschaften regelmäßige Gespräche zur wirtschaftlichen Entwicklung, in denen auch die Unternehmensstrategie, Regulierungseinflüsse und Rentabilität größerer Investitionsvorhaben erörtert werden. Sofern Ereignisse oder veränderte Umstände darauf hindeuten, dass die Buchwerte unserer Beteiligungsgesellschaften in ihrem Wert gemindert sind, führen wir eine Werthaltigkeitsprüfung durch.

Shared Service

In dieser Kategorie werden insbesondere Risiken aus den Bereichen Personal und IT erfasst. Im Personalbereich sind wir einem zunehmenden Wettbewerb um qualifiziertes Personal ausgesetzt. Um Risiken aus der Abwanderung von Leistungsträgern in Schlüsselfunktionen und dem damit verbundenen Verlust von Know-how entgegenzuwirken, setzen wir auf eine bedarfsgerechte Personalentwicklung und -förderung und entwickeln die Unternehmenskultur weiter. Ein betriebliches Gesundheitsmanagement und eine regelmäßige Mitarbeiterbefragung tragen ebenfalls dazu bei.

Im IT-Bereich entstehen Risiken aufgrund einer eingeschränkten Systemverfügbarkeit sowie aus Datenschutz- und Integritätsgründen. Diesen Risiken treten wir durch redundante Systemstrukturen, technische und organisatorische Schutzmaßnahmen und ein effizientes Berechtigungskonzept aktiv entgegen. Die Aufrechterhaltung und Optimierung der komplexen IT-Systeme werden maßgeblich durch den Einsatz qualifizierter interner und externer Fachkräfte sowie die kontinuierliche Modernisierung von Hard- und Software erreicht.

Recht, Compliance und Revision

Rechtliche Risiken können sich aus veränderter Rechtslage durch Inkrafttreten neuer oder geänderter Gesetze und Verordnungen sowie aus höchstrichterlicher Rechtsprechung ergeben. Änderungen mit Auswirkung auf unser Kerngeschäft haben wir im Abschnitt Rahmenbedingungen dargestellt.

Das im Juli 2015 in Kraft getretene Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (IT-Sicherheitsgesetz), hat das Ziel, die Verfügbarkeit, aber auch Integrität und Datenschutz bestehender IT-Systeme zu gewährleisten. Hierfür werden Vorgaben zum Schutz der IT für kritische Infrastrukturen gemacht und gleichzeitig die Pflicht zur Information des Staates über Defizite und Vorfälle geschaffen. Betreiber kritischer Infrastrukturen,

zu denen auch Energieversorger gehören, werden verpflichtet, einen Mindeststandard an IT-Sicherheit einzuhalten und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik IT-Sicherheitsvorfälle zu melden. Mittelfristig führt dies zu erhöhten Kosten und technischen wie rechtlichen Herausforderungen. Hierbei kommen zunächst auf den Netzbetrieb (insbesondere Datenverkehr zur Regelung/Steuerung), voraussichtlich aber auch auf den Energievertrieb zusätzliche Pflichten zu.

Das Insolvenzrecht bekommt nicht zuletzt aufgrund der weltweiten Finanzmarktkrise eine immer bedeutendere Rolle. Das deutsche Recht passt sich den geänderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen an. Der Umgang mit der Zahlungsunfähigkeit von Schuldnern ist in der Insolvenzordnung geregelt. Sie hat das Ziel, alle Gläubiger des insolventen Schuldners gemeinschaftlich und gleichmäßig zu befriedigen und eine geordnete Abwicklung stattfinden zu lassen. Die Reform des Insolvenzrechts gehört derzeit zu den wichtigsten Reformprojekten im Wirtschaftsrecht und spielt gerade auch für Energieversorger eine große Rolle, zumal wir als Grundversorger zunächst zu einer Lieferung von Energie verpflichtet sind.

Compliance-relevante Risiken umfassen Verstöße gegen interne Richtlinien und Verhaltensregeln sowie gesetzliche Vorgaben, wie beispielsweise Regelungen zu Korruption, Datenschutz oder Umweltschutz- und Arbeitssicherheitsbestimmungen. Um Compliance-Risiken zu vermindern, führt das Compliance-Management regelmäßig Risikoanalysen durch und entwickelt hieraus konzerneinheitliche Grundsätze und Maßnahmen. Hierdurch erreichen wir, dass sich MAINOVA und die für sie handelnden Personen rechts- und richtlinienkonform verhalten und die Unternehmenswerte beachten. Zu diesen Maßnahmen zählen beispielsweise ein Verhaltenskodex und Compliance-Schulungen für Mitarbeiter und Führungskräfte. Durch geeignete interne Prozesse sowie die Schulung aller relevanten Mitarbeiter kommen wir diesen Anforderungen nach. Zudem stellen wir sicher, dass für die betroffenen Compliance-Risiken ein hinreichender Versicherungsschutz besteht.

Sonstige Angaben

INTERNES KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM BEZOGEN AUF DEN KONZERNRECHNUNGSLEGUNGSPROZESS NACH §§ 289 ABS. 5 UND 315 ABS. 2 NR. 5 HGB

Die Zielsetzung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems ist es, die Ordnungsmäßigkeit sowie die Verlässlichkeit der Rechnungslegung und Finanzberichterstattung durch die Implementierung von Kontrollen sicherzustellen. Das System beinhaltet Grundsätze, Verfahren, Regelungen und Maßnahmen, um eine vollständige, korrekte und zeitnahe Erfassung von Geschäftsvorfällen unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zu gewährleisten. Die Grundlagen hierfür sind die Identifikation möglicher Fehlerquellen und die wirksame Begrenzung daraus resultierender Risiken.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem ist ein integraler Bestandteil des Rechnungslegungsprozesses der MAINOVA und erstreckt sich auf die Finanzberichterstattung im gesamten Konzern. Es beinhaltet eine klare Funktionstrennung zwischen den beteiligten Bereichen, die darüber hinaus in quantitativer wie qualitativer Hinsicht angemessen ausgestattet sind. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen finden regelmäßig analytische Prüfungen statt. Die im Risikomanagementsystem erfassten und bewerteten Risiken werden im Jahresabschluss berücksichtigt, sofern bestehende Bilanzierungsregelungen dies vorschreiben.

Die für die Rechnungslegung eingesetzten IT-Systeme sind durch Sicherheitsvorkehrungen vor unbefugten Zugriffen geschützt. Soweit es möglich ist, wird Standardsoftware eingesetzt. Erhaltene oder weitergegebene Rechnungslegungsdaten überprüfen wir regelmäßig in Stichproben auf Vollständigkeit und Richtigkeit. Zudem finden durch die eingesetzte Software programmierte Plausibilitätsprüfungen statt.

Der Konzernabschluss wird mithilfe einer SAP-Konsolidierungssoftware erstellt. Die von den einzelnen Gesellschaften nach den konzernweit geltenden Bilanzierungsrichtlinien erstellten Abschlüsse fassen wir bei der MAINOVA AG zum Konzernabschluss zusammen. Die MAINOVA AG trägt die Verantwortung für die Betreuung des Konsolidierungssystems, den konzerneinheitlichen Kontenrahmen und die Durchführung der Konsolidierungsmaßnahmen.

Für die Umsetzung dieser Regelungen und die Nutzung der Instrumentarien sind die beteiligten Bereiche und Abteilungen zuständig.

Die Verantwortlichkeit für die Implementierung, Aufrechterhaltung und Wirksamkeit des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems sowie die Überwachung der Einhaltung der Vorgaben liegt bei dem für Finanzen zuständigen Mitglied des Vorstands der MAINOVA AG. Diese Verantwortung ist in der Geschäftsordnung des Vorstands festgehalten. Die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und konzerninternen Richtlinien für das Kontroll- und Risikomanagementsystem wird von der internen Revision durch risikoorientierte Prüfungen überwacht.

Der Aufsichtsrat überwacht als übergeordnete Instanz regelmäßig das interne Kontroll-, Risikomanagement- und Revisionssystem auf seine Angemessenheit.

GRUNDZÜGE DES VERGÜTUNGSSYSTEMS FÜR DEN VORSTAND

Für die Festlegung der Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder ist gemäß dem am 5. August 2009 in Kraft getretenen Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) das Aufsichtsratsplenum zuständig.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einer fixen und einer variablen Vergütung zusammen. Die fixe Vergütung besteht aus einer Grundvergütung und einem Tantiemeanteil. Lediglich die Grundvergütung ist ruhegehaltsfähig. Zusätzlich erhalten die einzelnen Vorstandsmitglieder Sachleistungen, die im Wesentlichen marktübliche Versicherungsleistungen und Dienstwagen umfassen. Die variable Vergütung teilt sich in eine kurzfristige variable Vergütungskomponente sowie ein langfristiges Anreizprogramm (LAP) auf.

Die Höhe der kurzfristigen variablen Vergütungskomponente ist an das Erreichen von Finanzzielen gekoppelt. Sie bemisst sich dabei am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-Konzern nach HGB) zuzüglich des außerordentlichen Ergebnisses gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 17 HGB.

Um die Nachhaltigkeit und Langfristigkeit der Vergütungsstruktur zu erhöhen und den Anforderungen des VorstAG in vollem Umfang zu genügen, nehmen die Vorstandsmitglieder an dem langfristigen Anreizprogramm LAP teil. Die Auszahlung im Rahmen des LAP erfolgt am Ende eines dreijährigen Performancezeitraums. Dabei bestimmt das Erreichen von vorab definierten finanziellen und qualitativen Erfolgszielen die Höhe der Auszahlung. Als finanzielles Erfolgsziel dient dabei das erreichte kumulierte Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-Konzern nach HGB) zuzüglich des außerordentlichen Ergebnisses gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 17 HGB während des Performancezeitraums. Als qualitative Erfolgsziele werden die „Kundenzufriedenheit“ und „Mitarbeiterzufriedenheit“ herangezogen.

Die Auszahlung der langfristigen variablen Vergütungskomponente ist nach oben hin begrenzt (Kappung). Werden die Mindestziele in allen Komponenten nicht erreicht, so entfällt eine Auszahlung der langfristigen variablen Vergütung vollständig.

Für die kurzfristige und langfristige variable Vergütung hat der Aufsichtsrat eine Anpassungsmöglichkeit für außerordentliche Entwicklungen vereinbart.

Die Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene haben Anspruch auf Ruhegehalt beziehungsweise Hinterbliebenenversorgung. Als Ruhegehalt werden ab dem Eintritt in den Vorstand der MAINOVA 35 % der zuletzt bezogenen Grundvergütung garantiert. Abweichend hiervon erhält ein Vorstandsmitglied aufgrund der hohen Versorgungsanwartschaften aus früheren Anstellungsverhältnissen, welche angerechnet werden, ab dem Eintritt in den Vorstand der MAINOVA 45 % der zuletzt bezogenen Grundvergütung. Der Anspruch von 35 % beziehungsweise 45 % erhöht sich mit dem Ablauf eines jeden Jahres als Vorstandsmitglied der MAINOVA um jeweils 2 % bis zum im Dienstvertrag geregelten Höchstbetrag. Der fixe Tantiemeanteil wird bei der Berechnung des Ruhegehalts nicht berücksichtigt.

ÜBERNAHMERELEVANTE ANGABEN NACH §§ 289 ABS. 4 UND 315 ABS. 4 HGB

Das Grundkapital der MAINOVA AG beträgt 142.336.000 Euro und ist in 5.560.000 nennbetragslose Stückaktien, jeweils mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 25,60 Euro je Aktie, eingeteilt. Davon lauten 5.499.296 (rund 98,9 %) auf den Namen und 60.704 (rund 1,1 %) auf den Inhaber. Die Inhaberaktien sind zum regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen. Die mit den Aktien verbundenen Rechte und Pflichten richten sich nach dem AktG. Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben. Die am Kapital der Gesellschaft beteiligten Arbeitnehmer können ihre Stimmrechte uneingeschränkt selbst ausüben.

Nach Kenntnis der Gesellschaft hält die Mehrheitsaktionärin SWFH 4.170.002 Namens-Stückaktien und 12.145 Inhaber-Stückaktien (insgesamt rund 75,22 %). Diese Aktien werden der Stadt Frankfurt am Main zugerechnet. Von der Minderheitsaktionärin Thüga Aktiengesellschaft (Thüga), München, werden nach Kenntnis der Gesellschaft 1.329.294 Namens-Stückaktien und 31.216 Inhaber-Stückaktien gehalten (insgesamt rund 24,47 %). Diese Aktien werden der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA (Thüga Holding) zugerechnet. Die restlichen Aktien befinden sich im Streubesitz (rund 0,31 %). Die SWFH und die Thüga stimmen die Ausübung der Stimmrechte aus den Aktien nach Maßgabe der konsortialvertraglichen Vereinbarungen ab.

Die Namens-Stückaktien sind nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragbar, soweit sie nicht auf die SWFH übertragen werden. Die Hauptversammlung entscheidet über die Zustimmung.

Der Vorstand ist nicht zur Ausgabe oder zum Rückkauf von Aktien befugt. Die Zwangseinziehung von Aktien ist gemäß § 5 der Satzung zugelassen.

Gemäß § 6 der Satzung besteht der Vorstand aus mindestens zwei Personen. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Mitglieder des Vorstands. Für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern ist gemäß § 31 Mitbestimmungsgesetz eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstands gemäß § 84 Abs. 1 S. 1 AktG auf höchstens fünf Jahre. Der Aufsichtsrat ist gemäß § 84 Abs. 3 AktG auch für den Widerruf der Bestellung zuständig.

Soweit nicht gesetzlich zwingend etwas anderes vorgeschrieben ist, bedürfen Satzungsänderungen der einfachen Kapital- und Stimmenmehrheit.

Von den von der Gesellschaft in Anspruch genommenen Darlehen könnten im Falle eines Kontrollwechsels insgesamt Darlehen in Höhe von 13,0 Mio. Euro vom Darlehensgeber gekündigt werden. In diesem Fall würde die Liquidität der Gesellschaft belastet. Diese Kündigungsrechte bestehen jedoch nicht uneingeschränkt. So können sie nicht ausgeübt werden, wenn zusätzliche Sicherheiten gestellt werden (13,0 Mio. Euro).

Die MAINOVA AG hat mit ihren Mitgesellschaftern in der Thüga Holding Vereinbarungen geschlossen, die gegenseitige Call-Optionen für den Fall eines Kontrollwechsels bei einer Partei vorsehen. Abweichend von den Vorschriften der §§ 289 Abs. 4 Nr. 8, 315 Abs. 4 Nr. 8 HGB und des Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 15a (DRS 15a) liegt ein Kontrollwechsel im Sinne dieser Vereinbarung dann vor, wenn eine Person, die zuvor keine Mehrheit der Stimmen oder des Kapitals an einer Partei hält oder anderweitig keinen direkten oder indirekten beherrschenden Einfluss im Sinne des § 17 AktG auf eine Partei ausübt, eine solche Mehrheit beziehungsweise einen solchen direkten oder indirekten beherrschenden Einfluss erlangt. Jede von einem Kontrollwechsel nicht betroffene Partei ist jeweils nach dem

Verhältnis ihrer Beteiligung berechtigt, von der durch den Kontrollwechsel betroffenen Partei die Übertragung der betreffenden Aktien zu verlangen. Der Kaufpreis für die von der Call-Option betroffenen Aktien entspricht dem anteiligen Ertragswert.

Weitere wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels stehen, sind:

Der Partnerschaftsvertrag über den Bau und Betrieb eines Gas- und Dampfkraftwerkes am Kraftwerksstandort Irsching. Hierin haben die Vertragsparteien vereinbart, sich im Falle eines bei einer Partei eintretenden Kontrollwechsels die jeweils gehaltenen Geschäftsanteile an der GKI einander zum Kauf anzubieten. Bei einem Ausscheiden aus der Kraftwerksgesellschaft würde die Gesellschaft einen maßgeblichen Teil ihrer Eigenerzeugungskapazität für Strom verlieren.

Der Konsortialvertrag mit der Beteiligungsholding der Stadt Hanau steht unter dem Vorbehalt der Kündbarkeit für den Fall des Kontrollwechsels.

Der Gesellschaftsvertrag der MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH sieht die Möglichkeit der Kündigung für den Fall vor, dass es bei der MAINOVA oder dem Vertragspartner, der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, zu einem Kontrollwechsel kommt.

Der Konsortialvertrag der Dynega Energiehandel GmbH sieht die Möglichkeit des Ausschlusses eines Gesellschafters durch Gesellschafterbeschluss vor, wenn der Gesellschafter nicht mehr zumindest überwiegend unmittelbar oder mittelbar in kommunalem Eigentum steht oder nicht mehr kommunaler Kontrolle unterliegt.

Der Gesellschaftsvertrag der Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG sieht vor, dass die Kommanditisten einen der Ihren aus der Gesellschaft ausschließen können, falls es bei diesem zu einem Kontrollwechsel kommt.

Der Gesellschaftsvertrag der Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG beinhaltet die Möglichkeit, dass die Gesellschafterversammlung den Ausschluss eines Mitgesellschafters beschließen kann, wenn dieser sich nicht mehr überwiegend in kommunalem Eigentum befindet oder nicht mehr kommunaler Kontrolle unterliegt.

Für den Fall, dass die Stadt Frankfurt am Main mit dem ihr direkt und indirekt zuzurechnenden Anteil nicht mehr die Mehrheit am stimmberechtigten Grundkapital der MAINOVA innehat (Kontrollwechsel) oder im Falle eines Rechtsformwechsels gemäß § 190 ff. Umwandlungsgesetz oder bei Abschluss eines wirksamen Vertrags, der die MAINOVA der Beherrschung eines anderen Unternehmens außerhalb des Konzerns der Stadtwerke Frankfurt unterstellt (Beherrschungsvertrag gem. § 291 Abs. 1 S. 1 1. Alt. AktG), gewährt die MAINOVA dem Vorsitzenden des Vorstands ein Sonderkündigungsrecht und das Recht zur Niederlegung seines Amtes. Für den Fall der wirksamen und fristgerechten Kündigung und Amtsniederlegung erhält der Vorsitzende des Vorstands eine Abfindung in Höhe des Zweifachen seiner letztmaligen Jahresgesamtbezüge. Maximale Obergrenze ist jedoch die Höhe der Gesamtvergütung für die Restlaufzeit des Dienstvertrags.

ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG NACH § 289A UND § 315 ABS. 5 HGB

Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB kann im Internet (www.mainova.de/governance-bericht) eingesehen werden.

Erläuterungen zum Jahresabschluss der Mainova AG (HGB)

Die MAINOVA AG, Frankfurt am Main, stellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB sowie nach den ergänzenden Vorschriften des AktG und des EnWG auf.

Die MAINOVA AG ist ein wesentlicher Bestandteil des Konzerns, da die Ergebnisbeiträge der wesentlichen Tochterunternehmen aufgrund bestehender Ergebnisabführungsverträge enthalten sind. Daher treffen die Ausführungen zu den Grundlagen des Konzerns und zu den Rahmenbedingungen im Wirtschaftsbericht grundsätzlich auch auf die MAINOVA AG zu.

WIRTSCHAFTSBERICHT DER MAINOVA AG

Ertragslage der Mainova AG

Nachfolgend wird die Entwicklung der einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung erläutert:

Gewinn- und Verlustrechnung der Mainova AG (Kurzfassung)

T 10

MIO. €	2015	2014	Veränderung
Umsatzerlöse	2.007,6	2.125,8	–118,2
Bestandsveränderung und aktivierte Eigenleistungen	2,6	2,7	–0,1
Sonstige betriebliche Erträge	111,2	90,9	20,3
Materialaufwand	1.595,7	1.729,4	–133,7
Personalaufwand	194,7	191,0	3,7
Abschreibungen	65,6	64,6	1,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	155,5	152,4	3,1
Finanzergebnis	0,3	7,9	–7,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**110,2**	**89,9**	**20,3**
Steuern	33,2	30,2	3,0
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	77,0	59,7	17,3
Jahresüberschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 110,2 Mio. Euro lag um 20,3 Mio. Euro über dem Vorjahr und deutlich über Plan. Operativ haben wir ein stabiles Ergebnis verzeichnet, das auch von der im Vergleich zum Vorjahr kühleren Witterung profitierte. Maßgeblich beeinflusst wurde das Ergebnis auch durch außerplanmäßige Abschreibungen und Rückstellungen für Gaskraftwerke in Höhe von 35,2 Mio. Euro (Vorjahr 20,0 Mio. Euro). Diese Belastungen wurden jedoch durch die Verminderung vertraglicher Risiken kompensiert. Ferner schlug sich die Einbringung des Gasnetzes in Mörfelden-Walldorf in eine Netzeigentumsgesellschaft im Rahmen eines Kooperationsmodells nieder.

Das EBT der MAINOVA AG nach Segmenten hat sich wie folgt entwickelt:

T 11

MIO. €	2015	2014	Veränderung
Wärme- und Stromerzeugung	–22,8	–17,1	–5,7
Stromversorgung	27,2	18,5	8,7
Gasversorgung	73,9	67,0	6,9
Wärmeversorgung	1,1	–5,4	6,5
Wasserversorgung	1,3	0,5	0,8
Beteiligungen	24,1	26,0	–1,9
Sonstige Aktivitäten/ Konsolidierung	5,4	0,4	5,0
	110,2	**89,9**	**20,3**

Der Geschäftsverlauf in den einzelnen Segmenten entsprach im Wesentlichen den in der Ertragslage des Konzerns dargestellten Entwicklungen der bereinigten Segmentergebnisse. Abweichend hiervon schlug sich im Segment Wärme- und Stromerzeugung der negative Effekt aus Abschreibungen und Rückstellungen für Gaskraftwerke in der MAINOVA AG stärker nieder. Zudem werden im Segment Beteiligungen der MAINOVA AG die Ausschüttungen der Beteiligungsgesellschaften gezeigt, die einen stabilen Verlauf aufweisen.

Nachfolgend wird die Entwicklung der einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung erläutert.

Die Umsatzerlöse stellten sich wie folgt dar:

T 12

MIO. €	2015	2014	Veränderung
Strom	1.023,2	1.103,2	–80,0
Gas	501,1	563,5	–62,4
Wärme, Dampf, Kälte	129,2	108,2	21,0
Wasser	69,9	67,8	2,1
Sonstige	284,2	283,1	1,1
	2.007,6	**2.125,8**	**–118,2**

Wie im Konzern resultiert der Rückgang der Umsatzerlöse und des Materialaufwands im Wesentlichen aus geringeren Strom- und Gashandelsgeschäften. Erhöhend hat sich dagegen im Gas- und Wärmegeschäft die kühlere Witterung ausgewirkt.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge ist vor allem auf höhere Rückstellungsauflösungen insbesondere für vertriebliche Risiken zurückzuführen.

Die Erhöhung des Personalaufwands resultierte aus tariflich bedingten Gehaltsanpassungen, die teilweise durch einen gesunkenen Mitarbeiterbestand kompensiert wurde.

Die gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen waren durch höhere Rückstellungen vor allem im Zusammenhang mit einer Kraftwerksbeteiligung beeinflusst.

Das Finanzergebnis reduzierte sich im Wesentlichen durch höhere außerplanmäßige Abschreibungen, die auf unsere Beteiligung an einem Gaskraftwerk entfallen. Ferner haben sich höhere Aufwendungen aus Rückstellungsaufzinsungen und gegenläufig geringere Verlustübernahmen ausgewirkt.

Vermögenslage der Mainova AG

Bilanz der Mainova AG (Kurzfassung)

T 13

MIO. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Aktiva			
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	788,9	749,5	39,4
Finanzanlagen	252,3	278,1	–25,8
Anlagevermögen	1.041,2	1.027,6	13,6
Vorräte	41,1	42,5	–1,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	203,2	270,7	–67,5
Übrige Vermögensgegenstände	4,8	3,9	0,9
Umlaufvermögen	249,1	317,1	–68,0
	1.290,3	**1.344,7**	**–54,4**
Passiva			
Eigenkapital	356,7	356,7	–
Erhaltene Zuschüsse	126,3	118,5	7,8
Rückstellungen	305,9	329,9	–24,0
Übrige Verbindlichkeiten	501,4	539,6	–38,2
	1.290,3	**1.344,7**	**–54,4**

Auf der Aktivseite erhöhte sich das Sachanlagevermögen aufgrund von Investitionen, welche die planmäßigen Abschreibungen überstiegen. Eine weitere Erhöhung resultierte aus dem Zugang von Erzeugungsanlagen im Rahmen der Verschmelzung der MED auf die MAINOVA AG. Beim Finanzanlagevermögen hingegen wirkte sich die Verschmelzung mindernd auf die Ausleihungen aus. Ebenfalls führte die außerplanmäßige Abschreibung unserer Beteiligung an einem Gaskraftwerk in Höhe von 19,7 Mio. Euro zu dem Rückgang der Finanzanlagen. Gegenläufig wirkten sich Investitionen in verbundene Unternehmen aus. Das Umlaufvermögen (einschließlich aktiver Rechnungsabgrenzungsposten) lag unter dem Vorjahresniveau, was insbesondere auf einen geringeren Bestand im Rahmen des Cash Poolings mit der SWFH sowie eine höhere Gewinnabführung zurückzuführen war.

In den Passivposten haben geänderte Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit vertraglichen Risiken auf der Bezugs- und Vertriebsseite zu geringeren Rückstellungen geführt. Die Verbindlichkeiten sanken aufgrund von Darlehenstilgungen sowie witterungsbedingt geringeren Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Gegenläufig haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus Termingeldanlagen erhöht.

Finanzlage der Mainova AG

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Cashflows gegenüber dem Vorjahr:

T 14

MIO. €	2015	2014	Veränderung
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	66,2	125,4	–59,2
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	–92,3	–70,3	–22,0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	–93,8	–70,5	–23,3
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	**–119,9**	**–15,4**	**–104,5**
Finanzmittelfonds	–55,1	64,8	–119,9

Der positive Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit nahm gegenüber dem Vorjahr um 59,2 Mio. Euro ab. Dies ist auf die Reduzierung von Verbindlichkeiten zurückzuführen. Im Vorjahr stand dem Rückgang von Verbindlichkeiten in etwa gleicher Höhe ein Forderungsrückgang gegenüber. Die Mittelabflüsse aus Investitionstätigkeit lagen aufgrund höherer Investitionen in unsere Infrastruktur um 22,0 Mio. Euro über dem Vorjahr. Der negative Cashflow aus Finanzierungstätigkeit resultierte wie im Vorjahr insbesondere aus der Gewinnabführung an die SWFH und der Tilgung von Krediten.

Der Finanzmittelfonds setzte sich aus den Forderungen aus der Konzernfinanzierung (91,6 Mio. Euro; Vorjahr 148,4 Mio. Euro) sowie den liquiden Mitteln (1,5 Mio. Euro; Vorjahr 0,7 Mio. Euro) abzüglich der Verbindlichkeiten aus der Konzernfinanzierung (148,2 Mio. Euro; Vorjahr 84,3 Mio. Euro) zusammen. Die Forderungen aus der Konzernfinanzierung entfielen vollständig auf die bei der SWFH im Rahmen des Cash Pools angelegten Tagesgelder. Bei den Verbindlichkeiten aus der Konzernfinanzierung handelte es sich um Tagesgeldanlagen von verbundenen Unternehmen.

PROGNOSE-, CHANCEN- UND RISIKOBERICHT DER MAINOVA AG

Die im Prognose-, Chancen- und Risikobericht des Konzerns getroffenen Aussagen beziehen sich auch auf die MAINOVA AG. Da der Konzern im Wesentlichen durch die MAINOVA AG geprägt wird, unterliegen beide Abschlüsse den gleichen Einflüssen sowie Chancen und Risiken.

Bezüglich der Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten verweisen wir auf Abschnitt 5 im Anhang zum Jahresabschluss der MAINOVA AG.

Für die MAINOVA AG planen wir mit einem EBT leicht unter dem Vorjahr. Die Entwicklung in den Segmenten wird dabei in etwa der des Konzernabschlusses entsprechen.

Die für das Jahr 2016 geplanten Investitionen der MAINOVA AG belaufen sich auf rund 166 Mio. Euro. Die Verteilung auf Anlagengruppen entspricht im Wesentlichen der im Kapitel „Zukünftige Investitionen und Finanzlage“ aufgeführten Aufteilung im Konzern.

ANGABEN ZU DEN TÄTIGKEITSABSCHLÜSSEN NACH § 6B ENWG

Gemäß § 6b Abs. 7 S. 4 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) ist im Lagebericht auf die Tätigkeiten im Sinne des § 6b Abs. 3 S.1 EnWG einzugehen. Zur Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionierung sind vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen zur Führung von getrennten Konten je Tätigkeitsbereich sowie zur Aufstellung von gesonderten Tätigkeitsabschlüssen verpflichtet. Als Tätigkeitsbereiche definiert das Gesetz die Elektrizitätsübertragung, Elektrizitätsverteilung, Gasfernleitung, Gasverteilung, Gasspeicherung sowie den Betrieb von Flüssiggasanlagen (LNG-Anlagen). Ferner gehört zu den Tätigkeiten jede wirtschaftliche Nutzung eines Eigentumsrechts an Strom- und Gasnetzen, Gasspeichern oder LNG-Anlagen.

Entsprechend dieser Berichtspflicht führen wir in der internen Rechnungslegung der MAINOVA AG jeweils getrennte Konten für die Tätigkeiten der Elektrizitäts- und Gasverteilung und für sonstige Tätigkeiten innerhalb sowie außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors. Auf dieser Grundlage wird für die Tätigkeitsbereiche eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung erstellt.

Die Ergebnisse der Tätigkeitsbereiche Elektrizitäts- und Gasverteilung der MAINOVA AG wurden von den Erlösen aus der Verpachtung der Strom- und Gasnetze an die NRM sowie von der Abführung des Ergebnisses der NRM bestimmt. Den Aufwendungen aus Konzessionsabgabe (sonstige betriebliche Aufwendungen) standen Erträge aus der Weiterbelastung der Konzessionsabgabe an die NRM (sonstige betriebliche Erträge) gegenüber.

Der Tätigkeitsbereich Stromverteilung wies einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung in Höhe von 6,0 Mio. Euro (Vorjahr 6,0 Mio. Euro) aus. Das Ergebnis bewegte sich auf dem Vorjahresniveau. Auf der Aktivseite erhöhten sich die Sachanlagen aufgrund gestiegener Investitionen um 10,3 Mio. Euro. Das Finanzanlagevermögen erhöhte sich um 6,8 Mio. Euro. Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sind um 14,2 Mio. Euro gestiegen. Ursächlich hierfür war im Wesentlichen ein Anstieg der Forderungen im Rahmen des Cash Poolings. Auf der Passivseite sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund planmäßiger Tilgungen um 9,2 Mio. Euro gesunken. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen haben sich ebenfalls um 8,6 Mio. Euro reduziert. Grund hierfür war eine Minderung der Verbindlichkeiten im Rahmen des Cash Poolings.

Der Tätigkeitsbereich Gasverteilung wies einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung in Höhe von 17,2 Mio. Euro (Vorjahr 16,8 Mio. Euro) aus und bewegte sich ebenfalls auf Vorjahresniveau. Auf der Aktivseite verminderte sich das Anlagevermögen aufgrund planmäßiger Abschreibungen um 0,8 Mio. Euro. Auf der Passivseite sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund planmäßiger Tilgungen um 14,6 Mio. Euro gesunken.

Frankfurt am Main, den 7. März 2016

DR. ALSHEIMER **BREIDENBACH** **HERBST**

Bilanz

zum 31. Dezember 2015

TSD. €	Anhang	31.12.2015	31.12.2014
AKTIVA			
A. Anlagevermögen	**(1)**		
Immaterielle Vermögensgegenstände		42.879	44.336
Sachanlagen		745.959	705.199
Finanzanlagen		252.282	278.068
		1.041.120	**1.027.603**
B. Umlaufvermögen			
Vorräte	(2)	41.052	42.470
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(3)	203.168	270.753
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	(4)	1.549	724
		245.769	**313.947**
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**(5)**	**3.437**	**3.153**
Summe Aktiva		**1.290.326**	**1.344.703**

TSD. €	Anhang	31.12.2015	31.12.2014
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	(6)	142.336	142.336
Kapitalrücklage	(7)	207.083	207.083
Gewinnrücklagen	(7)	7.260	7.260
		356.679	**356.679**
B. Erhaltene Zuschüsse		**126.264**	**118.510**
C. Rückstellungen	**(8)**	**305.857**	**329.851**
D. Verbindlichkeiten	**(9)**	**494.298**	**533.199**
E. Rechnungsabgrenzungsposten	**(10)**	**7.228**	**6.464**
Summe Passiva		**1.290.326**	**1.344.703**

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

TSD. €	Anhang	2015	2014
Umsatzerlöse	(13)	2.007.621	2.125.774
Bestandsveränderung		–112	74
Andere aktivierte Eigenleistungen		2.685	2.624
Sonstige betriebliche Erträge	(14)	111.255	90.916
Materialaufwand	(15)	1.595.690	1.729.436
Personalaufwand	(16)	194.734	191.004
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(17)	65.627	64.642
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(18)	155.530	152.352
Ergebnis aus Finanzanlagen	(19)	17.528	21.558
Zinsergebnis	(20)	–17.230	–13.573
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		**110.166**	**89.939**
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(21)	27.719	26.412
Sonstige Steuern		5.423	3.831
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		77.024	59.696
Jahresüberschuss		–	–

Mainova Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main Anhang für das Geschäftsjahr 2015

1. Allgemeines

VORBEMERKUNGEN

Der Jahresabschluss wird gemeinsam mit den Abschlüssen der verbundenen Unternehmen in den Konzernabschluss der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) mit Sitz in Frankfurt am Main (Registergericht Frankfurt am Main, HRB 40464) einbezogen, der im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht wird.

Seit dem 1. Januar 2001 besteht zwischen der MAINOVA Aktiengesellschaft (MAINOVA) und der SWFH ein Ergebnisabführungsvertrag.

Ein Teil des operativen Geschäfts wird von Tochterunternehmen wahrgenommen. Die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH (NRM) hat das Strom- und Gasnetz der MAINOVA gepachtet und die Betriebsführung der Wasser- und Wärmenetze übernommen. Die Aufgaben der Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH erstrecken sich auf das Messwesen, die Abrechnung der gelieferten Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmemengen, die Kundenbetreuung sowie das Forderungsmanagement. Die SRM StraßenBeleuchtung Rhein-Main GmbH betreut überwiegend das Straßenbeleuchtungsnetz der Stadt Frankfurt am Main. Mit allen oben genannten Tochterunternehmen bestehen Ergebnisabführungsverträge.

Die Mainova EnergieDienste GmbH (MED) wurde rückwirkend zum 1. Januar 2015 auf die MAINOVA verschmolzen. Die Vergleichbarkeit ist dadurch nicht beeinträchtigt.

AUFSTELLUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Die Aufstellung des Jahresabschlusses der MAINOVA zum 31. Dezember 2015 erfolgt nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), den Sondervorschriften des Aktiengesetzes (AktG) und den wirtschaftszweigspezifischen Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG).

FORMALE DARSTELLUNG

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ist gegenüber dem Vorjahr unverändert. Zur Verbesserung der Klarheit der Darstellung werden in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung einzelne Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

BILANZIERUNG UND BEWERTUNG

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden mit ihren Anschaffungskosten aktiviert und entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Die Nutzungsdauer beträgt zwischen 4 und 20 Jahren.

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Herstellungskosten umfassen direkt zurechenbare Ein-

zelkosten, angemessene Teile der notwendigen Gemeinkosten sowie des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist.

Erhaltene Investitionszuschüsse der öffentlichen Hand werden von den Anschaffungs- und Herstellungskosten abgesetzt.

Sachanlagen, die nach dem 31. Dezember 2009 aktiviert wurden, werden linear abgeschrieben. Abschreibungen auf Sachanlagen, die vor dem 31. Dezember 2009 aktiviert wurden, werden handelsrechtlich grundsätzlich in steuerlich höchstzulässigem Umfang vorgenommen.

Die jährlichen Abschreibungssätze der wichtigsten Posten des Sachanlagevermögens sind aus nachfolgender Tabelle zu entnehmen:

	%
Gebäude und Gebäudeeinrichtungen	2–10
Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen, Heizzentralen	2–8
Verteilungsnetze	2–7
Hausanschlüsse	3–5
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3–20

Die zum 1. Januar 2015 zum Restbuchwert übernommenen Sachanlagen der MED werden ebenfalls unter Beibehaltung der bisherigen Restnutzungsdauer linear abgeschrieben.

Sofern in Vorjahren aufgrund einer dauerhaften Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen wurden, wird der niedrigere Wertansatz beibehalten, bis die Gründe dafür entfallen sind.

Geringwertige Vermögensgegenstände, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten zwischen 150 und 1.000 Euro liegen, werden in einem Sammelposten erfasst und ab dem Jahr der Anschaffung oder Herstellung linear über fünf Jahre abgeschrieben. MAINOVA wendet diese Regelung für alle geringwertigen Vermögensgegenstände mit Ausnahme von IT-Hardware aus Vereinfachungsgründen auch in der Handelsbilanz an. Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten unter 150 Euro werden direkt als Aufwand erfasst.

Erhaltene Zuschüsse, wie Baukostenzuschüsse und Netzkostenbeiträge, werden abhängig von ihrem Entstehungszeitpunkt wie folgt behandelt:

- Die bis zum Jahr 2002 von Kunden erhaltenen Zuschüsse wurden gesondert auf der Passivseite ausgewiesen und über 20 Jahre linear zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.
- Aufgrund der ab 2003 geänderten steuerlichen Bilanzierungsvorschriften wurden erhaltene Zuschüsse ab diesem Zeitpunkt bis einschließlich 2009 von den Anschaffungs- und Herstellungskosten abgesetzt und im Anlagenspiegel als Abgänge ausgewiesen.
- Seit dem 1. Januar 2010 werden die von Kunden erhaltenen Zuschüsse wieder gesondert auf der Passivseite ausgewiesen und über die Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände linear zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.
- Gemäß dem Pachtvertrag mit der NRM und energierechtlichen Vorschriften wurden ab 1. Januar 2006 die erhaltenen Zuschüsse für das Strom- und Gasnetz von der NRM vereinnahmt und verbleiben dort bis zur Auflösung. Gemäß der Abtretungsvereinbarung mit der NRM werden ab dem 1. Januar 2010 die erhaltenen Zuschüsse für das Strom- und Gasnetz von der NRM an MAINOVA abgetreten und bei MAINOVA passiviert.

Davon ausgenommen sind Investitionszuschüsse der öffentlichen Hand.

Unter den Finanzanlagen werden die Anteile an verbundenen Unternehmen, die Beteiligungen und die übrigen Finanzanlagen zu Anschaffungskosten oder bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Ausleihungen sind zu Nenn- beziehungsweise Barwerten bilanziert.

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden zu fortgeschriebenen durchschnittlichen Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet. Bestandsrisiken wegen langer Lagerdauer und verminderter Verwertbarkeit sind durch angemessene Abschläge berücksichtigt. Die unfertigen Leistungen sind zu Herstellungskosten einschließlich angemessener Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie des Werteverzehrs des Anlagevermögens bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nominalwerten, gegebenenfalls vermindert um angemessene Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, bewertet. Erhaltene Abschlagszahlungen auf den noch nicht abgerechneten Energieverbrauch von Kunden werden mit den hochgerechneten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen verrechnet. Sonstige Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden entsprechend abgezinst, soweit diese niedrig- oder unverzinslich sind.

Das gezeichnete Kapital wird mit dem Nennbetrag angesetzt.

Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags passiviert. In diesem Betrag sind zukünftige Preis- und Kostensteigerungen einbezogen. Zudem werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Die anzuwendenden Zinssätze werden von der Deutschen Bundesbank ermittelt.

Im Zuge der Umstellung auf die Regelungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) machte die MAINOVA von dem Wahlrecht gemäß Artikel 67 Abs. 1 S. 2 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) zur Beibehaltung von Rückstellungen Gebrauch. Somit wurden Rückstellungen, bei denen aufgrund der geänderten Bewertung durch die Umstellung auf BilMoG eine Auflösung erforderlich war, beibehalten, soweit der aufzulösende Betrag bis spätestens 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste. Zu jedem Bilanzstichtag wird eine Überprüfung des Überdeckungsbetrags durchgeführt.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen mit dem Erfüllungsbetrag unter Anwendung der Projected-Unit-Credit-Methode passiviert. Die Rückstellungen werden unter Berücksichtigung der Vereinfachungsregelung gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz in Höhe von 3,89 % (Vorjahr 4,58 %) abgezinst. Der berücksichtigte Gehaltstrend sowie der Rententrend betragen 2,00 % (Vorjahr 2,00 %).

Bei der Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen wurden ein Rechnungszins in Höhe von 2,02 % (Vorjahr 2,85 %) für abgeschlossene Altersteilzeit-Verträge mit einer mittleren Restlaufzeit von einem Jahr und 2,16 % (Vorjahr 2,96 %) für potenzielle Altersteilzeit-Anwärter mit einer mittleren Restlaufzeit von zwei Jahren (Vorjahr zwei Jahre) sowie ein Gehaltstrend in Höhe von 2,00 % (Vorjahr 2,00 %) zugrunde gelegt. In Übereinstimmung mit der Stellungnahme zur handelsrechtlichen Bilanzierung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen (IDW RS HFA 3) des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. werden die Aufstockungsbeträge für potenzielle Anwärter ratierlich über die Laufzeit angesammelt. Die Basis für die versicherungsmathematische Ermittlung sind jeweils die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. K. Heubeck.

Zur Gewährung einer betrieblichen Altersversorgung sind alle tariflichen Mitarbeiter im Rahmen der Bindung an den Tarifvertrag Versorgungsbetriebe (TV-V) sowie auf der Basis einzelvertraglicher Regelungen bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt am Main (ZVK) nach den Regeln der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst pflichtversichert. Die Beiträge werden im Rahmen eines Umlageverfahrens erhoben. Der Umlagesatz der ZVK, Frankfurt am Main, beläuft sich auf 6,0 %; hiervon übernimmt der Arbeitgeber 5,6 %, die Eigenbeteiligung der Arbeitnehmer beträgt 0,4 %. Daneben wird gemäß § 63 der ZVK-Satzung vom Arbeitgeber ein steuerfreies Sanierungsgeld in Höhe von 3,5 % erhoben. Für einen Teil der Pflichtversicherten wird für das ZVK-pflichtige Entgelt, das über der tariflich festgesetzten Beitragsbemessungsgrenze liegt, eine zusätzliche Umlage in Höhe von 9,0 % gezahlt. Derzeit liegen keine gesicherten Erkenntnisse für einen weiteren Anstieg des Sanierungsgelds vor. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass auch künftig Beitragserhöhungen erfolgen werden. Der Aufwand aus ZVK-Umlagen (Arbeitgeberanteil) ist unter den Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung ausgewiesen. Entsprechend der allgemeinen Bilanzierungspraxis hat MAINOVA keine Verpflichtungen im Hinblick auf die Mitgliedschaft in der ZVK im Jahresabschluss passiviert.

Die Jubiläumsrückstellungen sind auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen mit dem Erfüllungsbetrag unter Anwendung der Projected-Unit-Credit-Methode angesetzt. Die Rückstellung wurde unter Berücksichtigung der Vereinfachungsregel gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB von 3,89 % (Vorjahr 4,58 %) und eines jährlichen Einkommenstrends von 2,00 % (Vorjahr 2,00 %) ermittelt.

Verbindlichkeiten sind zu Erfüllungsbeträgen passiviert.

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten werden grundsätzlich zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Zum Bilanzstichtag lagen keine Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten vor.

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten sind transitorische Posten ausgewiesen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen werden zum Ausgleich gegenläufiger Wertänderungen oder Zahlungsströme aus dem Eintritt vergleichbarer Risiken mit Finanzinstrumenten zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Die bilanzielle Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt nach der Einfrierungsmethode. Aufwendungen beziehungsweise Erträge aus Ausgleichszahlungen von Derivaten, die sich in einer Bewertungseinheit mit einer mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktion befinden, werden unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen, soweit die zuzuordnenden Aufwendungen beziehungsweise Erträge aus der mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktion nach dem Abschlussstichtag anfallen.

2. Erläuterungen zur Bilanz

(1) ANLAGEVERMÖGEN

Die Aufgliederung der in der Bilanz zusammengefassten Posten des Anlagevermögens und ihre Entwicklung sind im Anlagenspiegel dargestellt. Wir verweisen auf die Anlage 1 zum Anhang.

Im Jahr 2015 wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von 1,6 Mio. Euro (Vorjahr keine) sowie auf Finanzanlagen in Höhe von 19,7 Mio. Euro (Vorjahr 13,1 Mio. Euro) vorgenommen.

Dem Anhang ist eine Beteiligungsliste (Anlage 2 zum Anhang) beigefügt, die gemäß § 285 Nr. 11 HGB die verbundenen Unternehmen und Beteiligungen mit Angaben zum letzten Jahresabschluss nach den Regelungen des HGB (Anteil, Eigenkapital und Jahresergebnis) enthält.

(2) VORRÄTE

TSD. €	31.12.2015	31.12.2014
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	40.351	41.904
Unfertige Leistungen	701	566
	41.052	**42.470**

Die kumulierten Gängigkeitsabschläge auf den Bestand an Bau- und Installationsmaterial betragen zum Stichtag insgesamt 6,6 Mio. Euro (Vorjahr 6,3 Mio. Euro).

(3) FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

TSD. €	31.12.2015	31.12.2014
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	687.157	695.191
abzüglich noch nicht abgerechneter Abschlagszahlungen	−541.650	−547.872
	145.507	**147.319**
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	30.643	91.171
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	12.155	14.449
Sonstige Vermögensgegenstände	14.863	17.814
(davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr)	(1.033)	(2.022)
	203.168	**270.753**

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind mit 645,6 Mio. Euro (Vorjahr 651,6 Mio. Euro) abgegrenzte, noch nicht abgerechnete Gas-, Strom-, Wasser- und Wärmelieferungen zwischen Ablese- und Bilanzstichtag enthalten, denen hierauf geleistete Abschläge gegenüberstehen.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen gliedern sich wie folgt:

TSD. €	31.12.2015	31.12.2014
Forderungen gegen SWFH		
Cash Pooling einschließlich Stadtkasse	91.603	148.388
Verbindlichkeiten aus Steuerumlage	−8.079	−4.780
Steuerforderungen	20.598	14.313
Gewinnabführungsverpflichtung	−77.024	−59.696
Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer	−15.496	−27.313
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verrechnungen	47	46
	11.649	**70.958**
Übrige Forderungen gegen verbundene Unternehmen		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	11.759	18.582
Tagesgeldanlagen	236	−2.794
Forderungen aus der Ergebnisabführung	6.999	4.425
	18.994	**20.213**
	30.643	**91.171**

Von den Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, resultieren 11,0 Mio. Euro (Vorjahr 13,7 Mio. Euro) aus Lieferungen und Leistungen, 0,1 Mio. Euro (Vorjahr 0,1 Mio. Euro) aus dem Finanzverkehr sowie 1,1 Mio. Euro (Vorjahr 0,6 Mio. Euro) Forderungen aus der Ergebnisabführung.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten unter anderem Steuererstattungsansprüche in Höhe von 2,1 Mio. Euro (Vorjahr 3,1 Mio. Euro). Diese betreffen wie im Vorjahr ausschließlich Erstattungsansprüche auf Körperschaftsteuer nach § 37 Körperschaftsteuergesetz.

(4) KASSENBESTAND, GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN UND SCHECKS

TSD. €	31.12.2015	31.12.2014
Guthaben bei Kreditinstituten	1.364	577
Kassenbestand	185	147
	1.549	**724**

Im Rahmen des konzernweiten Cash Poolings werden liquide Mittel von MAINOVA täglich an die SWFH abgeführt. Zum Bilanzstichtag waren 91,6 Mio. Euro (Vorjahr 148,4 Mio. Euro) bei der SWFH angelegt, die unter den Forderungen gegen verbundene Unternehmen ausgewiesen sind.

(5) AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Bei dem Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich um Vorauszahlungen aus Wartungs- und Sponsoringverträgen sowie Aufwendungen aus Ausgleichszahlungen von Derivaten, die sich in einer Bewertungseinheit mit einer mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktion befinden.

(6) GEZEICHNETES KAPITAL

Das gezeichnete Kapital beträgt 142,3 Mio. Euro. Es ist eingeteilt in 5.560.000 nennbetragslose Stückaktien; davon lauten 5.499.296 auf den Namen und 60.704 auf den Inhaber.

(7) RÜCKLAGEN

Die Kapitalrücklage beträgt unverändert 207,1 Mio. Euro. Bei der Gewinnrücklage handelt es sich um die gesetzliche Rücklage nach § 150 AktG.

(8) RÜCKSTELLUNGEN

TSD. €	31.12.2015	31.12.2014
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	51.927	45.269
Sonstige Rückstellungen	253.930	284.582
(davon Personalrückstellungen)	(24.207)	(27.441)
(davon Umweltrückstellungen)	(74.477)	(79.160)
(davon rechtliche Risiken)	(38.043)	(54.388)
(davon übrige Rückstellungen)	(117.203)	(123.593)
	305.857	**329.851**

In den Personalrückstellungen sind insbesondere Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen, Urlaubs- und Gleitzeitansprüche, Erfolgsbeteiligung und Jubiläen enthalten.

Die Umweltrückstellungen betreffen insbesondere Grundstücksrisiken aus früheren Geschäftsbetrieben.

Bei den Rückstellungen für rechtliche Risiken handelt es sich um mehrere Einzelrisiken, bei denen die Höhe der Inanspruchnahme unsicher ist. Die Bewertung erfolgt ausgehend vom erwarteten Prozessergebnis, das nach den aktuell verfügbaren Informationen die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit besitzt.

Die übrigen Rückstellungen setzen sich im Wesentlichen aus Rückstellungen für ausstehende Rechnungen sowie Drohverlustrückstellungen zusammen.

Im Rahmen der Umstellung auf die Regelungen des BilMoG machte MAINOVA im Jahr 2010 von dem Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 S. 2 EGHGB Gebrauch. Zum Stichtag ergibt sich bei den Umweltrückstellungen keine Überdeckung (Vorjahr 1,2 Mio. Euro).

(9) VERBINDLICHKEITEN

	31.12.2015				31.12.2014			
		Davon mit einer Restlaufzeit				Davon mit einer Restlaufzeit		
TSD. €	Gesamt-betrag	bis zu 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt-betrag	bis zu 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	102.518	27.127	53.329	22.062	154.311	40.099	76.370	37.842
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	19.386	19.386	–	–	15.970	15.970	–	–
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	126.371	126.371	–	–	129.647	129.647	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	163.495	163.495	–	–	120.156	120.156	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	28.862	28.862	–	–	47.795	47.795	–	–
Sonstige Verbindlichkeiten	53.666	52.204	908	554	65.320	63.479	1.107	734
(davon aus Steuern)	(3.726)	(3.726)	(–)	(–)	(20.428)	(20.428)	(–)	(–)
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)	(6)	(6)	(–)	(–)	(5)	(5)	(–)	(–)
	494.298	**417.445**	**54.237**	**22.616**	**533.199**	**417.146**	**77.477**	**38.576**

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 13,0 Mio. Euro mit einer Negativklausel belegt und 89,1 Mio. Euro mit Bürgschaften der Stadt Frankfurt am Main besichert. Darlehen wurden in Höhe von 51,4 Mio. Euro planmäßig und außerplanmäßig getilgt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ergeben sich wie folgt:

TSD. €	31.12.2015	31.12.2014
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	16.669	40.811
Tagesgeldanlagen	147.539	79.726
Verbindlichkeiten/Forderungen aus Ergebnisabführungen	–713	–381
	163.495	**120.156**

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, handelt es sich in Höhe von 27,9 Mio. Euro (Vorjahr 46,1 Mio. Euro) um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie mit 1,0 Mio. Euro (Vorjahr 1,7 Mio. Euro) um den Finanzverkehr.

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten folgende Einzelpositionen:

TSD. €	31.12.2015	31.12.2014
Verbindlichkeiten aus Steuern	3.726	20.428
Erhaltene Anzahlungen auf Zuschüsse	24.857	17.864
Erhaltene Sicherheiten von Kunden	5.734	5.794
Darlehen von sonstigen Darlehensgebern	1.819	2.637
Verbindlichkeiten aus Konzessionsabgaben	597	604
Übrige	16.933	17.993
	53.666	**65.320**

Von den sonstigen Verbindlichkeiten sind keine mit einer Negativklausel belegt.

(10) PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Im Rechnungsabgrenzungsposten sind überwiegend erhaltene Vorauszahlungen für zu erbringende Bauleistungen im Rahmen der Betriebsführung der Straßenbeleuchtung sowie Zuschüsse für kommende Marketingmaßnahmen erfasst.

(11) HAFTUNGSVERHÄLTNISSE

Die Haftungsverhältnisse setzen sich wie folgt zusammen:

	2015		2014	
TSD. €	Nominalbetrag	Valuta	Nominalbetrag	Valuta
Bürgschaften	30.692	19.802	23.272	15.282
Gewährleistungsverträge	466.000	403.425	466.190	409.680
	496.692	**423.227**	**489.462**	**424.962**

Für die Beteiligung an der Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH hat MAINOVA im Zusammenhang mit der Finanzierung des Kraftwerks zugunsten einer Geschäftsbank eine selbstschuldnerische und unbefristete Teilbürgschaft für den Kreditrahmen bei der Bank abgegeben. Der Anteil der MAINOVA beträgt 20,3 Mio. Euro und entspricht 15,6 % des Kreditrahmens. Die Verpflichtung valutiert zum Stichtag mit 10,4 Mio. Euro (Vorjahr 12,3 Mio. Euro).

Die Gewährleistungsverträge stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit dem Erwerb der Anteile an der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA. Für die von der Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH (MBG) in diesem Zusammenhang aufgenommenen Darlehen hat MAINOVA für ein Volumen von insgesamt 20,0 Mio. Euro (Vorjahr 20,0 Mio. Euro) den Schuldbeitritt erklärt. Zusätzlich verpflichtete sich MAINOVA, für Darlehen der MBG in Höhe von 415,0 Mio. Euro (Vorjahr 415,0 Mio. Euro) im Rahmen mehrerer Patronatserklärungen einzustehen. Diese Darlehen der MBG valutieren zum Stichtag mit 370,0 Mio. Euro (Vorjahr 374,0 Mio. Euro).

Auf der Basis der bis zum Aufstellungszeitpunkt gewonnenen Erkenntnisse geht die MAINOVA derzeit davon aus, dass die den vorab genannten Haftungsverhältnissen zugrunde liegenden Verpflichtungen von den jeweiligen Hauptschuldnern erfüllt werden können. Daher schätzt die MAINOVA bei allen aufgeführten Haftungsverhältnissen die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme als gering ein.

(12) SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen in Höhe von 881,4 Mio. Euro (Vorjahr 1.192,2 Mio. Euro) bestehen im branchenüblichen Umfang und setzen sich wie folgt zusammen:

		Davon mit einer Restlaufzeit		
TSD. €	Gesamtbetrag	bis zu 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre
Verpflichtungen aus abgeschlossenen Energielieferverträgen	820.220	388.301	431.919	–
Nominalwerte aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	15.999	10.704	3.905	1.390
Bestellobligo für begonnene Investitions- und Instandsetzungsmaßnahmen	37.559	37.559	–	–
Verpflichtungen durch Erwerb von Emissionsrechten	6.561	2.660	3.901	–
Verpflichtungen aus dem Beteiligungsbereich	1.095	1.095	–	–
	881.434	**440.319**	**439.725**	**1.390**

3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(13) UMSATZERLÖSE

TSD. €	2015	2014
Stromverkauf	921.434	967.270
Stromsteuer	–86.541	–92.616
Stromverkauf gesamt	834.893	874.654
Stromhandel	188.346	228.535
Strom gesamt	**1.023.239**	**1.103.189**
Erdgasverkauf	522.861	543.442
Erdgassteuer	–40.836	–38.275
Erdgasverkauf gesamt	482.025	505.167
Erdgashandel	19.047	58.320
Erdgas gesamt	**501.072**	**563.487**
Wärme-, Dampf- und Kälteverkauf	129.243	108.174
Wasserverkauf	69.916	67.811
Pachterlöse	70.454	69.393
Materialverkauf, Installationen, sonstige Leistungen und Konzernverrechnungen	202.743	202.863
Auflösung erhaltener Ertragszuschüsse	10.954	10.857
	2.007.621	**2.125.774**

In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Erlösminderungen in Höhe von 11,8 Mio. Euro (Vorjahr 10,0 Mio. Euro) enthalten.

(14) SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

TSD. €	2015	2014
Periodenfremde Erträge		
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	34.405	19.276
Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen auf Forderungen	1.412	1.567
Erträge aus Anlagenabgängen	2.831	858
Übrige	5.324	4.374
	43.972	**26.075**
Übrige Erträge		
Erträge aus Konzessionen	37.955	38.416
Übrige	29.328	26.425
	67.283	**64.841**
	111.255	**90.916**

(15) MATERIALAUFWAND

TSD. €	2015	2014
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.544.992	1.679.931
Aufwendungen für bezogene Leistungen	50.698	49.505
	1.595.690	**1.729.436**

(16) PERSONALAUFWAND

TSD. €	2015	2014
Löhne und Gehälter	152.309	152.299
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	42.425	38.705
(davon für Altersversorgung)	(14.485)	(11.296)
	194.734	**191.004**

Im Durchschnitt des Berichtsjahres beschäftigte MAINOVA 2.588 (Vorjahr 2.638) Arbeitnehmer, davon 568 (Vorjahr 575) Frauen. Die von MAINOVA getragenen anteiligen Kosten in Höhe von 1,6 Mio. Euro (Vorjahr 1,7 Mio. Euro) für weitere 71 (Vorjahr 77) Auszubildende, die wir im Jahresdurchschnitt im Rahmen des Ausbildungspools der SWFH beschäftigten, sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten.

Bei den Aufwendungen für Altersversorgung handelt es sich im Wesentlichen um ZVK-Umlagen.

Im Personalaufwand sind keine (Vorjahr 0,4 Mio. Euro) periodenfremden Aufwendungen enthalten.

(17) ABSCHREIBUNGEN AUF IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE DES ANLAGEVERMÖGENS UND SACHANLAGEN

Im Jahr 2015 wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 1,6 Mio. Euro (Vorjahr keine) vorgenommen.

(18) SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

TSD. €	2015	2014
Konzessionsabgabe	49.836	49.688
Zuführungen zu Rückstellungen	17.411	15.323
Leistungsverrechnung Konzerngesellschaften	30.507	30.112
Fremdleistungen (Verwaltung, IT, Gebäude)	22.828	21.566
Übrige	34.948	35.663
	155.530	**152.352**

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 3,6 Mio. Euro (Vorjahr 1,2 Mio. Euro) enthalten.

(19) ERGEBNIS AUS FINANZANLAGEN

TSD. €	2015	2014
Erträge aus Beteiligungen	30.175	29.262
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(3.069)	(2.081)
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	9.485	11.107
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	705	1.728
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(349)	(1.200)
Abschreibungen auf Finanzanlagen	19.696	13.131
Aufwendungen aus Verlustübernahme	3.141	7.408
	17.528	**21.558**

(20) ZINSERGEBNIS

TSD. €	2015	2014
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	866	719
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(37)	(183)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18.096	14.292
(davon an verbundene Unternehmen)	(33)	(118)
	–17.230	**–13.573**

Im Zinsergebnis sind wie im Vorjahr keine periodenfremden Sachverhalte enthalten.

Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen betragen 10,7 Mio. Euro (Vorjahr 7,5 Mio. Euro).

(21) STEUERN

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag setzen sich wie folgt zusammen:

TSD. €	2015	2014
Körperschaftsteuer		
Körperschaftsteuerumlage von der SWFH	11.016	11.036
Körperschaftsteuer auf die Ausgleichszahlung an die außenstehenden Aktionäre	2.437	2.432
Körperschaftsteuer für Vorjahre	3	–
	13.456	**13.468**
Gewerbesteuer		
Gewerbesteuerumlage von der SWFH	14.263	12.944
	14.263	**12.944**
	27.719	**26.412**

4. Geschäfte größeren Umfangs, die mit nahestehenden Unternehmen und Personen der Mainova getätigt wurden

Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen, welche die MAINOVA beherrschen oder maßgeblich beeinflussen, sowie Beziehungen zu Unternehmen, die von MAINOVA beherrscht oder maßgeblich beeinflusst werden, werden nachfolgend angegeben.

Durch die Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main über den Mehrheitsgesellschafter SWFH ist MAINOVA ein von diesen Gesellschaftern beherrschtes Unternehmen.

Im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit unterhält die MAINOVA Geschäftsbeziehungen zu zahlreichen nahestehenden Personen und Unternehmen.

Dazu gehören neben der Stadt Frankfurt am Main sowie deren Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die SWFH sowie deren Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die Thüga Aktiengesellschaft (Thüga) und deren Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen sowie die Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen der MAINOVA.

Mit nahestehenden natürlichen Personen des Managements in Schlüsselpositionen sowie deren nächsten Familienangehörigen haben keine wesentlichen Transaktionen stattgefunden. Als Management in Schlüsselpositionen ist bei der MAINOVA nur der Vorstand anzusehen.

Folgende Tabelle gibt eine Übersicht über alle Geschäfte, die mit nahestehenden Unternehmen getätigt wurden:

	SWFH sowie deren Tochterunternehmen, Stadt Frankfurt am Main sowie deren Tochterunternehmen [1]		Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen der SWFH und der Stadt Frankfurt am Main		Thüga und deren Tochterunternehmen und Gemeinschaftsunternehmen		Tochterunternehmen der Mainova [1]		Gemeinschaftsunternehmen der Mainova		Assoziierte Unternehmen der Mainova [1]	
TSD. €	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Energie- und Wasserlieferungen												
Umsatzerlöse	96.607	94.512	7.785	6.048	176.640	264.032	38.064	48.984	18.215	29.707	61.949	65.890
Materialaufwand	22	17	1.894	1.274	395.613	483.796	220.482	217.590	6.531	4.767	297.029	377.558
Forderungen	33.219	31.561	582	1.824	–	–	70.580	50.133	1.510	3.686	8.499	8.995
(davon wertberichtigt)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)
Verbindlichkeiten	1.439	128	–	–	101	23.285	65.861	61.682	269	736	22.347	44.673
Sonstiges												
Erträge	40.932	34.928	29	23	17	3.945	263.935	273.255	7.654	8.012	22.306	26.986
Aufwendungen	155.309	139.728	40	47	900	868	72.680	79.452	547	570	1.456	1.279
Forderungen	11.070	70.410	–	–	–	5.258	13.598	35.515	34	–	7.860	12.650
(davon wertberichtigt)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)	(–)
Verbindlichkeiten	17.837	16.739	56	81	300	316	156.651	98.588	3.856	4.225	16.739	5.470

[1] Angaben gemäß § 6b Abs. 2 EnWG

Bei dem Materialaufwand mit Tochterunternehmen handelt es sich insbesondere um Netzdienstleistungen. Der Materialaufwand mit assoziierten Unternehmen beinhaltet im Wesentlichen den Gasbezug.

Die Forderungen betreffen insbesondere das Cash Pooling gegenüber der SWFH. Die Gewinnabführung in Höhe von 77,0 Mio. Euro an die SWFH hat sich mindernd auf die Forderungen ausgewirkt.

Die sonstigen Erträge mit Tochterunternehmen bestehen insbesondere aus Netzpacht, Personalgestellung und sonstigen Verrechnungen.

In den sonstigen Erträgen und Aufwendungen mit Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen sind ferner die Beteiligungserträge und Ergebnisübernahmen sowie Zinserträge und -aufwendungen enthalten.

Alle Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen sind zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen worden und unterscheiden sich grundsätzlich nicht von den Lieferungs- und Leistungsbeziehungen mit anderen Unternehmen.

Zur Besicherung der Darlehen der MAINOVA hat die Stadt Frankfurt am Main Bürgschaften in Höhe von 89,1 Mio. Euro abgegeben. Negativklauseln wurden in Höhe von insgesamt 13,0 Mio. Euro geleistet.

5. Sonstige Angaben

HONORAR DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Das im Geschäftsjahr 2015 für den Jahresabschlussprüfer, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, erfasste Honorar für Abschlussprüfungsleistungen belief sich auf 293.300,00 Euro zuzüglich Auslagen in Höhe von 25.915,65 Euro. Ferner betrug das Honorar für andere Bestätigungsleistungen 23.000,00 Euro und für sonstige Leistungen 124.380,83 Euro.

GESAMTBEZÜGE DER MITGLIEDER DES VORSTANDS UND DES AUFSICHTSRATS

Für die Festlegung der Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder ist gemäß dem am 5. August 2009 in Kraft getretenen Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) das Aufsichtsratsplenum zuständig.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einer fixen und einer variablen Vergütung zusammen. Die fixe Vergütung besteht aus einer Grundvergütung und einem Tantiemeanteil. Lediglich die Grundvergütung ist ruhegehaltsfähig. Zusätzlich erhalten die einzelnen Vorstandsmitglieder Sachleistungen. Diese umfassen im Wesentlichen marktübliche Versicherungsleistungen und Dienstwagen. Die variable Vergütung teilt sich in eine kurzfristige variable Vergütungskomponente sowie ein langfristiges Anreizprogramm (LAP) auf.

Die Höhe der kurzfristigen variablen Vergütungskomponente ist an das Erreichen von Finanzzielen gekoppelt. Sie bemisst sich dabei am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-Konzern nach HGB) zuzüglich des außerordentlichen Ergebnisses gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 17 HGB.

Um die Nachhaltigkeit und Langfristigkeit der Vergütungsstruktur zu erhöhen und den Anforderungen des VorstAG in vollem Umfang zu genügen, nehmen die Vorstandsmitglieder an dem langfristigen Anreizprogramm LAP teil. Die Auszahlung im Rahmen des LAP erfolgt am Ende eines dreijährigen Performancezeitraums. Dabei bestimmt das Erreichen von vorab definierten finanziellen und qualitativen Erfolgszielen die Höhe der Auszahlung. Als finanzielles Erfolgsziel dient dabei das erreichte kumulierte Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-Konzern nach HGB) zuzüglich des außerordentlichen Ergebnisses gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 17 HGB während des Performancezeitraums. Als qualitative Erfolgsziele werden die „Kundenzufriedenheit“ und „Mitarbeiterzufriedenheit“ herangezogen.

Die Auszahlung der langfristigen variablen Vergütungskomponente ist nach oben hin begrenzt (Kappung). Werden die Mindestziele in allen Komponenten nicht erreicht, so entfällt eine Auszahlung der langfristigen variablen Vergütung vollständig.

Für die kurzfristige und langfristige variable Vergütung hat der Aufsichtsrat eine Anpassungsmöglichkeit für außerordentliche Entwicklungen vereinbart.

Die Vorstandsmitglieder beziehungsweise deren Hinterbliebene haben Anspruch auf Ruhegehalt beziehungsweise Hinterbliebenenversorgung. Als Ruhegehalt werden ab dem Eintritt in den Vorstand der MAINOVA 35 % der zuletzt bezogenen Grundvergütung garantiert. Abweichend hiervon erhält ein Vorstandsmitglied aufgrund der hohen Versorgungsanwartschaften aus früheren Anstellungsverhältnissen, welche angerechnet werden, ab dem Eintritt in den Vorstand der MAINOVA 45 % der zuletzt bezogenen Grundvergütung. Der Anspruch von 35 % beziehungsweise 45 % erhöht sich mit dem Ablauf eines jeden Jahres als Vorstandsmitglied der MAINOVA um jeweils 2 % bis zum im Dienstvertrag geregelten Höchstbetrag. Der fixe Tantiemeanteil wird bei der Berechnung des Ruhegehalts nicht berücksichtigt.

Die nachfolgenden Übersichten zeigen die gewährten Zuwendungen und die Zuflüsse im Geschäftsjahr 2015 des Vorstands nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex und die Gesamtbezüge nach DRS 17:

GEWÄHRTE ZUWENDUNGEN (100 % ZE)	Dr. Constantin H. Alsheimer Vorstandsvorsitzender Eintritt: 01.01.2006 (bestellt bis 31.12.2018)				Lothar Herbst Personalvorstand Eintritt: 01.01.2006 (bestellt bis 31.12.2020)			
€	2014	2015	2015 (Min)	2015 (Max)	2014	2015	2015 (Min)	2015 (Max)
Festvergütung	297.974	305.558	305.558	305.558	226.046	231.806	231.806	231.806
Nebenleistungen	34.569	42.662	42.662	42.662	20.939	20.211	20.211	20.211
Summe	**332.543**	**348.220**	**348.220**	**348.220**	**246.985**	**252.017**	**252.017**	**252.017**
Einjährige variable Vergütung	99.238	93.351	46.000	(1)	82.482	77.589	46.000	(1)
Mehrjährige variable Vergütung (LAP)	97.000	97.000	–	145.500	70.000	70.000	–	105.000
Planbezeichnung (Performancezeitraum)	2012–2014	2013–2015			2012–2014	2013–2015		
Summe	**528.781**	**538.571**	**394.220**		**399.467**	**399.606**	**298.017**	
Versorgungsaufwand nach IAS 19	110.802	183.991	183.991	183.991	178.736	246.733	246.733	246.733
Gesamtvergütung (DCGK)	639.583	722.562	578.211	(2)	578.203	646.339	544.750	(2)
Gesamtvergütung (ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand)	**494.212**	**495.909**	**351.558**	(2)	**378.528**	**379.395**	**277.806**	(2)

GEWÄHRTE ZUWENDUNGEN (100 % ZE)	Norbert Breidenbach Vorstand Eintritt: 01.07.2013 (bestellt bis 30.06.2018)				Prof. Dr.-Ing. Peter Birkner Vorstand Eintritt: 01.07.2011 – Austritt: 30.06.2015			
€	2014	2015	2015 (Min)	2015 (Max)	2014	2015	2015 (Min)	2015 (Max)
Festvergütung	226.046	231.806	231.806	231.806	226.046	115.448	115.448	115.448
Nebenleistungen	28.796	15.922	15.922	15.922	13.087	6.521	6.521	6.521
Summe	**254.842**	**247.728**	**247.728**	**247.728**	**239.133**	**121.969**	**121.969**	**121.969**
Einjährige variable Vergütung	93.220	87.690	46.000	(1)	81.302	38.240	23.000	(1)
Mehrjährige variable Vergütung (LAP)	87.000	87.000	–	130.500	59.000	29.500	–	44.250
Planbezeichnung (Performancezeitraum)	2012–2014	2013–2015			2012–2014	2013–2015		
Summe	**435.062**	**422.418**	**293.728**		**379.435**	**189.709**	**144.969**	
Versorgungsaufwand nach IAS 19	48.130	12.999	12.999	12.999	131.843	200.363	200.363	200.363
Gesamtvergütung (DCGK)	483.192	435.417	306.727	(2)	511.278	390.072	345.332	(2)
Gesamtvergütung (ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand)	**406.266**	**406.496**	**277.806**	(2)	**366.348**	**183.188**	**138.448**	(2)

(1) kein Cap, Koppelung an EBT Mainova-Konzern
(2) keine Angabe, da kein Cap bei einjähriger variabler Vergütung

ZUFLUSS	Dr. Constantin H. Alsheimer Vorstandsvorsitzender Eintritt: 01.01.2006		Lothar Herbst Personalvorstand Eintritt: 01.01.2006		Norbert Breidenbach Vorstand Eintritt: 01.07.2013		Prof. Dr.-Ing. Peter Birkner Vorstand Eintritt: 01.07.2011 Austritt: 30.06.2015	
€	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Festvergütung	305.558	297.974	231.806	226.046	231.806	226.046	115.448	226.046
Nebenleistungen	42.662	34.569	20.211	20.939	15.922	28.796	6.521	13.087
Summe	**348.220**	**332.543**	**252.017**	**246.985**	**247.728**	**254.842**	**121.969**	**239.133**
Einjährige variable Vergütung	98.397	107.648	81.783	89.472	92.430	101.120	45.000	88.192
Mehrjährige variable Vergütung (LAP)	106.700	118.340	77.000	85.400	95.700	106.140	69.227	71.980
Planbezeichnung (Performancezeitraum)	2013–2015	2012–2014	2013–2015	2012–2014	2013–2015	2012–2014	2013–2015	2012–2014
Sonstiges	–	–	–	–	–	–	130.710	–
Summe	**553.317**	**558.531**	**410.800**	**421.857**	**435.858**	**462.102**	**366.906**	**399.305**
Versorgungsaufwand nach IAS 19	183.991	110.802	246.733	178.736	12.999	48.130	200.363	131.843
Gesamtvergütung (DCGK)	737.308	669.333	657.533	600.593	448.857	510.232	567.269	531.148
Gesamtvergütung (ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand)	**510.655**	**523.962**	**390.589**	**400.918**	**419.936**	**433.306**	**360.385**	**386.218**

Die Pensionsverpflichtungen für die Mitglieder des Vorstands gehen aus der nachfolgenden Übersicht hervor:

	2015		2014	
€	Barwert der Pensionsverpflichtung	Veränderung der Rückstellung für Pensionsverpflichtung	Barwert der Pensionsverpflichtung	Veränderung der Rückstellung für Pensionsverpflichtung
Dr. Constantin H. Alsheimer	1.056.838	331.277	725.561	204.936
Prof. Dr.-Ing. Peter Birkner (Austritt zum 30.06.2015) [1]	1.922.361	1.559.732	362.629	150.563
Norbert Breidenbach	78.809	65.617	13.192	–9.531
Lothar Herbst	1.820.979	444.160	1.376.819	325.768
Summe	**4.878.987**	**2.400.786**	**2.478.201**	**671.736**

[1] Durch den Austritt von Herrn Prof. Dr.-Ing. Birkner wird dessen Pensionsanspruch auch bei den ehemaligen Vorstandsmitgliedern ausgewiesen.

Für das Geschäftsjahr 2014 wurden im Jahr 2015 erfolgsabhängige Tantiemen von 768 Tsd. Euro (Vorjahr 611 Tsd. Euro) ausgezahlt.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden Vorstandsmitgliedern keine Kredite oder Vorschüsse gewährt.

Für den Fall, dass die Stadt Frankfurt am Main mit dem ihr direkt und indirekt zuzurechnenden Anteil nicht mehr die Mehrheit am stimmberechtigten Grundkapital der MAINOVA innehat (Kontrollwechsel), oder im Falle eines Rechtsformwechsels gemäß §§ 190 ff. UmwG oder beim Abschluss eines wirksamen Vertrags, der die MAINOVA der Beherrschung eines anderen Unternehmens außerhalb des Stadtwerke-Frankfurt-Konzerns unterstellt (Beherrschungsvertrag gemäß § 291 Abs. 1 S. 1 1. Alt. AktG), gewährt die MAINOVA dem Vorsitzenden des Vorstands ein Sonderkündigungsrecht und das Recht zur Niederlegung seines Amts. Für den Fall der wirksamen und fristgerechten Kündigung und Amtsniederlegung erhält der Vorsitzende des Vorstands eine Abfindung in Höhe des Zweifachen seiner letztmaligen Jahresgesamtbezüge. Maximale Obergrenze ist jedoch die Höhe der Gesamtvergütung für die Restlaufzeit des Dienstvertrags.

Im Geschäftsjahr 2015 bestand für die Unternehmensleitung sowie für die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Vermögensschadenshaftpflichtversicherung (D & O-Versicherung). Hierfür sind Versicherungsprämien in Höhe von 73 Tsd. Euro aufgewendet worden.

Die Vergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2015 geht aus nachfolgender Übersicht hervor:

€	Fixe Vergütung	Sitzungsgeld	Summe
Uwe Becker	25.000	6.800	31.800
Peter Arnold	17.000	7.600	24.600
Dr. Christof Schulte	16.833	6.000	22.833
Dr. Jörg Becker	12.000	4.400	16.400
StR Prof. Dr. Daniela Birkenfeld	14.500	2.800	17.300
Peter Bodens	12.000	4.400	16.400
Dr. Matthias Cord	10.000	2.800	12.800
Reinhold Falk	12.000	6.000	18.000
Markus Frank	10.500	2.800	13.300
René Gehringer	10.000	2.400	12.400
Dr. h. c. Ernst Gerhardt	12.000	5.200	17.200
Rosemarie Heilig	12.000	3.600	15.600
Holger Klingbeil	12.000	3.600	15.600
Cornelia Kröll	12.000	2.800	14.800
StR Stefan Majer	12.000	3.600	15.600
Klaus Oesterling	10.000	2.800	12.800
Nicole Salm	12.000	4.400	16.400
Ralf-Rüdiger Stamm	12.000	6.800	18.800
Jürgen Wachs	10.000	2.800	12.800
Michaela Wanka	9.833	3.600	13.433
Summe	**253.666**	**85.200**	**338.866**

Die Bezüge des Beirats beliefen sich auf 65 Tsd. Euro.

Die Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen belaufen sich auf 709 Tsd. Euro (Vorjahr 695 Tsd. Euro). Für diese Personengruppe sind Pensionsansprüche in Höhe von 11.351 Tsd. Euro (Vorjahr 8.674 Tsd. Euro) zurückgestellt worden. Hierin enthalten ist der Pensionsanspruch von Prof. Dr.-Ing. Birkner, der im Geschäftsjahr aus dem Vorstand ausgeschieden ist.

Im Zusammenhang mit der vorzeitigen Beendigung seines Vorstandsmandats zum 30. Juni 2015 hat die Gesellschaft mit Herrn Prof. Dr.-Ing. Peter Birkner auch die vorzeitige Aufhebung seines Dienstvertrags zum 30. Juni 2015 vereinbart. Die Aufhebungsvereinbarung sieht vor, dass variable Barbezüge für die Tätigkeit im Geschäftsjahr 2015 im laufenden Jahr ausgezahlt werden. Hieraus ergibt sich ein Anspruch von Herrn Prof. Dr.-Ing. Birkner in Höhe von 114.227 Euro brutto.

Herr Prof. Dr.-Ing. Birkner erhält ab dem 1. Juli 2015 eine Karenzentschädigung, die in zwölf monatlichen gleichen Raten ausgezahlt wird. Der erdiente Versorgungsanspruch des Herrn Prof. Dr.-Ing. Birkner gemäß Dienstvertrag bleibt bestehen und wird erfüllt.

NICHT IN DER BILANZ ENTHALTENE GESCHÄFTE

Hinsichtlich der nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäfte wird auf die Abschnitte „Haftungsverhältnisse“ und „Sonstige finanzielle Verpflichtungen“ verwiesen.

Darüber hinaus setzt die MAINOVA bei der Energiebeschaffung zur Absicherung der Risiken sowie zur Erzielung von Handelsmargen derivative Finanzinstrumente ein. Da es sich hier um schwebende Geschäfte handelt, werden diese mit Ausnahme von Vorleistungen oder drohenden Verlusten nicht in der Bilanz erfasst, sondern im Anhang angegeben (siehe nachfolgenden Abschnitt). Bei drohenden Verlusten aus derivativen Finanzinstrumenten, die sich nicht in einer Bewertungseinheit befinden, erfolgt am Bilanzstichtag die Bildung einer Rückstellung.

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Die MAINOVA setzt derivative Finanzinstrumente überwiegend zur Sicherung gegen Preisänderungsrisiken im Rahmen der Brennstoff-, Strom- und Gasbeschaffung ein.

Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über den Bestand an derivativen Finanzinstrumenten:

	Nominal				Marktwert				
TSD. €	< 1 Jahr	1–5 Jahre	Summe	Summe Vorjahr	Positiv	Negativ	Summe	< 1 Jahr	Summe Vorjahr
Strom									
Forward (long)	2.648	–	2.648	8.193	–	–442	–442	–442	–422
Forward (short)	2.648	–	2.648	8.201	444	–	444	444	430
Gas									
Forward (long)	–	445	445	589	–	–89	–89	–	–131
Forward (short)	–	446	446	566	90	–	90	–	107
Kohle									
Swap (Payer)	32.509	30.451	62.960	95.135	–	–24.147	–24.147	–12.523	–22.416
Swap (Receiver)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Gas									
Swap (Payer)	–	–	–	21.558	–	–	–	–	–3.814
Swap (Receiver)	–	–	–	12.050	–	–	–	–	1.473
Öl									
Swap (Payer)	–	–	–	1.368	–	–	–	–	–305
Swap (Receiver)	–	9.936	9.936	–	3.211	–	3.211	–	–
Gesamt	**37.805**	**41.278**	**79.083**	**147.660**	**3.745**	**–24.678**	**–20.933**	**–12.521**	**–25.078**

Zum 31. Dezember 2015 befanden sich alle derivativen Finanzinstrumente in Bewertungseinheiten. Es bestanden keine (Vorjahr 1,2 Mio. Euro) Drohverlustrückstellungen für Strom- und Gasforwards sowie für Kohle-, Gas- und Öl-Swaps mit einem negativen Marktwert.

Das Nominalvolumen der dargestellten derivativen Finanzinstrumente wird unsaldiert angegeben. Es stellt die Summe aller Kauf- und Verkaufsbeträge dar, die den Geschäften zugrunde liegen. Bei der Ermittlung der Nominalwerte wurden nur die Zahlungsströme berücksichtigt, die nach dem 31. Dezember 2015 zu leisten sind.

Die Marktwerte der Derivate werden auf der Basis abgezinster, zukünftig erwarteter Cashflows ermittelt; dabei werden die für die Restlaufzeit der Finanzinstrumente abgeleiteten Forward-Preise verwendet.

Die Höhe der im Rahmen von Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken entspricht den oben aufgeführten negativen Marktwerten der derivativen Finanzinstrumente.

Bei den Strom- und Gas-Forwards handelt es sich um geschlossene Positionen aus Termingeschäften. Bei den Bewertungseinheiten (Micro Hedge) mit Kohle-, Gas- und Öl-Swaps handelt es sich um mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen zur Absicherung gegen Preisänderungsrisiken im Rahmen der Brennstoff-, Strom- und Gasbeschaffung. Die designierten Grundgeschäfte entsprechen hinsichtlich des Zeitraums sowie des Volumens im Wesentlichen den in der obigen Tabelle aufgeführten Werten.

Gegenläufige Zahlungsströme der durch die Bewertungseinheiten jeweils abgesicherten Risiken werden sich zukünftig vollständig ausgleichen, da alle wertbestimmenden Faktoren zwischen dem abgesicherten Teil des Grundgeschäfts und dem absichernden Teil des Sicherungsinstruments stetig übereinstimmen.

Die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird durch die Critical-Term-Match-Methode nachgewiesen.

Darüber hinaus werden zur Vermeidung von Preisänderungsrisiken im Rahmen des Stromvertriebs entsprechende Mengen mittels Stromtermingeschäften (OTC-Forwards) für die Jahre 2016 bis 2018 beschafft. Die Stromtermingeschäfte haben zum Bilanzstichtag ein Gesamtnominalvolumen in Höhe von 301,9 Mio. Euro. Hierfür beträgt die Differenz zwischen der aktuellen Marktbewertung und dem Nominalwert zum Bilanzstichtag –66,7 Mio. Euro.

Außerdem wurden im Rahmen der Vermarktung der eigenen Stromerzeugungskapazitäten zur Vermeidung des Preisänderungsrisikos Stromterminverkäufe (OTC-Forwards) für die Jahre 2016 bis 2018 mit einem Nominalvolumen in Höhe von 84,1 Mio. Euro abgeschlossen. Zum Bilanzstichtag ergibt sich eine Differenz zwischen aktueller Marktbewertung und Nominalwert in Höhe von 17,7 Mio. Euro.

Zur Absicherung gegen Preisänderungsrisiken im Rahmen des Gasvertriebs wurden für die Jahre 2016 bis 2018 Gastermingeschäfte (OTC-Forwards) abgeschlossen. Diese weisen zum Bilanzstichtag ein Gesamtnominalvolumen in Höhe von 663,7 Mio. Euro und eine Differenz zwischen aktueller Marktbewertung und Nominalwert in Höhe von –118,3 Mio. Euro aus.

DEUTSCHER CORPORATE GOVERNANCE KODEX

Nach § 161 AktG haben börsennotierte Unternehmen jährlich eine Erklärung zur Beachtung der Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex zu veröffentlichen. Die entsprechende Erklärung von MAINOVA wurde am 7. Dezember 2015 im Internet abgegeben und den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht (www.mainova.de/entsprechenserklaerung).

Frankfurt am Main, den 7. März 2016

DR. ALSHEIMER

BREIDENBACH

HERBST

6. Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Uwe Becker Stadtkämmerer der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main Vorsitzender des Aufsichtsrats	• ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (K) • Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main (K) • Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide, Frankfurt am Main (K) • Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (K) • Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (K) • Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (K) (V) • Süwag Energie AG, Frankfurt am Main (K)	• Betriebskommission der Hafenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Betriebskommission Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (stv V) • Betriebskommission der Kita Frankfurt, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Städtische Kliniken Frankfurt am Main-Höchst, Frankfurt am Main (stv V) • Betriebskommission der Volkshochschule Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Dom Römer GmbH, Frankfurt am Main (ab 24. November 2015 (stv V)) • Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen (bis 22. Mai 2015) • Frankfurt Ticket RheinMain GmbH, Frankfurt am Main (ab 18. März 2015 (V)) • Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main (V) • Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH, Frankfurt am Main • Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main • RMA Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main • Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH, Frankfurt am Main • Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic Development - GmbH, Frankfurt am Main • Zentrale Errichtungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main
	Peter Arnold Freigestellter Vorsitzender des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Oberursel 1. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	• Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main	• Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen (bis 22. Mai 2015) • Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg • Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen • Hanau Netz GmbH, Hanau • Oberhessische Gasversorgung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Friedberg • Stadtwerke Hanau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hanau
	Dr. Christof Schulte Mitglied des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft, München Wohnort: München (ab 22. Januar 2015) 2. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (ab 18. Februar 2015)	• N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg • Stadtwerke Essen Aktiengesellschaft, Essen • SWK Stadtwerke Kaiserslautern Versorgungs-AG, Kaiserslautern (stv V) • WEMAG AG, Schwerin (V) (ab 26. Januar 2015)	• Aretz GmbH & Co. KG, Krefeld • Aqua Engineering GmbH, Selb (ab 1. Januar 2015 stv V)) • badenova AG & Co. KG, Freiburg im Breisgau • Energie- und Wassergesellschaft mbH, Wetzlar • Energie Südbayern GmbH, München • Energie Waldeck-Frankenberg GmbH, Korbach (stv V) • Energieversorgung Limburg GmbH, Limburg • Energieversorgung Sylt GmbH, Westerland (Sylt) • erdgas schwaben gmbh, Augsburg • EVI Energieversorgung Hildesheim GmbH & Co. KG, Hildesheim • Harz Energie GmbH & Co. KG, Osterode am Harz • Stadtwerk Tauberfranken GmbH, Bad Mergentheim (stv V) • SYNECO GmbH & Co. KG, München • Thüga Assekuranz Services München Versicherungsmakler GmbH, München (V) • Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, München (ab 1. Januar 2015 (stv V)) • Thüga Schadenausgleichskasse VVaG, München (ab 17. September 2015)* * Die Thüga Schadenausgleichskasse München VVaG ist keine Handelsgesellschaft im Sinne von § 100 Abs. 2 Nr. 1 AktG

Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Dr. Jörg Becker Bereichsleiter der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Darmstadt	keine	keine
	Prof. Dr. Daniela Birkenfeld Stadträtin der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main	• ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (K) • Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main (K)	• Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH, Frankfurt am Main (ab 10. August 2015) • KEG Konversions-Grundstücksentwicklungs-gesellschaft mbH, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Kita Frankfurt, Frankfurt am Main • Betriebskommission Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Praunheimer Werkstätten Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (V) • WOHNHEIM GmbH, Frankfurt am Main (V)
	Peter Bodens Kfm. Angestellter Finanzen der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Kahl am Main	keine	keine
	Dr. Matthias Cord Mitglied des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft, München Wohnort: Helmstedt (ab 22. Januar 2015)	• Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz • N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg • Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover • Städtische Werke Aktiengesellschaft, Kassel • WEMAG AG, Schwerin (ab 26. Januar 2015)	• Energie- und Wassergesellschaft mbH, Wetzlar (ab 1. Januar 2015 (stv V)) • Energie Südbayern GmbH, München • Energie Waldeck-Frankenberg GmbH, Korbach (stv V) • Energieversorgung Limburg GmbH, Limburg (stv V) • EKO2 GmbH, Koblenz • erdgas schwaben gmbh, Augsburg • Gasversorgung Lahn-Dill GmbH, Wetzlar (stv V) • Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH, Jena • Stadtwerke Frankenthal GmbH, Frankenthal (stv V) • Stadtwerke Homburg GmbH, Homburg (stv V) • Stadtwerke Neuss Energie und Wasser GmbH, Neuss • Städtische Werke Energie + Wärme GmbH, Kassel • Städtische Werke Netz + Service GmbH, Kassel • Stadtwerke Zweibrücken GmbH, Zweibrücken (stv V) • SYNECO GmbH & Co. KG, München • Zwickauer Energieversorgung GmbH, Zwickau (stv V)

Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Reinhold Falk Freigestellter stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Niddatal	• Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main	keine
	Markus Frank Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main	• Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (K)	• AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (stv V) • BäderBetriebe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (V) • Betriebskommission der Hafenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main (V) • FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH, Frankfurt am Main (stv V)) • FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main • Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH, Frankfurt am Main (bis 20. Oktober 2015 (V)) • Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH, Frankfurt am Main (ab 3. August 2015) • HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main • House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH, Frankfurt am Main (stv V) • Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH, Frankfurt am Main (V) • Tourismus- und Congress GmbH, Frankfurt am Main • Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic Development - GmbH, Frankfurt am Main (stv V)
	René Gehringer Anwendungsberater Freigestelltes Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Oberursel	keine	keine
	Dr. h. c. Ernst Gerhardt Unternehmensberater Beamter im Ruhestand Stadtkämmerer a. D. der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main	keine	• WOHNHEIM GmbH, Frankfurt am Main

Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Rosemarie Heilig Stadträtin der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main	• Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (K)	• AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (V) • Betriebskommission der Hafenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Kita Frankfurt, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Städtische Kliniken Frankfurt am Main-Höchst, Frankfurt am Main (V) • DRK - Blutspendedienst Baden-Württemberg-Hessen gemeinnützige GmbH, Mannheim • FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main (V) • Stiftung Hospital zum Heiligen Geist GmbH, Frankfurt am Main (V) • FÄZ Fachärztezentrum Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (V) [1] • Hospital-Service & Catering GmbH, Frankfurt am Main (V) [1] • HP Hospital-Pflege GmbH, Frankfurt am Main (V) [1] • Krankenhaus Nordwest GmbH, Frankfurt am Main (V) [1] • Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main (V) • Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main (V) [2] • Regionalpark Ballungsraum RheinMain Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Flörsheim am Main • Regionalpark Rhein-Main Süd-West Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main • Regionalpark Rhein-Main Taunushang Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bad Homburg v. d. Höhe • RMA Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main (stv V) • Gemeinnützige Umwelthaus GmbH, Wiesbaden • Zentrale Errichtungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (V)
	Holger Klingbeil Anwendungsberater Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Flörsheim	keine	keine
	Cornelia Kröll Stellv. Landesleiterin ver.di – Landesbezirk Hessen, Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main	• Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (stv V) • APS Airport Personal Service GmbH, Frankfurt am Main	keine

[1] Mitgliedschaft begründet durch Amt in Stiftung Hospital zum Heiligen Geist, Frankfurt am Main.
[2] Mitgliedschaft begründet durch Amt in Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main.

Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Stefan Majer Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main	• ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (K) • Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main (K) • Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (K)	• Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH, Frankfurt am Main • Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe • ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt Rhein-Main), Frankfurt am Main • RTW Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main (V) • Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (V) • tiQs traffiQ-Servicegesellschaft mbH, Frankfurt am Main i. L. seit 9. Dezember 2014 (V) • traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (V)
	Klaus Oesterling Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Römer, Frankfurt am Main Wohnort: Frankfurt am Main	• Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (K)	• tiQs traffiQ-Servicegesellschaft mbH, Frankfurt am Main i. L. seit 9. Dezember 2014 • traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main
	Nicole Salm Referentin Abschluss und Berichterstattung Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main Wohnort: Villmar	keine	keine

Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Ralf-Rüdiger Stamm Landesfachbereichsleiter Ver- und Entsorgung ver.di – Landesbezirk Hessen, Frankfurt am Main Wohnort: Friedberg	• Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Friedberg • Oberhessische Versorgungsbetriebe AG, Friedberg • Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main	• FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main
	Jürgen Wachs Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Frankfurt am Main und Region, Friedberg Wohnort: Mainz	keine	keine
	Michaela Wanka Unternehmensberaterin und Business-Coach Wohnort: Schriesheim (ab 12. März 2015)	keine	keine

Vorstand

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Dr. Constantin H. Alsheimer bestellt vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2018 Vorsitzender des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main	keine	• ABGnova GmbH, Frankfurt am Main (V) (ab 17. November 2015) • Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg (ab 25. November 2015) • Eisenacher Versorgungs-Betriebe Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Eisenach (stv V) • Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen (V) • Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main (4) • Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen • Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main (stv V) • Hanau Netz GmbH, Hanau (stv V) • Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau (V) • Ohra Energie GmbH, Hörsel • Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich (stv V) • Stadtwerke Hanau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hanau (stv V) • Thüga Assekuranz Services München Versicherungsmakler GmbH, München • Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München (1) • Werraenergie GmbH, Bad Salzungen (stv V)
	Prof. Dr. Peter Birkner bestellt vom 1. Juli 2011 bis 30. Juni 2015 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main	keine	• Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH, Frankfurt am Main (2) * • Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg (V) * • Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main * • Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG, Bremen (3) * • Hanau Netz GmbH, Hanau * • Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau * • Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG, Mörfelden-Walldorf (ab 1. Februar bis 30. Juni 2015) • Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich * • Stadtwerke Hanau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hanau * • Südwestdeutsche Rohrleitungsbau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (stv V) * * (Bis 30. Juni 2015).

Vorstand

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Norbert Breidenbach bestellt vom 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2018 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main	• ABO Wind Aktiengesellschaft, Wiesbaden (ab 16. Juli 2015)	• Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH, Frankfurt am Main (ab 7. Juli 2015) [2] • Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg (ab 7. Juli 2015 (V)) • Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen (ab 22. Mai 2015) • Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main [4] • Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen • Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main • Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG, Bremen [3] • Hanau Netz GmbH, Hanau (ab 1. Juli 2015) • Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau (ab 1. Juli 2015) • Oberhessische Gasversorgung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Friedberg • Ohra Energie GmbH, Hörsel (ab 11. Februar 2015) • Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich (ab 1. August 2015) • Stadtwerke Hanau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hanau (ab 1. Juli 2015) [3] • Südwestdeutsche Rohrleitungsbau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (ab 10. November 2015 (stv V)) • Syneco GmbH & Co. KG, München • Werraenergie GmbH, Bad Salzungen
	Lothar Herbst bestellt vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2020 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main	• Joblinge gemeinnützige AG FrankfurtRhein-Main, Frankfurt am Main (bis 5. Januar 2015)	• Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg • Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen • Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main [4] • Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen (V) • Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main • Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG, Mörfelden-Walldorf (stv V) (ab 1. Juli 2015) • Oberhessische Gasversorgung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Friedberg (bis 24. Juni 2015 (stv V), ab 25. Juni 2015 (V)) • Ohra Energie GmbH, Hörsel (stv V) • Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München [1] • Werraenergie GmbH, Bad Salzungen

[1] Gesellschafter- und Finanzausschuss (V).
[2] Gesellschafterausschuss.
[3] Konsortialausschuss.
[4] Koordinierungsausschuss.

(K) Konzernmandate gemäß § 100 Abs. 2 S. 2 AktG
(V) Vorsitz
(stv V) stellvertretender Vorsitz

Die Angaben zu den Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien beziehen sich auf den 31. Dezember 2015 beziehungsweise den Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Aufsichtsrat der MAINOVA.

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2015

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten					
TSD. €	01.01.2015	Zugänge aus Verschmelzung [1]	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2015
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	111.580	655	6.384	57	6	118.670
2. Geleistete Anzahlungen	–	–	–	–	–	–
	111.580	**655**	**6.384**	**57**	**6**	**118.670**
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	377.955	48	1.731	1.377	7.186	373.925
2. Technische Anlagen und Maschinen						
a.) Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen, Heizzentralen	653.864	16.169	2.294	2.862	3.489	671.700
b.) Verteilungsanlagen						
– Verteilungsnetze	1.807.644	1.692	23.668	9.105	11.852	1.830.257
– Hausanschlüsse	319.222	–	15.640	3.595	7.795	330.662
– Straßenbeleuchtung, Zähler	90.097	–	1.144	68	29.266	62.043
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	163.006	241	3.187	162	7.469	159.127
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	39.751	–	48.587	– 17.226	715	70.397
	3.451.539	**18.150**	**96.251**	**– 57**	**67.772**	**3.498.111**
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	76.892	12.110	12.526	–	5.285	96.243
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	35.267	3.052	250	–	25.747	12.822
3. Beteiligungen	232.200	–	3.066	–	5.591	229.675
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9.406	–	80	–	4.083	5.403
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	–	–	–	–	–	–
6. Sonstige Ausleihungen	1.910	–	15	–	534	1.391
7. Genossenschaftsanteile	3	–	–	–	–	3
	355.678	**15.162**	**15.937**	**–**	**41.240**	**345.537**
	3.918.797	**33.967**	**118.572**	**–**	**109.018**	**3.962.318**

[1] Verschmelzung der MED

		Abschreibungen			Buchwerte	
01.01.2015	Zugänge aus Verschmelzung [1]	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Abgänge	31.12.2015	31.12.2015	31.12.2014
67.244	393	8.154	–	75.791	42.879	44.336
–	–	–	–	–	–	–
67.244	**393**	**8.154**	**–**	**75.791**	**42.879**	**44.336**
197.777	–	6.302	803	203.276	170.649	180.178
590.107	4.849	12.086	3.241	603.801	67.899	63.757
1.497.880	524	26.614	11.352	1.513.666	316.591	309.764
234.272	–	5.844	5.593	234.523	96.139	84.950
83.960	–	1.570	28.785	56.745	5.298	6.137
142.344	162	5.057	7.422	140.141	18.986	20.662
–	–	–	–	–	70.397	39.751
2.746.340	**5.535**	**57.473**	**57.196**	**2.752.152**	**745.959**	**705.199**
8.506	–	–	4.050	4.456	91.787	68.386
–	–	–	–	–	12.822	35.267
69.104	–	19.695	–	88.799	140.876	163.096
–	–	–	–	–	5.403	9.406
–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	1.391	1.910
–	–	–	–	–	3	3
77.610	**–**	**19.695**	**4.050**	**93.255**	**252.282**	**278.068**
2.891.194	**5.928**	**85.322**	**61.246**	**2.921.198**	**1.041.120**	**1.027.603**

Beteiligungen

Firma	Sitz	Anteil	Eigenkapital der Gesellschaften	Jahresergebnis der Gesellschaften	
		%	Tsd. €	Jahr	Tsd. €
Verbundene Unternehmen					
Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH [1]	Frankfurt am Main	90,00	7.186	2015	304
Energieversorgung Main-Spessart GmbH [1]	Aschaffenburg	100,00	5.000	2015	2.991
Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH	Bad Salzungen	62,22	29.662	2015	3.608
Ferme Eolienne de Migé SARL	Toulouse, Frankreich	100,00	–448	2015	–131
Hotmobil Deutschland GmbH [1], [2]	Gottmadingen	100,00	2.816	2015	1.351
Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,00	184.782	2015	33.640
Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	37	2015	3
Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	85,00	9.521	2015	692
Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	6.849	2015	647
Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	13.109	2015	533
Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH [1]	Frankfurt am Main	100,00	50	2015	3.549
Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	33	2015	2
Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	4.550	2015	263
Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	5.659	2015	520
Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	3.551	2015	100
Netzwerk Offshore Wind Verwaltungs GmbH i.L. [3]	Frankfurt am Main	100,00	10	2015	– 1
NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH [1]	Frankfurt am Main	100,00	20.733	2015	– 3.141
Offshore Wind für Hessen Verwaltungs GmbH i.L.	Frankfurt am Main	100,00	29	2015	– 5
SRM StraßenBeleuchtung Rhein-Main GmbH [1]	Frankfurt am Main	100,00	34	2015	1.325
Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	42	2015	3
Beteiligungen					
a) Unmittelbare Beteiligungen					
8KU GmbH	Berlin	12,50	282	2014	– 7
ABGnova GmbH	Frankfurt am Main	50,00	173	2014	38
ABO Wind AG	Wiesbaden	10,37	46.651	2014	2.100
book`n`drive mobilitätssysteme GmbH	Wiesbaden	33,00	110	2014	300
CEE Mainova Windpark Kirchhain GmbH & Co. KG	Hamburg	30,00	3.798	2014	41
Dynega Energiehandel GmbH	Frankfurt am Main	6,67	297	2014	19
ENAG/Maingas Energieanlagen GmbH [4]	Eisenach	50,00	9.235	2015	421
eserv GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	50,00	34	2014	13
eserv Verwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	50,00	27	2014	1
Gas-Union GmbH	Frankfurt am Main	34,27	214.985	2014	89.028
Gasversorgung Main-Kinzig GmbH	Gelnhausen	50,00	24.051	2014	3.265
Gasversorgung Offenbach GmbH [4]	Offenbach am Main	25,10	16.671	2015	2.688
Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG	Bremen	25,10	49.818	2014	– 3.906
Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH	Vohburg	15,60	253.352	2014	3.491
Hessenwasser GmbH & Co. KG	Groß-Gerau	36,36	41.276	2014	2.450
Hessenwasser Verwaltungs-GmbH	Groß-Gerau	36,33	68	2014	3
Infranova Bioerdgas GmbH	Frankfurt am Main	49,90	920	2014	320
Joblinge gemeinnützige AG FrankfurtRheinMain	Frankfurt am Main	20,00	114	2014	10
MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	Frankfurt am Main	50,00	20	2014	–

Firma	Sitz	Anteil	Eigenkapital der Gesellschaften	Jahresergebnis der Gesellschaften	
		%	Tsd. €	Jahr	Tsd. €
Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	28,93	100	2014	–
Oberhessische Gasversorgung GmbH	Friedberg (Hessen)	50,00	13.788	2014	1.491
Stadtwerke Dreieich GmbH	Dreieich	26,25	17.481	2014	5.726
Stadtwerke Hanau GmbH	Hanau	49,90	31.547	2014	7.419
Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH	Frankfurt am Main	29,90	4.537	2014	436
SWM Wind Havelland Holding GmbH & Co. KG	München	12,50	90.172	2014	1.849
Syneco GmbH & Co. KG	München	17,18	45.605	2014	2.163
Syneco Verwaltungs GmbH	München	25,10	75	2014	3
WPE – Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	Wiesbaden	49,90	28	2014	3
b) Mittelbare Beteiligungen über Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH					
Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH	Eisenach	23,90	12.942	2014	4.154
Ohra Energie GmbH	Hörsel	49,00	22.581	2014	3.573
Werraenergie GmbH	Bad Salzungen	49,00	20.776	2014	1.836
c) Mittelbare Beteiligungen über Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH					
Thüga Holding GmbH & Co. KGaA [5]	München	20,53	2.380.814	2014	205.727
e) Mittelbare Beteiligungen über Mainova ServiceDienste GmbH					
Service4EVU GmbH	Coburg	50,00	428	2014	12
f) Mittelbare Beteiligungen über Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG					
ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG	Heidesheim	28,80	1	2014	–
g) Mittelbare Beteiligungen über NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH					
Hanau Netz GmbH	Hanau	10,00	1.112	2014	– 493

[1] Ergebnisabführungsvertrag
[2] Seit 1. Januar 2015 Beteiligung der Mainova AG durch Verschmelzung der MED
[3] Liquidationsabschluss 30. Juni 2015
[4] Bilanzstichtag 30. September
[5] Konzernabschluss HGB

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den zusammengefassten Lagebericht der MAINOVA Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und zusammengefassten Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den zusammengefassten Lagebericht sowie über die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und zusammengefassten Lagebericht sowie für die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet. Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des zusammengefassten Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der MAINOVA Aktiengesellschaft. Der zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Frankfurt am Main, den 7. März 2016

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hauptmann
Wirtschaftsprüfer

Galic
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der MAINOVA AG vermittelt und im Lagebericht, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der MAINOVA AG so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der MAINOVA AG beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 7. März 2016

DR. ALSHEIMER **BREIDENBACH** **HERBST**

Herausgeber
Mainova AG
Solmsstraße 38
60623 Frankfurt am Main
Telefon 069 213-02
Telefax 069 213-81122
www.mainova.de

Ansprechpartner für Aktionäre
Christian Rübig
E-Mail: Investor-Relations@mainova.de

Konzept, Redaktion und Produktion
MPM Corporate Communication Solutions, Mainz
www.mpm.de